

ZSA

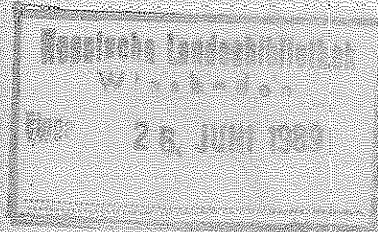
2123

1988



HESSISCHES MINISTERIUM
DES INNERN

Pol. ev.



✓ VERFASSUNGS-
SCHUTZ
IN HESSEN
BERICHT 1988 ✓

Vorwort

Der in jüngster Zeit unübersehbare Aufwärtstrend rechtsextremer und rechtsstehender Gruppierungen — ich denke beispielsweise an die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus und nicht zuletzt an das Ergebnis der hessischen Kommunalwahl am 12. März 1989 — hat zu öffentlichen Diskussionen über den Beobachtungsauftrag der Verfassungsschutzbehörden und das Verbot derartiger Organisationen geführt. Diese Erörterungen waren nicht immer von der notwendigen Sach- und Rechtskenntnis getragen. Deshalb möchte ich die Vorlage des nunmehr zwölften hessischen Verfassungsschutzberichts zu einer Klarstellung benutzen.

Nach dem Grundgesetz bedeutet Verfassungsschutz «Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes». Aufgabe der Verfassungsschutzbehörden ist hiernach im wesentlichen die Beobachtung und Sammlung von Unterlagen über verfassungsfeindliche Bestrebungen und geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht.

Verfassungsfeindlich ist eine Bestrebung dann, wenn sie gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet ist, d. h. die sie tragenden Personen diese Ordnung beseitigen wollen. Zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zählen nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts mindestens

- die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung
- die Volkssouveränität
- die Gewaltenteilung
- die Verantwortlichkeit der Regierung
- die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung
- die Unabhängigkeit der Gerichte
- das Mehrparteienprinzip und
- die Chancengleichheit für alle politi-

schen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.

Die Verfassungsschutzbehörden können also in gesetzlich zulässiger Weise (erst) dann tätig werden, wenn Anhaltspunkte dafür erkennbar sind, daß von bestimmten Gruppierungen verfassungsfeindliche Bestrebungen ausgehen. Liegt diese Voraussetzung vor, so wird die Organisation in einem internen Verfahren als Beobachtungsobjekt eingestuft. Die jährlichen Verfassungsschutzberichte informieren die Öffentlichkeit über Organisation und Tätigkeit der wichtigsten Beobachtungsobjekte. Es muß aber immer wieder betont werden, daß die Verfassungsschutzberichte lediglich Werturteile enthalten, an die keinerlei rechtliche Auswirkungen geknüpft sind (BVerfGE 40, 287). So wäre es z. B. unzulässig, einer Vereinigung die Benutzung gemeindlicher Einrichtungen lediglich deshalb zu versagen, weil sie im Verfassungsschutzbericht als verfassungsfeindlich aufgeführt ist.

Das Verbot einer verfassungsfeindlichen Organisation nach Parteienrecht oder öffentlichem Vereinsrecht stellt die schärfste Reaktion des Staates dar. Es kommt nach dem verfassungsrechtlichen Grundsatz der Verhältnismäßigkeit nur als äußerstes Mittel in Betracht. Genügt es, die Verfassungsfeinde geistig-politisch oder durch strafrechtliche Maßnahmen zu bekämpfen, so scheidet ein Organisationsverbot aus. Der freiheitliche Rechtsstaat setzt also in erster Linie auf die geistige Bekämpfung von verfassungsfeindlichen Bestrebungen. Sie erfolgt im wesentlichen durch Aufklärung der Bürger über die Ziele derartiger Bestrebungen. Dazu dient in Hessen neben dem jährlichen Verfassungsschutzbericht und Pressemitteilungen meines Hauses auch das dort eingerichtete Referat für informativen Verfassungsschutz, das durch Vorträge und Beteiligung an Diskussionen Aufklärungsarbeit insbesondere in Bildungseinrich-



tungen leistet. Diese Informationstätigkeit beruht weitgehend auf Beobachtungen des nachrichtendienstlichen Verfassungsschutzes.

Die Erkenntnisse der Verfassungsschutzbehörden und ihre Bewertung bilden aber auch die Grundlage für die Entscheidung der Innenminister von Bund und Ländern, ob eine Vereinigung ohne Parteienstatus vereinsrechtlich verboten und aufgelöst werden muß. Die Prüfung der Verbotsfrage ist eine ständige Aufgabe dieser Behörden, auch wenn aus verständlichen Gründen vor einer exekutiven Maßnahme zu konkreten Verbotsüberlegungen öffentlich nicht Stellung genommen wird. So hatte ich Anfang November 1988 aufgrund der Tätigkeit der neonazistischen «Nationalen Sammlung» mit Schwerpunkt Hessen ihr Verbot bei dem insoweit zuständigen Bundesminister des Innern angeregt, das dann auch mit Verfügung vom 27. Januar 1989 erfolgte und am 9. Februar 1989 vollzogen wurde.

Für das Verbot einer politischen Partei ist allein das Bundesverfassungsgericht zuständig. Der Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit, die bei entsprechender Entscheidung des Gerichts zur Auflösung der Partei führt, kann grundsätzlich nur von der Bundesregierung, dem Bundestag oder Bundesrat gestellt werden. Bei einer Partei, deren Organisation sich auf das Gebiet eines Landes beschränkt, ist auch die zuständige Landesregierung antragsbefugt.

Das Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht, das sich über einen längeren Zeitraum erstrecken kann, bedeutet eine erhebliche öffentliche Aufwer-

tung der betroffenen Organisation während der Dauer des Verfahrens. Unabhängig vom Inhalt der Berichterstattung sind insbesondere Rechtsextremisten über eine publizistische Beachtung höchst erfreut. Dieser «Erfolg» sollte deshalb nur dann in Kauf genommen werden, wenn die Verbotsvoraussetzungen (Verfassungswidrigkeit, aktiv-kämpferische aggressive Haltung) gerichtsverwertbar eindeutig feststehen, ein Verbot insbesondere auch nicht gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verstößt, und deshalb mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist, daß das Bundesverfassungsgericht antragsgemäß entscheiden wird.

Die bisherigen Erfahrungen mit Partei- und Vereinsverboten belegen die gute Vorarbeit der Verfassungsschutzbehörden, aber auch die Standhaftigkeit der politisch Verantwortlichen, die trotz eines manchmal verständlichen Drängens nach Verbotsmaßnahmen von diesem Mittel nur zurückhaltend Gebrauch machten. Ich werde an dieser Linie festhalten.

Der Schutz unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung verlangt auch künftig die gewissenhafte Erfüllung der den Verfassungsschutzbehörden übertragenen Aufgaben. Ihre Tätigkeit ist unverzichtbar. Daß die Angehörigen des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen ihre Pflicht unter Wahrung rechtsstaatlicher Grundsätze auch im Berichtsjahr in anerkannter Weise erfüllt haben, zeigt nicht zuletzt der Umstand, daß der gute Ruf des Landesamtes unbeschädigt geblieben ist. Dafür spreche ich den Dank der Landesregierung aus.



Gottfried Milde
Hessischer Minister des Innern

Inhalt	Seite
Gesetzliche Grundlagen	5
Grundgesetz	5
Verfassungsschutzgesetz	5
Gesetz über die Errichtung eines Landesamtes für Verfassungsschutz	7
Parlamentarische Kontrolle	7
Organisation des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen	8
Informativer Verfassungsschutz	9
Rechtsextreme Bestrebungen	11
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	11
Hessenliste für Ausländerstopp (HLA)	13
Arbeitsgemeinschaft Nationaler Verbände/Völkischer Bund (ANV/VB)	13
Junge Nationaldemokraten (JN)	13
Sonstige traditionelle Gruppen und Jugendorganisationen	14
Deutsche Volksunion – Liste D (DVU-Liste D)	14
Freundeskreis Ulrich von Hutten e. V.	15
Wiking-Jugend (WJ)	15
Neonazistische Bestrebungen	16
«Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front»	17
Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)	17
Nationale Sammlung (N.S.)	19
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG)	22
Deutsche Bürgerinitiative e. V. (DBI)	22
Neonazistische Ausschreitungen	23
Strafrechtliche Maßnahmen gegen Rechtsextremisten	23
Beurteilung	24
Linksextreme Bestrebungen	25
Orthodoxer Kommunismus	25
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	25
Nebenorganisationen der DKP	31
Marxistischer Studentinnen- und Studentenbund Spartakus (MSB)	31

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)	32
Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation (JP)	33
Institut für Marxistische Studien und Forschungen e.V. (IMSF)	33
Marxistische Arbeiterbildung (MAB)	34
DKP-beeinflußte Organisationen	34
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA)	35
Deutsche Friedens-Union (DFU)	36
Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ)	36
Die Friedensliste	37
Demokratische Fraueninitiative (DFI)	37
Extreme Neue Linke	38
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	38
Vereinigte Sozialistische Partei (VSP)	39
Marxistische Gruppe (MG)	39
Sonstige kommunistische Organisationen und trotzkistische Gruppen	40
Autonome und anarchistische Gruppen	40
Linksextreme Bestrebungen an den Hochschulen	43
Linksextremer Terrorismus	43
Rote Armee Fraktion (RAF)	43
Revolutionäre Zellen (RZ)	45
Beurteilung	45
 Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern ..	47
Araber	47
Türken	48
Türkische Kurden	52
Iraner	53
Beurteilung	54
 Spionageabwehr	56
Nachrichtendienste und illegaler Technologietransfer ..	56
Nachrichtendienstliche Stützpunkte	57
Werbung	60
Führungsmethodik	62
Verurteilungen in Hessen	62
Beurteilung	62

Gesetzliche Grundlagen

Grundgesetz

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland sieht für die Aufgaben des Verfassungsschutzes vor:

Art. 73 Nr. 10

Der Bund hat die ausschließliche Gesetzgebung über... die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder...

- b) zum Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes (Verfassungsschutz) und
- c) zum Schutze gegen Bestrebungen im Bundesgebiet, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, ...

Art. 87 Abs. 1 Satz 2

Durch Bundesgesetz können... Zentralstellen... zur Sammlung von Unterlagen für Zwecke des Verfassungsschutzes und des Schutzes gegen Bestrebungen im Bundesgebiet, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, eingerichtet werden.

Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes

vom 27. September 1950 (BGBl. S. 682), geändert durch Gesetz vom 7. August 1972 (BGBl. I S. 1382)

§ 1

(1) Der Bund und die Länder sind verpflichtet, in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes zusammenzuarbeiten.

(2) Die Zusammenarbeit besteht auch in gegenseitiger Unterstützung und Hilfeleistung.

§ 2

(1) Für die Zusammenarbeit des Bundes mit den Ländern errichtet der Bund ein Bundesamt für Verfassungsschutz als Bundesoberbehörde. Es untersteht dem Bundesminister des Innern.

(2) Für die Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund bestimmt jedes Land eine Behörde zur Bearbeitung von Angelegenheiten des Verfassungsschutzes.

§ 3

(1) Aufgabe des Bundesamtes für Verfassungsschutz und der nach § 2 Abs. 2 bestimmten Behörden ist die Sammlung und Auswertung von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen über

1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben,

2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich dieses Gesetzes für eine fremde Macht,
 3. Bestrebungen im Geltungsbereich dieses Gesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.
- (2) Ferner wirken das Bundesamt für Verfassungsschutz und die nach § 2 Abs. 2 bestimmten Behörden mit
1. bei der Überprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können,
 2. bei der Überprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- und verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder werden sollen,
 3. bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte.
- (3) Polizeiliche Befugnisse oder Kontrollbefugnisse stehen dem Bundesamt für Verfassungsschutz nicht zu. Zur Wahrnehmung seiner Aufgaben nach Absatz 1 und Absatz 2 ist es befugt, nachrichtendienstliche Mittel anzuwenden. Das Amt darf einer polizeilichen Dienststelle nicht angegliedert werden.
- (4) Die Gerichte und Behörden und das Bundesamt für Verfassungsschutz leisten sich gegenseitig Rechts- und Amtshilfe (Artikel 35 GG).

§ 4

- (1) Das Bundesamt für Verfassungsschutz unterrichtet die in jedem Lande gemäß § 2 Abs. 2 bestimmte Behörde über alle Unterlagen, deren Kenntnis für das Land zum Zwecke des Verfassungsschutzes erforderlich ist.
- (2) Die in den Ländern bestimmten Behörden unterrichten das Bundesamt über alle Angelegenheiten des Verfassungsschutzes, von denen sie Kenntnis erhalten und die für den Bund, die Länder oder eines von ihnen von Wichtigkeit sind.
- (3) Ist gemäß § 2 Abs. 2 eine andere als die Oberste Landesbehörde bestimmt, so ist die Oberste Landesbehörde gleichzeitig zu benachrichtigen.

§ 5

- (1) Die Bundesregierung kann, wenn ein Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung des Bundes erfolgt, den Obersten Landesbehörden die für die Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund auf dem Gebiete des Verfassungsschutzes erforderlichen Weisungen erteilen.
- (2) Der Bundesminister des Innern kann im Rahmen des § 3 den nach § 2 Abs. 2 bestimmten Behörden Weisungen für die Zusammenarbeit in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes erteilen. § 4 Abs. 3 gilt sinngemäß.

§ 6

Das Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Gesetz über die Errichtung eines Landesamtes für Verfassungsschutz

vom 19. Juli 1951 (GVBl. S. 43), geändert durch Art. 5 des Gesetzes vom 21. März 1962 (GVBl. S. 213).

§ 1

(1) Gemäß § 2 Abs. 2 des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes vom 27. September 1950 (BGBl. S. 682) wird für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes ein Landesamt für Verfassungsschutz errichtet. Es untersteht dem Minister des Innern.

(2) Der Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz ist Beamter im Sinne des § 57 des Hessischen Beamtengesetzes.

§ 2

Polizeiliche Befugnisse oder Weisungsbefugnisse stehen dem Landesamt für Verfassungsschutz nicht zu.

§ 3

(1) Die hessischen Behörden sind dem Landesamt für Verfassungsschutz zur Auskunft verpflichtet. Auf dessen Ersuchen haben sie ihm Unterlagen über Bestrebungen, die eine Aufhebung, Änderung oder Störung der verfassungsmäßigen Ordnung im Bund oder in einem Lande oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Mitglieder verfassungsmäßiger Organe der Bundesrepublik oder eines Landes zum Ziele haben, zu übersenden.

(2) Die hessischen Behörden sind verpflichtet, dem Landesamt für Verfassungsschutz unverzüglich Mitteilung zu machen, wenn ihnen Bestrebungen der in Absatz 1 bezeichneten Art bekannt werden.

§ 4

Die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Verwaltungsvorschriften erläßt der Minister des Innern im Einvernehmen mit dem beteiligten Fachminister.

§ 5

Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

Parlamentarische Kontrolle

Die parlamentarische Kontrolle über das LfV Hessen übt innerhalb des Hessischen Landtags der ständige Ausschuß (Hauptausschuß) aus. Dies beruht auf § 25 Abs. 6 Satz 1 der Geschäftsordnung des Hessischen Landtags, der lautet: Im übrigen ist der Hauptausschuß insbesondere zuständig für die Beratung von Gegenständen, die verfassungsrechtliche und verfassungspolitische Bedeutung haben, sowie von Gegenständen, die aus Sicherheitsgründen vertraulicher Behandlung bedürfen.

Organisation des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen (LfV)

Das LfV Hessen ist eine obere Landesbehörde und gehört zum Geschäftsbereich des Hessischen Ministeriums des Innern. Es nahm seine Tätigkeit am 28. November 1950 auf. Die Dienststelle befindet sich in Wiesbaden und ist unter Postfach 3905 bzw. der Telefonnummer (061 21) 77821 zu erreichen.

Das LfV gliedert sich in 6 Abteilungen mit folgender Zuständigkeit:

- Abteilung 1 — Zentralabteilung
- Abteilung 2 — Beschaffung
- Abteilung 3 — Auswertung
- Abteilung 4 — Spionageabwehr
- Abteilung 5 — Geheimschutz
- Abteilung 6 — Observation und Technik

Informativer Verfassungsschutz

Unabhängig vom Landesamt für Verfassungsschutz besteht im Hessischen Ministerium des Innern ein Referat für «informativen Verfassungsschutz». Die Aufgaben dieses schon 1968 eingerichteten Referats sind 1974 durch Beschlüsse der Ständigen Konferenz der Innenminister/-senatoren der Länder (IMK) konkretisiert worden. In dem Programm für die «Innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland» formulierte die IMK im Februar 1974 als Forderung:

«Verfassungsschutz durch Aufklärung: Die freiheitliche demokratische Grundordnung kann auf die Dauer nur durch die politische Auseinandersetzung mit den verfassungswidrigen Bestrebungen gesichert werden.» In Ausführung dieses Programmsatzes beschloß die IMK am 9. Dezember 1974 die Rahmenkonzeption «Verfassungsschutz durch Aufklärung». In ihrer Sitzung am 2. Februar 1979 hat sie ihre wiederholt geäußerte Auffassung bekräftigt, daß in der Öffentlichkeit Aufgaben, Notwendigkeit, Tätigkeit und Stellung der Verfassungsschutzbehörden besser zu verdeutlichen sind.

Es handelt sich um zwei Aufgabenbereiche, die wechselseitig in einem engen Zusammenhang stehen:

- *Umfassende verfassungsrechtliche und politische Aufklärung über Wesen, Einrichtung und Praxis des Verfassungsschutzes als eines komplexen Sicherungs- und Abwehrsystems gegenüber verfassungswidrigen Bestrebungen einschließlich Darstellung seiner Probleme und rechtlichen Kontrollen.*
- *Information über Art und Umfang der verfassungswidrigen Bestrebungen mit dem Ziel, die geistige Auseinandersetzung im Rahmen der politischen Bildungsarbeit zu unterstützen.*

Der informative Verfassungsschutz befaßt sich auch mit Informationen aus der Ursachenforschung über den politischen Extremismus.

Das Referat beteiligt sich an der Aus- und Fortbildung des öffentlichen Dienstes, insbesondere im Bereich der Polizei und der allgemeinen inneren Verwaltung, unterstützt Lehrer in der politischen Bildungsarbeit, sucht aber auch das unmittelbare Gespräch mit Schülern. Einen wesentlichen Teil der Arbeit macht die Diskussion mit Hochschullehrern und Studenten aus. Politische Parteien, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände und Kirchen haben seit Jahren mit dem informativen Verfassungsschutz Veranstaltungen durchgeführt.

Vorträge, die vom Referat für informativen Verfassungsschutz gehalten werden und Themen, an deren Diskussion sich das Referat beteiligen kann:

- Verfassungsschutz in der rechtsstaatlichen Demokratie
- Rechtsgrundlagen, Aufgaben und Praxis der Ämter für Verfassungsschutz einschließlich ihrer Kontrolle
- Besondere Probleme des Verfassungsschutzes (Amtshilfe- und Datenschutzrecht)
- Extremisten im öffentlichen Dienst
Historische Entwicklung, Gefahren des politischen Extremismus und rechtliche Probleme
- Zur Problematik des Parteiverbots nach Art. 21 Abs. 2 GG
- Spionageaufklärung in der Bundesrepublik Deutschland
Darstellung von besonderen Fällen
- Der informative Verfassungsschutz als spezieller Weg in Hessen der Bund/Länder-Konzeption «Verfassungsschutz durch Aufklärung»
- Verfassungsschutz und politische Bildung, gemeinsame Lernziele
- Zu den Ursachen der politischen Gewaltkriminalität
Deutungsversuche an praktischen Beispielen

- Linksextreme Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland
Organisationen, Taktik und politische Zielsetzungen
- Strategie und Taktik der prosovjetschen Kommunisten im Rahmen der Bündnispolitik
Einwirkungsversuche auf Gewerkschaften, Umweltschutz- und Friedensbewegungen
Agitation am Arbeitsplatz
- Die Auseinandersetzung zwischen orthodoxen Kommunisten und der extremen Neuen Linken
- Zu den Ursachen linksextremer Bestrebungen
Militanter Antikapitalismus, Proteste gegen die moderne Industriegesellschaft
- Links- und Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland
Zur Diskussion über die Ursachen
- Rechtsextreme Denkvorstellungen in Staat und Gesellschaft
Autoritäre Einstellungen, Antisemitismus, emotionaler Antikommunismus
- Der organisierte Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland

Daten und Fakten über Organisationsstrukturen rechtsextremer Gruppen
- Neonazistische, insbesondere terroristische Aktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland
Beteiligung von Jugendlichen und internationale Verbindungen
- Taktik und Propagandamethoden des Rechtsextremismus
Techniken rechtsextremer Agitation
- Der Nährboden des Rechtsextremismus
Deutung der Wahlergebnisse und Darstellung der Trägergruppen sowie der sie begünstigenden Faktoren zur Diskussion der Ergebnisse von Meinungsumfragen
- Die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Bestrebungen
Erfahrungen aus der Praxis und Anregungen am Beispiel der Ausländerfeindlichkeit
Zusammenhänge zwischen antisemitischen Vorfällen, Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus

Rechtsextreme Bestrebungen

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Die NPD wurde auch 1988 von dem Rechtsanwalt Martin Mußnug, Tuttlingen, geführt. Er steht seit 1971 an der Spitze der Partei. Der Mitgliederstand lag bundesweit bei etwa 6.400 Personen; das bedeutet einen Zuwachs von etwa 400 gegenüber dem Vorjahr. Die monatlich erscheinende Parteizeitung *Deutsche Stimme* will nach eigenen Angaben ihre Auflage von 238.500 (1987) auf 260.000 bis 272.000 Exemplare erhöht haben; tatsächlich dürften weiterhin nur 170.000 bis 180.000 Exemplare gedruckt worden sein.

Die Partei verfolgt Ziele, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht zu vereinbaren sind. Diese lassen sich allerdings nicht unmittelbar aus dem Parteiprogramm oder der Satzung erkennen, wohl aber aus zahlreichen Verlautbarungen von Funktionären und Mitgliedern der NPD, aus Aufsätzen in ihrer offiziellen Parteizeitung *Deutsche Stimme*, aus Programmschriften und Reden. Die freiheitliche demokratische Grundordnung wird abgelehnt, sie soll durch eine «Nationaldemokratie» ersetzt werden. Letztere sieht die Volksgemeinschaft, den völkischen Kollektivismus, als Grundlage und Zweck des von ihr erstrebten starken Staates an. Der im Grundgesetz verankerte Wert des einzelnen wird als liberalistisch abgetan; er soll nicht mehr um seiner selbst willen geachtet und geschützt werden, sondern die Daseinsberechtigung nur als Glied der Gemeinschaft besitzen (vgl. *Bundesverwaltungsgericht*, Urteil vom 20.5.1983 in *Neue Juristische Wochenschrift* 1984, 813).

Das Bundesverfassungsgericht hat 1975

festgestellt, daß die NPD als «eine Partei mit verfassungsfeindlicher Zielsetzung und Betätigung, als rechtsextrem, als Feindin der Freiheit und als Gefahr für die freiheitliche Grundordnung» bezeichnet werden darf (Beschluß vom 29.10.1975, Az.: 2 BvE 1/75). An dieser Grundeinstellung der NPD änderte auch das im November 1987 verabschiedete neue Parteiprogramm nichts. Der Verzicht auf einige eindeutig rechtsextreme Formulierungen, wie sie im Programm von 1973 enthalten waren, soll lediglich die nach wie vor verfassungsfeindlichen Bestrebungen verschleiern.

Die NPD errang bei den Wahlen zum Landtag in Baden-Württemberg am 20. März 1988 101.889 Stimmen (– 2,1 %). Sie konnte damit ihre dortige Stimmenzahl von der Bundestagswahl 1987 (54.996 Stimmen) fast verdoppeln. Der Parteivorsitzende Martin Mußnug erhielt in seinem Wahlkreis 4,6 %, der Landesvorsitzende Schützinger 4,9 % der Stimmen.

Bei der Landtagswahl am 8. Mai in Schleswig-Holstein entfielen auf die NPD, die in allen 44 Wahlkreisen und mit einer Landesliste kandidiert hatte, 19.154 Stimmen (= 1,2 %). Auch dort konnte sie damit ihren Stimmenanteil gegenüber der Bundestagswahl von 1987, bei der sie 8.196 Stimmen (= 0,5 %) erreicht hatte, mehr als verdoppeln.

Dem Zuwachs an Wählern standen die stetig an Umfang und Intensität zunehmenden Proteste politischer Gegner gegenüber, die das ganze Jahr hindurch andauerten. So mußte das von der Partei geplante *Deutschlandtreffen* am 30. April/1. Mai, das ursprünglich auf dem Lübecker Marktplatz stattfinden sollte, wegen befürchteter Krawalle kurzfristig in den Stadtteil Priwall verlegt werden. An ihm nahmen auch einige NPD-Anhänger aus Hessen teil.

Am 26. Juni hielt die NPD in Feucht bei Nürnberg einen Außerordentlichen Bundesparteitag ab, an dem sich etwa 400 Personen beteiligten. Anlaß des Treffens waren die parteiinternen Auseinandersetzungen wegen der Wahlvereinbarungen mit der *Deutschen Volksunion — Liste D (DVU — Liste D)*. Nach dem Vorschlag des Parteivorstandes sollte zur Europawahl nur die *DVU — Liste D* und zur nächsten Bundestagswahl nur die *NPD* kandidieren, wobei die jeweils nicht zur Wahl antretende Partei die andere zu unterstützen hätte. Die Mehrheit der Delegierten (182 gegen 133 Stimmen) entschied, zugunsten der *DVU — Liste D* auf die Teilnahme an der Europawahl im Juni 1989 zu verzichten. Der Parteivorsitzende hatte mit der Abstimmung die Vertrauensfrage für sich und das Parteipräsidium verbunden. Die Kritiker beanstandeten, durch die Kooperation mit der *DVU — Liste D* gerate die Eigenständigkeit der *NPD* in Gefahr. Die Partei müsse selbst zur Europawahl kandidieren.

Der weitere Antrag, die *DVU — Liste D* bei der Europawahl zu unterstützen und anläßlich der nächsten Bundestagswahl selbst die Hilfe der *Liste D* in Anspruch zu nehmen, wurde mit 189 gegen 97 Stimmen bei acht Enthaltungen angenommen.

Der 22. Ordentliche Bundesparteitag der *NPD* war für den 19./20. November in Hessen vorgesehen. Dem *NPD*-Landesverband Hessen war es jedoch nicht möglich, ein geeignetes Veranstaltungsort zu mieten, so daß der Parteitag auf unbestimmte Zeit verschoben werden mußte.

Der *NPD*-Hessen gehören weiterhin etwa 600 Mitglieder an, die in 21 Kreisverbänden organisiert sind. Nur die Hälfte der Kreisverbände entfaltet Aktivitäten. Die Auflage des *NPD*-Organs *Stimmen der hessischen Nationaldemokraten* erhöhte sich bis Ende des Jahres von 700 (1987) auf 1.000 Exemplare.

Der bisherige Landesvorsitzende Hans Schmidt aus Wiesbaden wurde bei einer Sitzung des Bundesvorstandes am 4. Dezember wegen mangelnder Parteidisziplin seiner Ämter enthoben und sollte auch seine Mitgliedsrechte verlieren. Ihm war vorgeworfen worden, gegen die Wahlvereinbarungen der *NPD* mit der *DVU — Liste D* aktiv opponiert zu haben. Ob der Beschluß des Bundesvorstandes Bestand haben wird, steht noch nicht fest. Der Betroffene hat sich dagegen mit den in der Parteisatzung vorgesehenen Behelfen gewehrt.

Der Landesvorstand wählte am 10. Dezember in einer Sondersitzung seinen früheren langjährigen Vorsitzenden Erich Gutjahr (Frankfurt am Main) zum Geschäftsführer, ein Amt, das erst neu geschaffen wurde; ihm wurde gleichzeitig die Redaktion der Publikation *Stimmen der hessischen Nationaldemokraten* übertragen. Der Landesschatzmeister Gustav Stürtz (Flörsheim) schied am 1. November aus gesundheitlichen Gründen aus. Nachfolger wurde sein bisheriger Stellvertreter, Dieter Fuhrmann (Maintal).

Mit Unterstützung der *NPD*-Landesverbände Rheinland-Pfalz und Saarland veranstaltete die hessische *NPD* am 17. Juni in Münzenberg (Wetteraukreis) unter dem Motto *«Frieden und Unabhängigkeit für Gesamtdeutschland — NPD»* eine Gedenkfeier aus Anlaß des 35. Jahrestages des Volksaufstandes in der DDR. Dazu erschienen etwa 80 *NPD*-Anhänger, die überwiegend dem Landesverband Hessen angehörten. Etwa 100 Personen protestierten gegen die Zusammenkunft und forderten das Verbot der Partei. Die Gemeinde hatte zunächst der *NPD* die Benutzung des Bürgerhauses verweigert. Das Verwaltungsgericht Darmstadt entschied jedoch, daß das Gemeinschaftshaus an die *NPD* vermietet werden müsse.

Der *NPD*-Landesverband Hessen hielt am 23. Oktober in Ober-Ramstadt seinen 19. Ordentlichen Parteitag ab, an dem sich 120 bis 150 Personen beteiligten. Hauptthemen waren die Vorbereitungen zur Kommunalwahl und die Verabschiedung der Landessatzung der hessischen *Nationaldemokraten*.

Die Planungen der hessischen *NPD* gingen dahin, sich bei der Kommunalwahl im März 1989 mit der Unterstützung anderer Landesverbände auf Schwerpunkte zu konzentrieren, unter denen wiederum die Wahl in Frankfurt am Main besondere Bedeutung hatte. Sie wurde vom Parteivorstand zur «Bundessache» erklärt. Die *NPD* führte jedoch die für den 15. Oktober vorgesehenen großen Auftaktveranstaltungen, die unter dem Motto stehen sollten: «*Frankfurt muß eine deutsche Stadt bleiben — Nationale Demokraten in den Römer!*», nicht durch, obwohl der Hessische Verwaltungsgerichtshof den Sofortvollzug des von der Stadt Frankfurt am Main verfüigten Verbots der Veranstaltungen aufgehoben hatte. Als Grund für diesen Verzicht gab sie an, sie wolle angesichts der aus dem linksextremen und autonomen Lager angekündigten massiven Proteste jede Konfrontation vermeiden. Die Kommunalwahl am 12. März 1989 brachte der *NPD* überraschende Erfolge. Sie erreichte in der Stadt Frankfurt am Main und bei den Kreistagswahlen, an denen sie teilnahm, einen durchschnittlichen Stimmenanteil von 5,2%.

Hessenliste für Ausländerstopp (*HLA*)

Die 1982 von *NPD*-Mitgliedern gegründete *Hessenliste für Ausländerstopp* beschränkte sich auf die Herausgabe des monatlich erscheinenden Mitteilungsblattes *Die Parole*. Sie propagierte weiterhin Ziele wie «Ausweisung illegaler und krimineller Ausländer», «Keine Integration der Ausländer ins deutsche Volk», «Arbeits-

plätze zuerst für Deutsche» und «Keine Wahlstimme für *CDU*, *SPD* und *FDP*, da im Verrat am Volk und Vaterland alle gleich sind». Das ursprüngliche Ziel, die Organisation auszubauen und damit der *NPD* ein zusätzliches Wählerpotential zu erschließen, wurde nicht erreicht.

Die *HLA* hatte für die Kommunalwahlen im März 1989 keine eigenen Kandidaten aufgestellt, sondern «im Sinne der dringend notwendigen Geschlossenheit zur Wahl einer einzigen deutschbewußten Partei» aufgerufen. Damit war die *NPD* gemeint.

Arbeitsgemeinschaft Nationaler Verbände/ Völkischer Bund (*ANV/VB*)

Die *ANV/VB*, die vor der Verhaftung und inzwischen erfolgten Verurteilung ihres Anführers Peter Naumann durch größere Weihnachts- und Sonnenwendfeiern in Erscheinung getreten war, trat seitdem öffentlich nicht mehr auf. (Zu Naumann siehe den Abschnitt «Strafrechtliche Maßnahmen gegen Rechtsextremisten».)

Junge Nationaldemokraten (*JN*)

Die Jugendorganisation der *NPD* *Junge Nationaldemokraten* hat bundesweit etwa 800 Mitglieder. Ihr 17. Ordentlicher Bundeskongreß fand am 24./25. September in München statt. Daran nahmen etwa 90 Personen teil, darunter zwei Mitglieder des *NPD*-Parteivorstandes. Die ursprünglich in Hessen geplante Zusammenkunft mußte verlegt werden, da das schon angemietete Tagungsort kurzfristig gekündigt worden war.

Die Mitgliederzahl der *JN* in Hessen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr von etwa 60 auf etwa 80. Der 16. Ordentliche Landeskongreß am 26. November in Bad Hersfeld fand bei der Bevölkerung nur wenig Resonanz.

Die vom JN-Kreisverband Frankfurt am Main herausgegebene Jugend-Schülerzeitung mit der Bezeichnung *Der Adler* erschien weiterhin. Nach eigenen Angaben hatte die Ausgabe Nr. 9/10 vom Oktober eine Auflagenhöhe von 6.250 Exemplaren.

Sonstige traditionelle Gruppen- und Jugendorganisationen

Deutsche Volksunion — Liste D (DVU — Liste D)

Die am 5. März 1987 auf Initiative von Dr. Gerhard Frey gegründete DVU — Liste D setzte ihren organisatorischen Ausbau durch weitere Gründungen von Landes- und Kreisverbänden fort. Sie ist derzeit in fast allen Bundesländern durch Landes-, Bezirks- und Kreisverbände vertreten. Ihr Versuch, im Januar 1989 auch in Nordrhein-Westfalen einen Landesverband zu gründen, scheiterte an massiven Protesten von etwa 4.000 Gegendemonstranten. Die Mitgliederzahl der DVU — Liste D, die im Vorjahr mehr als 6.000 betrug, dürfte sich im Berichtsjahr nicht unerheblich erhöht haben.

Am 24. Juli trafen sich etwa 150 Personen in Wölfersheim zur Gründungsversammlung des Landesverbandes Hessen. Unter den Teilnehmern befanden sich Funktionäre der NPD sowie der Bundesvorsitzende der DVU — Liste D, Dr. Frey aus München. Die Versammlung wählte zum Vorsitzenden des aus sechs Personen bestehenden Landesvorstandes Heinz Schmitz aus Oestrich-Winkel. Bei der Veranstaltung wurden auch die Kreisverbände Frankfurt am Main und Wiesbaden gegründet. Dabei traten dem Kreisverband Frankfurt am Main spontan 23 Mitglieder bei; er umfaßt die Bezirke Darmstadt, Hochtaunuskreis und Offenbach am

Main. In Hessen dürfte die DVU — Liste D kaum mehr als 250 Mitglieder haben; nach Angaben von Dr. Frey sollen es allerdings mehr als 500 sein.

Nachdem feststand, daß sich die DVU — Liste D bei der Europawahl am 18. Juni 1989 beteiligen wird, liefen in den Wochenzeitungen des Dr. Frey, der *Deutschen National-Zeitung*, der *Deutschen Wochenzeitung* und dem *Deutschen Anzeiger*, sofort die Wahlvorbereitungen an. Mit einer als Meinungsumfrage aufgemachten Anzeige «Ausländerwahlrecht — Nein! Deutsche Interessen — Ja!» wandte er sich gegen einen Beschluß des Europäischen Parlamentes zum Wahlrecht für Ausländer und forderte zu Unterschriften unter Angabe des Namens, Alters und der Anschrift auf.

In der Ausgabe des *Deutschen Anzeigers* vom 26. August nannte Dr. Frey eine Reihe von Themen, mit denen die DVU — Liste D ihren Europawahlkampf im Frühjahr 1989 bestreiten will. Der Schwerpunkt seiner Polemik liegt in der Behauptung, die herrschende Europapolitik

- bringe zusätzliche Ausländer in die Bundesrepublik,
- führe zu einer Mitbestimmung durch Ausländer,
- schädige die Landwirtschaft,
- werde zum Nachteil der heimischen Steinkohle betrieben,
- erschwere die Kriminalitätsbekämpfung durch Wegfall der Grenzkontrollen,
- habe eine kostspielige Lebensmittelvernichtung zur Folge,
- führe durch Rechtsangleichung zu einem schlechteren Umwelt- und Verbraucherschutz,
- ruiniere die Werftindustrie und
- mindere die Chancen der Wiedervereinigung.

Dr. Frey erhofft sich von diesen Parolen einen weiteren Mitgliederzuwachs. Nach

eigenen Angaben will er insgesamt zehn Millionen DM für den Europawahlkampf zur Verfügung stellen. So verschickte er als Werbemaßnahme an 28 Millionen Privathaushalte im gesamten Bundesgebiet Informationsmaterial in Form von Postwurfsendungen. Sie enthielten Propagandazettel sowie eine ausländerfeindlich und anti-europäisch aufgemachte Meinungsumfrage auf vorgedruckten Antwortpostkarten.

Eine Großkundgebung am 18. September in Passau mit etwa 2.000 Teilnehmern stand ganz im Zeichen des Wahlkampf-mottos für die Europawahl. Neben Verunglimpfungen des Bundespräsidenten und der Bundesregierung richteten sich die Angriffe von Dr. Frey gegen Ausländer und sogenannte Scheinasylanten. Als weitere Redner traten während der Veranstaltung der NPD-Vorsitzende Martin Mußnug sowie der britische Publizist David Irving in Erscheinung. Der mit 20.000 DM dotierte «Andreas-Hofer-Preis» wurde von Dr. Frey an Frau Schuurmann, Niederlande, verliehen, weil sie sich in den Niederlanden gegen die angebliche Überfremdung durch Ausländer eingesetzt und bei einem Anschlag politischer Gegner ein Bein verloren hat.

Zu einer Demonstration gegen diese Großkundgebung hatte ein *Verein zur Förderung des kulturellen Bewußtseins junger Menschen* aufgerufen. Dem Appell waren rund 1.000 Teilnehmer gefolgt, darunter etwa 150 Angehörige linksextremer autonomer Gruppen. 22 Personen wurden vorläufig festgenommen.

Etwa 400 Delegierte stellten auf dem nichtöffentlichen Ordentlichen Bundesparteitag der DVU — *Liste D* am 26. November in Feucht die Bundesliste für die Europawahl am 18. Juni 1989 auf. Sie enthält 24 Bewerber und 24 Ersatzbewerber. Auf Platz 1 der Liste wurde einstimmig Dr. Frey gewählt. Auf Platz 2 wurde Wilhelm

Crinius, ein Jagdflieger des 2. Weltkrieges, gesetzt. Platz 3 erhielt der NPD-Bundesvorsitzende Mußnug. Auch auf den Plätzen 6, 9 und 12 kandidieren Funktionäre der NPD. Auf Platz 4 bewirbt sich Gerhard Frey jun., Bezirksvorsitzender der DVU — *Liste D* in Oberbayern. Der Jurastudent erzielte das drittbeste Stimmenergebnis der 48 Gewählten. Platz 20 nimmt der Landesvorsitzende aus Hessen, Heinz Schmitz, ein. In seinem Schlußwort plädierte Dr. Frey nochmals, alle Anstrengungen für einen Wahlerfolg der DVU — *Liste D* auf sich zu nehmen. Er selbst wolle auch unermüdlich für die «Nationale Sache» kämpfen.

Freundeskreis Ulrich von Hutten e. V.

Der *Freundeskreis Ulrich von Hutten* traf sich vom 22. bis 24. April in Niederaula (Kreis Hersfeld-Rotenburg). Anlaß war der 500. Geburtstag des Namenspatrons. An der Veranstaltung nahmen etwa 400 bis 450 Personen teil. Verschiedene in- und ausländische rechtsextreme Gruppierungen waren durch Abordnungen vertreten, darunter auch Anhänger der *Wiking-Jugend* und der *Nationalistischen Front*.

Der international zusammengesetzte *Freundeskreis* wurde im Jahre 1982 von mehreren Rechtsextremisten, darunter Otto Ernst Remer und die Präsidentin der rechtsextremen *Deutschen Kulturgemeinschaft (DKG)* in Österreich, Lisbeth Gro-litsch, gegründet. Er hat bundesweit etwa 300, in Hessen etwa zehn Mitglieder.

Wiking-Jugend (WJ)

Zu den ältesten rechtsextremen Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland zählt die im Jahre 1952 gegründete *Wiking-Jugend*. Sie versteht sich als nationalbündische Jugendbewegung in der Tradition der *Hitler-Jugend*. Sie wird nach

dem Führerprinzip geleitet, hängt einer germanisierenden Nordlandideologie an und empfindet sich als «heranzubildende Elite».

Im Gegensatz zu ihrer Erklärung, daß «im Zentrum ihrer jugendpflegerischen Aufgabe» die «Brauchtumspflege» stehe, vermitteln die Zeltlager der *WJ* jedoch eher den Eindruck paramilitärischer Übungslager. Mit Flugblattaktionen vor Schulen, ihrer Zeitschrift *Wikinger* und dem Schülermagazin *Gäck* wendet sich die *WJ* hauptsächlich an die Altersgruppe der 15- bis 20jährigen. Das Magazin *Gäck* erscheint mehrmals im Jahr in einer Auflage von 15.000 Exemplaren.

Vom 20. bis 25. Mai trafen sich in Hetendorf bei Celle etwa 200 Rechtsextremisten zum jährlich stattfindenden Pfingstlager. Die Mitglieder der *WJ* waren uniformiert. Die Mädchen trugen blaue Röcke und weiße Blusen; die männlichen Teilnehmer blaue Hemden, die mit der Odalsruna, dem Emblem der *WJ*, gekennzeichnet waren. An der Veranstaltung nahmen auch Anhänger der *Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP)* und der *Nationalistischen Front*, ebenso Vertreter von befreundeten Organisationen aus Spanien, Belgien, den Niederlanden und Österreich teil. Den *Kühnen*-Anhängern war der Zutritt zum Lager verwehrt.

Entgegen den sonstigen Gepflogenheiten verlegte die *WJ* ihr Sommerlager, das in der Zeit vom 6. Juli bis 30. Juli stattfand, in die Schweiz. Hierfür mietete sie ein Grundstück in der Gemeinde Seelisberg im Kanton Uri. Der überwiegende Teil der etwa 50 Teilnehmer kam aus der Bundesrepublik Deutschland. Die männlichen Teilnehmer trugen die Kleidung der *WJ*. Auf dem Lagergelände wurde die Fahne der *WJ* gehißt, Hinweisschilder «Betreten des Lagergeländes verboten» aufgestellt und Wachen eingerichtet. Letztere schlugen Journalisten der *Züricher Wochenzei-*

tung bei dem Versuch nieder, Aufnahmen von dem Lager zu machen. Das Treffen erregte in der Schweiz Aufsehen.

Das Winterlager fand in Aschaffenburg statt. Unter dem Namen *hessische Tanz- und Folkloregruppe* versammelten sich ab 27. Dezember etwa 80 Personen in einer Jugendherberge in Aschaffenburg. Die Leitung hatten Mitglieder des Bundesvorstandes. Bis zuletzt war unklar geblieben, ob die *WJ* zum Jahresende, wie schon seit 20 Jahren, in der Gemarkung Simmershausen (Rhön) ihr traditionelles Mahnfeuer an der innerdeutschen Grenze abbrennen wollte. Erst am Nachmittag des 30. Dezember ging die versammlungsrechtliche Anmeldung der *WJ* beim Landratsamt Fulda ein, das die Veranstaltung wie im Vorjahr verbot. Am Silvestermorgen fuhrten etwa 60 *WJ*-Mitglieder von Aschaffenburg nach Fulda, um eine vorwiegend gegen ihre Organisation gerichtete Demonstration zu stören, zu der ein Aktionskomitee *Nie wieder Faschismus* bundesweit aufgerufen hatte. Die Polizei verhinderte durch Kontrollen Zwischenfälle. 29 Rechtsextremisten wurden vorläufig festgenommen und erst am frühen Neujahrsmorgen wieder auf freien Fuß gesetzt. Unter ihnen befand sich auch der Bundesführer der *WJ*.

Neonazistische Bestrebungen

Als neonazistisch werden in der Tradition des *Nationalsozialismus* stehende rechtsextreme Bestrebungen bezeichnet, deren Träger sich als «revolutionäre Kampfgemeinschaft» verstehen. Sie wollen die parlamentarische Demokratie beseitigen und statt ihrer einen Führerstaat auf rassistischer Grundlage nach dem Vorbild *Adolf Hitlers* errichten.

und zu allen Aussagen ihres Vorsitzenden.

In der Mai-Ausgabe der von ihm herausgegebenen Monatszeitung *Deutscher Standpunkt (DS)* wandte sich Pape gegen Kühnen und dessen Anhängerschaft. Unter der Überschrift «Agent oder Wirtkopf?» beklagte er die «Frechheit» des Herrn Kühnen, im Namen der FAP Versammlungen abzuhalten, obwohl er der FAP nicht angehöre.

Der FAP-Landesverband Hessen mit seinem einzigen aktiven Kreisverband Frankfurt am Main besteht ausschließlich aus Anhängern Kühnens. Er hat etwa 20 Mitglieder und schätzungsweise weitere 20 Sympathisanten, die fast ausschließlich im Rhein-Main-Gebiet wohnen. Vor diesem Kreis, der am 12. März als «außerordentliche Mitgliederversammlung» tagte, trat Kühnen erstmals nach seiner Haftentlassung wieder als Redner auf.

Am 16. April fand in Hungen-Inheiden der Landesparteitag der hessischen FAP statt. Es nahmen rund 90 Neonazis teil, die überwiegend aus anderen Bundesländern und auch aus Österreich angereist waren. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern während der Anfahrt zum Veranstaltungsort nutzte Kühnen im Beisein von Pressevertretern zur politischen Agitation. Außerdem teilte er mit, er werde sich mit seinen Anhängern am Kommunalwahlkampf in Hessen beteiligen. Die 15 wahlberechtigten Mitglieder des Landesverbandes bestätigten den bisherigen Vorsitzenden René Friedmann in seinem Amt. Außerdem wurde eine bundesweite *Freie Gewerkschaftsbewegung* gegründet. Diese behauptete, «allein konsequent die Interessen des deutschen Arbeiters» zu vertreten, obwohl sie keinerlei Aktivitäten entwickelte.

Am 5. November fand der wiederholt ver-

schobene Bundesparteitag der FAP statt. Etwa 50 Teilnehmer trafen sich in der Wohnung des Bundesvorsitzenden Pape in Stuttgart und wählten *Friedhelm Busse* zum neuen FAP-Bundesvorsitzenden. Busse war Vorsitzender der 1982 vom Bundesminister des Innern verbotenen *Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands / Partei der Arbeit (VSBD/PdA)*. Er verbüßte bis 24. August 1986 eine Freiheitsstrafe von drei Jahren und neun Monaten wegen der Unterstützung von Neonazis bei den Vorbereitungen zu einem Banküberfall. Die zusammen mit Busse neu gewählten Funktionäre im FAP-Bundesvorstand sind sämtlich Anhänger des Mosler-Flügels der «Bewegung».

Der Bundesparteitag wurde am Nachmittag in Ostfildern-Scharnhausen mit der Wahl der Bewerber für die Europawahl 1989 fortgesetzt. Der ehemalige Bundesvorsitzende Pape wurde zum «Spitzenkandidaten» gewählt. Platz 5 der Liste nimmt Otto Riehs aus Frankfurt am Main ein. Er war bis zum Verbot der ANS/NA Vorsitzender des als Untergliederung mitverbotenen *Freundeskreises deutsche Politik*.

Nachdem Kühnen am 5. November zusammen mit rund 80 Anhängern vergeblich versucht hatte, am Bundesparteitag teilzunehmen und die Veranstaltung zu stören, kam die Gruppe in Kusterdingen-Jettenburg zu einem sogenannten «Notparteitag» (Gegenparteitag) zusammen, auf dem *Walter Matthaei*, ein Mitbegründer der *Wiking-Jugend*, zum FAP-Bundesvorsitzenden der Kühnen-Anhänger gewählt wurde. Damit gab es zwei Bundesvorstände der FAP, von denen jeder von sich behauptete, die «wahre» FAP zu repräsentieren.

Am 19. November traf sich der von Mosler-Anhängern gestellte Bundesvorstand um Busse in Stolberg bei Aachen und beschloß den organisatorischen Rahmen

sowie das weitere taktische Vorgehen. Außerdem wurden vier von dem ehemaligen Bundesvorsitzenden Pape aus der FAP ausgeschlossene maßgebliche Aktivisten der «Bewegung», zu denen auch Mosler gehörte, mit sofortiger Wirkung wieder in die Partei aufgenommen. Der Parteivorstand richtete ferner neben anderen Funktionsämtern auch ein «Generalsekretariat der FAP» unter Leitung von Mosler ein. Die von Kühnen-Anhängern beherrschten Landesverbände Hamburg und Hessen wurden wegen angeblich erheblicher Beitragsschulden aufgelöst; gleichzeitig erkannte der Vorstand den von Mosler-Anhängern geführten Landesverband Niedersachsen wieder formell an. Als offizielle Publikationen dieser FAP wurden die Schriften *FAP-Intern*, *Der Mädelbrief*, *Der Volksgenosse*, *Deutscher Beobachter*, *Der politische Soldat* und *Der Landreport* festgelegt.

Die Maßnahmen des «Busse-Vorstandes» vom 19. November, insbesondere die Aufhebung der Landesverbände Hamburg und Hessen, trugen nicht zur Aufhellung der verworrenen organisatorischen Lage innerhalb der FAP bei, so daß der Bundeswahlleiter diesem Vorstand die angeforderten Unterlagen zur Europawahl 1989 zunächst mit der Begründung verweigerte, es müsse erst innerhalb der FAP geklärt werden, welcher Vorstand legitimiert sei, die Partei zu vertreten.

Da die Führungspersonen beider Lager offenbar befürchteten, die FAP könne durch ihre Spaltung und zwei miteinander konkurrierende Bundesvorstände den Status als politische Partei und damit den gesteigerten Schutz gegenüber Verbotsmaßnahmen der Verwaltungsbehörden verlieren, verbreiteten sie Anfang Februar 1989 eine auf den 8. Januar 1989 datierte Erklärung, mit der sie die offenen Auseinandersetzungen für beendet ansehen. Der FAP-«Notvorstand» der Kühnen-Anhänger unter Matthei sei geschlossen

zurückgetreten. Die Kühnen-Gruppe erkenne nunmehr den «Busse-Bundesvorstand» an, worauf ihm der Bundeswahlleiter die für die Teilnahme an der Europawahl erforderlichen Unterlagen übersandte.

Angesichts dieser nur als «Waffenstillstand» verstandenen Erklärung und des Umstandes, daß, soweit bekannt, der Beschluß des «Busse-Vorstandes» vom 19. November über die Auflösung der von Kühnen-Anhängern beherrschten Landesverbände Hamburg und Hessen bisher nicht aufgehoben wurde, erscheint die flächenmäßige und zahlenmäßige Organisation der FAP nach wie vor unübersichtlich. Bezieht man die Landesverbände Hamburg und Hessen ein, so waren die Ende 1988 annähernd 500 Mitglieder und Sympathisanten der FAP in sieben Landesverbänden (Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein) sowie in mehreren Kreisverbänden und Kameradschaften zusammengefaßt. Ohne Hamburg und Hessen dürfte die Zahl der FAP-Anhänger zu diesem Zeitpunkt etwa bei 450 gelegen haben.

Nationale Sammlung (N. S.)

Die N. S. wurde nach eigenen Angaben am 15. Juli in Frankfurt am Main von Mitgliedern und Anhängern der FAP als bundesweite *Wählerinitiative der FAP* gegründet. Ausweislich des Protokolls beschloß die Gründungsversammlung eine Satzung sowie die Eintragung der N. S. als Verein beim Amtsgericht Frankfurt am Main. Das *Manifest der Nationalen Sammlung* wurde zum Grundsatzprogramm bestimmt. Darüber hinaus bekundeten die Gründungsmitglieder ihre Absicht, sich zunächst mit der N. S. an den hessischen Kommunalwahlen am 12. März 1989 zu beteiligen. Zur Unterstützung der N. S. wurde am 18. Juli ein *Förderkreis Rhein-*

Main gegründet. Angeblich handelt es sich hierbei um Personen, «die aus Alters- und Berufsgründen im Hintergrund bleiben müssen».

Die wesentlichen Aussagen der *N. S.* beruhen auf dem *NSDAP*-Programm des Jahres 1920 in der Interpretation, die *Kühnen* in den vergangenen Jahren vorgenommen und als Artikelserie in der rechts-extremen Publikation *N. S. — Kampfruf* veröffentlicht hatte.

Nachdem *Kühnen* bereits im Dezember 1987 in seinem 25. *Brief aus der Haft* seinen Anhängern versprochen hatte, «die Truppe» innerhalb eines Jahres «wieder hochzubringen und in eine politische Durchbruchsschlacht» zu führen, begann er sofort nach der Entlassung, seine Aktivisten und die ihm ergebenden «Kameradschaften» innerhalb der «*Bewegung*» im Rahmen einer «Deutschlandfahrt» aufzusuchen, um seine Gefolgsleute zu sammeln und neue Initiativen «im Kampf für den Nationalsozialismus» zu ergreifen. Zur Steigerung des Bekanntheitsgrades seiner Organisation nutzte er jede Gelegenheit, Kundgebungen in der Öffentlichkeit abzuhalten; vor eingeladenen Journalisten und Fernsightings erläuterte er Ideen vom «Kampf für das IV. Reich» und zur Neugründung der *NSDAP*.

Im April veröffentlichte er in der Monatschrift *Die Neue Front* sein *Manifest der Nationalen Sammlung*. Darin verwies er auf die Wahlergebnisse von *Republikanern*, *DVU* und *NPD* und deutete deren Stimmengewinne als «allmähliches Erwachen im deutschen Volk». Die freiheitliche demokratische Grundordnung wird mit dem Satz «Das System hat keine Fehler — es ist der Fehler!» abgelehnt. Als Alternative für «national- und sozialrevolutionäre Kräfte» empfahl *Kühnen* nunmehr die *N. S.* Sie sollte eine «programmatische Plattform» für eine «Wählerinitiative» und

später die Basis für eine «politische Partei» bilden.

Für den 30. Juli hatte die *FAP* Hessen ihre Anhänger zu einem «Bereichstreffen Mitte» nach Kassel eingeladen. Schwerpunkt des «Kameradschaftstreffens» sollten «die anlaufenden Vorbereitungen für die Teilnahme an den hessischen Kommunalwahlen sein». Die Anwesenheit von etwa 250 politischen Gegnern ließ größere Aktionen der etwa 25 *Kühnen*-Anhänger nicht zu. Sie beschränkten sich darauf, am Bahnhof Kassel-Wilhelmshöhe Flugblätter der *N. S.* in die Briefkästen der näheren Umgebung zu verteilen. *Kühnen* bewertete dieses Treffen dennoch als großen Erfolg. Die ausführliche Berichterstattung in der Presse zeige, «daß man mit zahlenmäßig geringen Kräften und ohne überregionale Mobilisierung vor Ort viel erreichen» könne.

Am 7. August trafen sich im Raum Ulm nahezu 40 Aktivisten, unter ihnen *Kühnen* und der *N. S.*-Gründungsvorstand zum «VII. Führerthing». Schwerpunktthema war erneut die beabsichtigte Teilnahme der *N. S.* an den Kommunalwahlen in Hessen.

Am 20. August beteiligten sich die *Kühnen*-Anhänger an einer Demonstration in Wunsiedel, die von dem Herausgeber der rechtsextremen Publikation *Wehr Dich!*, Berthold Dinter aus Rheda-Wiedenbrück, anlässlich des 1. Todestages von Rudolf Hess angemeldet worden war. Sie stellte zwei Drittel der etwa 150 Rechtsextremisten. Im Zusammenhang mit dieser Veranstaltung wurden 21 Personen festgenommen. Da sie zum Teil uniformähnliche Kleidung trugen, gefährliche Gegenstände mit sich führten oder den *Hitler-Gruß* zeigten, leitete die Staatsanwaltschaft Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts von Verstößen gegen §§ 86a, 223a StGB und § 27 Versammlungsgesetz ein.

Zum Auftakt des hessischen Kommunalwahlkampfes suchten 14 *Kühnen*-Anhänger eine Veranstaltung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in Langen auf und verteilten an die etwa 30 Anwesenden Flugblätter. Die *N. S.*-Aktivisten wurden vom Versammlungsleiter aus dem Raum gewiesen.

Am 3. September verteilten 24 Neonazis in der Frankfurter Innenstadt Flugblätter der *N. S.* zur Kommunalwahl. Sie nahmen darin zum «Anti-Kriegstag» Stellung und stellten ihre Auffassung zur Kriegsschuldfrage dar.

Erhebliche Empörung löste die Nummer 1 der *N. S.-Wahlkampfzeitung für Langen* mit dem Titel *Der Sturm* aus, die am 9. September in einer Auflage von etwa 12.000 Stück im Stadtgebiet Langen verbreitet wurde. Das *N. S.*-Pamphlet forderte die «Volksgenossinnen und Volksgenossen von Langen» zu einem «Sturm der Erneuerung» auf, damit dort die «erste ausländerfreie Stadt» entstehe. In besonders diffamierender Weise wird in Bild und Text unter der Aufforderung «Ausländer raus!» auf die angeblich drohende «Asylanten- und Gastarbeiterflut» hingewiesen. Außerdem wurden die Bewerber Heinz Oskar Reisz und Thomas Brehl des Wahlvorschlages der *N. S.* für die Stadt Langen sowie Kühnen als «*N. S.*-Wahlkampfleiter für Frankfurt am Main und Langen» vorgestellt.

Für den 1. Oktober hatte der Vorsitzende des *N. S.*-Gründungsvorstandes, der hessische *FAP*-Landesvorsitzende Friedmann, die *Kühnen*-Anhänger zu einer «zentralen Veranstaltung» der *N. S.* nach Frankfurt am Main eingeladen. Etwa 40 Aktivisten verteilten dort am Nachmittag in der Fußgängerzone rund 3.000 Flugblätter der *N. S.* an Passanten. Im Anschluß daran versammelten sich 70 bis 80 Personen, davon etwa 30 aus Hessen, in einer Gaststätte in Frankfurt am Main-Höchst zu

einer «geschlossenen Wahlveranstaltung» der *N. S.* Redner waren *Kühnen*, Brehl und *Matthaei*.

In den späten Abendstunden desselben Tages erfolgte ein Brandanschlag auf einen S-Bahn-Zug der Strecke von Frankfurt am Main nach Wiesbaden. Dabei entstand ein Sachschaden von etwa 400.000 DM. Im Brandschutt wurden Flugblätter der *N. S.* sowie Aufkleber einer *Taunusfront* gefunden.

Kühnen gelang es nach seiner Haftentlassung im März, die Zahl seiner Anhänger etwa zu verdoppeln. Dazu haben insbesondere die im Zusammenhang mit der hessischen Kommunalwahl durchgeführten Aktionen beigetragen. In Hessen stieg die Zahl der *Kühnen*-Anhänger auf etwa 40, bundesweit auf etwa 170.

Die Spaltung der «*Bewegung*» in einen *Mosler*- und einen *Kühnen*-Flügel führte dazu, daß am 20. Juli 1988 in Frankfurt am Main von den Anhängerinnen *Kühnens* in der *Deutschen Frauenfront (DFF)* der «Gau Hessen» gegründet wurde. Die Gruppe hat etwa fünf Mitglieder und wird von Renate Reisz aus Langen geleitet, die Ehefrau des ebenfalls zur Gefolgschaft *Kühnens* zählenden Heinz Oskar Reisz. Zur Wahlkampfunterstützung der *Nationalen Sammlung* organisierte die *DFF* für den 3. Dezember eine Flugblattverteilung in Langen und ein anschließendes Treffen in Alsfeld.

Am 27. Januar 1989 verfügte der Bundesminister des Innern gemäß § 3 Vereinsgesetz das Verbot der *N. S.* sowie die Beschlagnahme des Vereinsvermögens. Die sofortige Vollziehung des Verbotes wurde angeordnet. Der Bundesminister des Innern stellt in seiner Verbotsverfügung fest, daß die gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtete Tätigkeit der *N. S.* nicht länger hingenommen werden kann. Das Verbot wurde am 9. Februar 1989

vollzogen. Im Rahmen der Vollzugsmaßnahmen wurden aufgrund richterlicher Anordnung die Wohnungen von 47 Aktivisten, davon 34 Personen in Hessen, durchsucht. Neben umfangreichem Schriftmaterial konnte eine bundesweite Mitgliederliste sowie entsprechende Eintrittserklärungen sichergestellt werden. Darüber hinaus wurden *Hakenkreuzembleme*, *-fahnen* und *-armbinden*, *N.S.-Mitgliedsausweise* sowie Teile von Schußwaffen und Utensilien zur Herstellung von Munition gefunden.

Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)

Die HNG mit derzeit 220 Mitgliedern im Bundesgebiet ist nach wie vor ein Sammelbecken für Neonazis. Die Spaltung der *«Bewegung»* und der *FAP* in *Mosler-* und *Kühnen-Anhänger* wirkt sich auch auf diese Organisation nachteilig aus. Die HNG betreut inhaftierte Gesinnungsgenossen. Sie gewährte im Berichtsjahr etwa einem Dutzend Häftlingen und deren Angehörigen finanzielle Zuwendungen. Seit Februar 1984 ist das frühere Mitglied der verbotenen *ANS/NA*, Christa Goerth aus Bielefeld, Vorsitzende der HNG. Als Schriftleiter der monatlich erscheinenden *Nachrichten der HNG* fungiert seit 1985 der stellvertretende Organisationsleiter der *«Bewegung»* (*Mosler-Flügel*) und *FAP-Funktionär* Volker Heidel. In den *Nachrichten der HNG* werden *«Gefangenelisten»*, Anschriften und Briefe von *«nationalen politischen Gefangenen»* veröffentlicht.

Die HNG führte zwei Mitgliederversammlungen durch. An der Zusammenkunft am 27. Februar in Bründersen bei Wolfhagen nahmen etwa 90 Personen, an der am 26. November in Schwarzenborn/Knüll etwa 70 Personen teil. Zu der letzteren Veranstaltung erschien erstmals nach sei-

ner Haftentlassung *Kühnen* mit seinen Anhängern.

Deutsche Bürgerinitiative e. V. (DBI)

Der 1982 als Rädelsführer der rechtsterroristischen *Deutschen Aktionsgruppen* zu 13 Jahren Freiheitsstrafe verurteilte ehemalige Leiter der *Deutschen Bürgerinitiative e. V. (DBI)*, Manfred Röder, dem seit 1987 gelockerter und 1988 vorübergehend offener Strafvollzug gewährt wurde, verfaßt in der Haft weiterhin die Publikationen der *DBI*. Er setzte damit seine Versuche fort, aus der Haft auf seine Gesinnungsgenossen politisch einzuwirken. Die Haft erleichterungen wurden inzwischen zurückgenommen.

In den Briefen der *Deutschen Bürgerinitiative e. V. — weltweit* — greift Röder die Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik Deutschland an. Unter anderem heißt es im Junibrief: *«Die heutige Wachstums-ideologie ist viel schlimmer und gefährlicher, als es je eine Rassen- oder Klassen-theorie sein könnte.»*

Im Maibrief hatte Röder ausgeführt: *«Im Kampf gegen den Terrorismus hat sich der Rechtsstaat selbst beschmutzt.»* Jeder Terrorist weiß, *«daß er Unrecht tut, aber nur, weil er dazu gezwungen wird, um ein höheres Rechtsgut zu verteidigen. Er fühlt sich wie im Krieg, zumal von staatlicher Seite auch Unrecht begangen und mit unlauteren Mitteln gearbeitet wird... Deshalb steht nicht Recht gegen Unrecht, sondern — wie im Krieg — Recht gegen Recht.»*

Die sonstigen Aktivitäten der *DBI* beschränkten sich auf vier Freundestreffen mit jeweils etwa 70 Teilnehmern. Die Leitung der Veranstaltungen hatte die Ehefrau von Manfred Röder.

Neonazistische Ausschreitungen

Die Zahl der erfaßten Ausschreitungen mit rechtsextremer Motivation hat sich mit 118 Stör- und Schmieraktionen sowie antisemitischen oder neonazistischen Drohungen gegenüber dem Vorjahr (125) geringfügig verringert. Die Aktionen galten Asylbewerbern, Ausländern, Bürgern jüdischen Glaubens, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und Presseorganen. Die regionalen Schwerpunkte lagen wiederum in Frankfurt am Main und Umgebung (41), Wiesbaden (30) und Kassel (22). Besonders betroffen waren öffentliche Gebäude wie Schulen, Kirchen und Rathäuser. Außer *Hakenkreuzen* und SS-Runen werden u. a. folgende Parolen geschmiert: «Ausländer raus — Jude verrecke», «Asylanten ins KZ», «Kauft nicht bei Juden», «*Kühnen* killt Euch alle — Judenvergasung alles Lüge».

Von Juni bis Oktober verübten Unbekannte in Wiesbaden 25 Brandanschläge. In 15 Fällen sind die betroffenen Häuser überwiegend von Ausländern bewohnt. Bei vier Brandstiftungen wurden an den Tatorten auch *Hakenkreuzschmierereien* festgestellt. Mit Anrufen bei Wiesbadener Zeitungen bezichtigte sich eine bisher unbekannte Gruppierung *Wiesbadener Front* der Brandanschläge.

Strafrechtliche Maßnahmen gegen

*Rechtsextremisten

Am 15. März verurteilte das Landgericht Gießen den Neonazi Ernst Tag wegen Beihilfe zur schweren räuberischen Erpressung, Hehlerei und Verstoßes gegen das Waffengesetz zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren. Das Gericht sah es als erwiesen an, daß Tag sein als «*Nationales Zentrum*» bezeichnetes Anwesen in Weidenthal (Kreis Bad Dürkheim) teilweise mit Beutegeldern aus zwei Banküberfällen

eines bereits 1987 verurteilten früheren NS-Aktivistin finanziert habe. Das Verfahren ist noch nicht rechtskräftig abgeschlossen.

Am 14. Oktober verurteilte das Oberlandesgericht Frankfurt am Main den ehemaligen stellvertretenden Kreisvorsitzenden der NPD in Wiesbaden, Peter Naumann, zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren und sechs Monaten. Die Verurteilung erfolgte wegen folgender Straftaten:

- 1978 Sprengstoffanschlag auf eine Gedenkstätte in Rom,
- 1979 Verabredung von Sprengstoffanschlägen auf Sendemasten zur Verhinderung der Fernsehsendung «Holo-caust»,
- versuchte Gründung einer terroristischen Vereinigung,
- Verstoß gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz.

Ein Mitangeklagter wurde wegen der Verabredung von Sprengstoffanschlägen zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr mit Bewährung verurteilt.

Beide Urteile sind rechtskräftig.

Sechs Rechtsextremisten wurden vom Landgericht Mannheim am 25. November zu Freiheits- und Jugendstrafen von drei bis 22 Monaten auf Bewährung sowie zu Geldstrafen zwischen 1.000 DM und 2.500 DM verurteilt. Sie hatten am 30. Januar ein Wohnheim für Asylbewerber in Schriesheim (Rhein-Neckar-Kreis) überfallen und dabei zwei Inder erheblich verletzt. Zwei der Mittäter stammen aus Hessen.

Die Urteile sind rechtskräftig.

Am 10. Mai und 1. Dezember verurteilte das Jugendschöffengericht in Dillenburg fünf Neonazis wegen Verwendung von Kennzeichen einer ehemaligen *nationalsozialistischen* Organisation. Die gerichtlichen Sanktionen bewegten sich zwischen einer Verwarnung mit Auflagen und einem Jahr Freiheitsstrafe mit Bewährung. Die

Verurteilten hatten sich von November 1986 bis Ende Mai 1987 in Herborn und Umgebung zu wehrsportähnlichen Übungen und Informationstreffen zusammengefunden. Sie verherrlichten *Adolf Hitler* und sprachen sich mit Dienstgraden der SS und SA an.

Die Urteile sind rechtskräftig.

Beurteilung

Die bei einigen Organisationen gestiegenen Mitgliederzahlen haben das aggressive Potential des Rechtsextremismus nur unwesentlich verändert. Ausländerfeindlichkeit, Asylproblematik und Antisemitismus bestimmten zunehmend das Erscheinungsbild rechtsextremer Vereinigungen.

Die Absprache zwischen den Führungsspitzen von *DVU — Liste D* und *NPD*, wonach diese auf die Teilnahme an der Europawahl 1989 verzichtet, die *NPD* bei Verzicht der *DVU — Liste D* sich an der nächsten Bundestagswahl beteiligt und die an der Wahl nicht teilnehmende Partei jeweils die andere im Wahlkampf unterstützt, stieß bei der *NPD*-Basis nicht auf ungeteilte Zustimmung. Trotz eines dahingehenden Parteitagsbeschlusses wird unter den Mitgliedern weiter darüber diskutiert. Die Kritiker befürchten, daß die Absprache der *NPD* auf weitere Sicht die Eigenständigkeit nehmen wird. Trotz dieser parteiinternen Auseinandersetzungen liegt die *NPD* derzeit offenbar in einem Aufwärtstrend, wie die bundesweit gestiegenen Mitgliederzahlen zeigen. Hierfür sprechen nicht zuletzt auch die von ihr bei den hessischen Kommunalwahlen am 12. März 1989 erzielten Ergebnisse.

Die *DVU — Liste D* war in erster Linie bestrebt, ihre Organisation flächendeckend, auch in Hessen, auszubauen. Sie ver-

suchte mit großem finanziellem Aufwand ihren Bekanntheitsgrad zu steigern und sich mit Postwurfsendungen zur Europawahl als Sachwalterin deutscher Interessen darzustellen. Ihre Werbung war weitgehend auf die Themenbereiche «Ausländer» und «Scheinasylanten» abgestellt.

Neonazistische Gruppierungen agieren weiterhin am aggressivsten im rechtsextremen Bereich. Ihre Aktivitäten wurden jedoch durch interne Schwierigkeiten gehemmt. Die Spaltung der *FAP* war für Hessen besonders bedeutsam, da die Führungspersonen des *Kühnen-Flügels* fast alle in Hessen wohnen und der im November neu gewählte, von *Mosler*-Anhängern gestellte Bundesvorstand noch im gleichen Monat den *FAP*-Landesverband Hessen aufgelöst hat. Es muß abgewartet werden, ob das zwischen *Mosler*-Anhängern und *Kühnen*-Anhängern Anfang 1989 ausgehandelte «Stillhalteabkommen», das die offenen Feindseligkeiten zwischen beiden Lagern beenden sollte, Bestand haben wird.

Die von *Kühnen* für seine Anhänger aus der «*Bewegung*» als organisatorischer Rahmen gedachte *Nationale Sammlung* ist durch das vereinsrechtliche Verbot vom 27. Januar 1989 zerschlagen worden. Damit wurde auch eine weitere Beeinträchtigung des Ansehens der Bundesrepublik Deutschland durch die dort zusammengeschlössenen Neonazis beendet.

Die freiheitliche demokratische Grundordnung wurde weder von den Gruppierungen des Neonazismus noch denen der sogenannten *Alten Rechten* oder der *National Freiheitlichen Rechten* gefährdet. Es bleibt abzuwarten, wie sich das Verhältnis zwischen *NPD* und *DVU — Liste D* in Zukunft gestaltet, und ob es gelingen wird, das Potential von rechtsextremen und Protestwählern dauerhaft zu bündeln.

Linksextreme Bestrebungen

Orthodoxer Kommunismus

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Die 1968 gegründete *DKP* bekennt sich weiterhin zu ihren marxistisch-leninistischen Grundpositionen. Als «revolutionäre Partei der Arbeiterklasse» steht sie in der Tradition und Kontinuität der 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen *Kommunistischen Partei Deutschlands* (KPD). Ihre enge Bindung an *KPdSU* und *SED* war weiterhin bestimmend für die gesamte Tätigkeit der Partei. Erster Vorsitzender ist seit 1973 Herbert Mies. Die Zahl der *DKP*-Mitglieder ist gegenüber dem Vorjahr von etwa 38.000 auf unter 35.000 zurückgegangen (nach eigenen Angaben von 57.802 im Jahre 1986 auf 47.513). Die *DKP* und ihre Nebenorganisationen *SDAJ* und *MSB Spartakus* gaben neue Mitgliedsbücher aus. Derartige Umtauschaktionen finden im Abstand von etwa vier Jahren statt und ergeben den jeweils aktuellen Mitgliederstand. Dabei werden die vorhandenen persönlichen Daten aktualisiert und eingehende Gespräche mit allen Mitgliedern geführt. Beabsichtigt ist, die Mitglieder bei der politischen Arbeit nach ihren persönlichen Fähigkeiten und Neigungen einzusetzen, persönliche Kontakte und Möglichkeiten für die Parteiarbeit zu nutzen sowie ideologisch wankelmütige und inaktive Mitglieder rechtzeitig zu erkennen und durch intensive Betreuung wieder in die Organisation zu integrieren. Als einzige Partei in der Bundesrepublik Deutschland gibt die *DKP* ihr Zentralorgan *Unsere Zeit* (*UZ*) als Tageszeitung heraus. Die Auflage liegt bei 21.000 Exemplaren, nur die Freitagsausgabe mit einer Wochenendbeilage wird in 39.000 Exemplaren hergestellt. Zu besonderen Anlässen erscheinen Extrablätter in

weit höherer Auflage. Der *DKP*-Parteivorstand gibt weiterhin zweimonatlich die Funktionärszeitschrift *Praxis — Erfahrungen aus dem Leben und der Arbeit der Partei* sowie in unregelmäßiger Folge den *DKP*-Pressedienst, eine Schrift *DKP-Informationen* und einen *info-dienst* mit Material für *DKP*-Betriebszeitungen, Wohngebiets- und Hochschulzeitungen heraus. Theoretisches Organ der *DKP* ist die Monatsschrift *Marxistische Blätter* (Auflage rund 7.000 Exemplare). Die *DKP*-nahe *Progress-Presse-Agentur GmbH* (*PPA*) veröffentlicht einen *PPA-Tagesdienst* mit Berichten über Aktivitäten der *DKP* und ihr nahestehender Organisationen.

Der *DKP*-Bezirksorganisation Hessen — Vorsitzender ist Rudi Maurer aus Frankfurt am Main — gehören noch 4.500 Mitglieder an (1987 etwa 5.000 Mitglieder). Sie sind in 20 Kreisorganisationen, 120 Orts- oder Wohngebietsgruppen, 55 Betriebsgruppen und sechs Hochschulgruppen zusammengefaßt. Die Gruppen geben zahlreiche Kleinzeitungen in meist unregelmäßiger Folge heraus. Ferner veröffentlicht der *DKP*-Bezirksvorstand unter dem Titel *Denkzettel* in unregelmäßiger Folge ein Mitteilungsblatt für die «Probleme fortschrittlicher Kultur und Kulturschaffender in Hessen» sowie die Schriften *DKP-kommunal* und *Bildungspolitische Mitteilungen*.

Die *DKP* hält weiterhin an ihren verfassungsfeindlichen Zielen fest und bekennt sich zum Marxismus-Leninismus, zum proletarischen Internationalismus und zu den Organisationsprinzipien kommunistischer Parteien. Ihre Programmatik ist im *Parteiprogramm* von 1978 und in den 1986 verabschiedeten *Thesen des 8. Parteitages* enthalten. Als «revolutionäre Partei der Arbeiterklasse» erstrebt sie die «grundlegende Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse» mit dem Ziel einer «sozialistischen Bundesrepublik», in der «die Arbeiterklasse und die anderen

Werk tätigen die Macht ausüben» (*Partei-programm* Seite 59 und *These* 38). Mit dieser Formulierung umschreibt sie die *Diktatur des Proletariats*, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbar ist. Gemäß der revolutionären Theorie und Taktik Lenins soll das *sozialistische Ziel* über mehrere Etappen erreicht werden. Als erstes will die *DKP* das «Kräfteverhältnis zugunsten der *Arbeiterklasse*» und der *bündnis*sbereiten «demokratischen Kräfte» verändern und eine «Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt» herbeiführen. Diese soll dann in eine «antimonopolistische Demokratie» (Periode grundlegender Umgestaltungen) münden und den Weg zum Sozialismus öffnen (*DKP-Programm*, Seite 33 und 66). Zu diesem Zweck propagiert die Partei ein breites Bündnis und als dessen Kern die «Aktionseinheit der *Arbeiterklasse*» (Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten und Gewerkschaftern). Wie sich der Weg zum *Sozialismus* konkret gestalten, hänge vor allem von der Stärke der revolutionären Partei und ihrer *Bündnis*skräfte sowie «von den Formen des Widerstandes der Reaktion» ab. Der «unvermeidliche Widerstand des Großkapitals» soll «im harten Kampf» überwunden werden (*DKP-Programm*, Seite 66).

Das Jahr 1988 stand ganz im Zeichen der Vorbereitungen für den 9. Parteitag, der vom 6. bis 8. Januar 1989 in Frankfurt am Main stattfand. Hier verabschiedete die *DKP* eine EntschlieÙung «Zu den Aufgaben der *DKP* im Jahr 1989». Die Aufgaben dienten dem Nahziel, eine »friedensorientierte und demokratische Reformalternative« zu entwickeln und durchzusetzen. Diese Alternative sei die «aktuelle und strategische Antwort auf die konservative Wendepolitik und die von ihr ausgedrückte und durchgesetzte Entwicklungsrichtung» der Bundesrepublik Deutschland. Der auf einer Pressekonferenz am 30. Juni in Bonn veröffentlichte Entwurf eines programmatischen Papiers *Bundes-*

republik Deutschland 2.000 — Vorschläge der DKP zu einer friedensorientierten und demokratischen Reformalternative für die 90er Jahre soll spätestens im Februar 1990 auf einem Außerordentlichen Parteitag abschließend behandelt werden. Er ergänzt das *DKP-Programm* sowie die *Thesen* und soll schrittweise die Orientierung der Partei «auf eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt» weiterentwickeln.

Ausgelöst durch die Reformpolitik von Generalsekretär Gorbatschow in der Sowjetunion ist es in der *DKP* zu einem tiefgehenden Meinungsstreit gekommen, der sich im wesentlichen auf folgende Punkte konzentriert:

- Weiterentwicklung der kommunistischen Organisationsprinzipien in der *DKP*,
- Verhältnis von Reform und Revolution in der «Umbruchperiode»,
- Ursachen der Krise der *DKP*.

Der *DKP*-Parteivorstand verabschiedete Anfang September den Entwurf eines Papiers «Zur Lage und künftigen Entwicklung der *DKP*», dem etwa 20 % der Mitglieder des Parteivorstandes die Zustimmung versagten. Von den 20 Mitgliedern der zur Erstellung des Entwurfs eingesetzten Arbeitsgruppe des Parteivorstandes legten sechs Mitglieder eine Minderheitenstellungnahme vor, in der sie Dogmatismus, bürokratischen Zentralismus und mangelnde Kompetenz der Parteiführung für die Krise der *DKP* verantwortlich machen. Typ, Art und Arbeitsweise einer revolutionären Partei seien immer neu aus ihren historischen Aufgaben herzuleiten. Die *DKP* müsse sich deshalb «grundlegend erneuern», um nicht hinter der Wirklichkeit und den eigenen Ansprüchen zurückzubleiben. Das Mehrheitspapier und die Minderheitenstellungnahme wurden von der *DKP* veröffentlicht und in den Grundorganisationen der Partei diskutiert.

Auf dem 9. Parteitag zeichnete der *DKP*-Vorsitzende ein dramatisches Bild von der Partei. Die *DKP* habe mit beispiellosen inneren Widersprüchen zu kämpfen. In letzter Zeit sei es immer schwieriger geworden, größere Teile der Partei zu mobilisieren und in Aktionen zu führen. Die Zahl der Mitglieder sei seit dem Parteitag 1986 um rund 10.000 zurückgegangen. Mies versicherte, die *DKP* stehe in der solidarischen Kampfgemeinschaft mit der *KPD* und der *SED*. Sie lasse sich dabei durch niemanden und nichts beirren. Die Partei halte an den «politisch-ideologischen Grundsätzen und den wissenschaftlichen Methoden des Marxismus-Leninismus» fest und werde «ihren Charakter als revolutionäre Partei» bewahren. Sie stehe «in und zu den Traditionen des 70jährigen Kampfes der kommunistischen Bewegung auf deutschem Boden». Die Gegenwart kennzeichnete er herkömmlich als Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab. Ziel der *DKP* bleibe unverändert der Sozialismus als grundlegende Alternative zum «historisch überlebten Kapitalismus». Die Partei wisse, daß dieses Ziel nicht kurzfristig realisierbar sei. Im Konzept der revolutionären Gesamtalternative gehe es gegenwärtig darum, eine friedensorientierte und reformoffene Variante für die Politik der Bundesrepublik Deutschland zu erkämpfen. Dazu seien breiteste Bündnisse erforderlich, punktuell auch mit Teilen der Monopolbourgeoisie. In ihrer Bündnispolitik müsse die *DKP* größtmögliche Flexibilität beweisen, ohne dabei ihre antimonopolistische Stoßrichtung aufzugeben (UZ vom 7. Januar 1989).

Die Neuwahl der Leitungsgremien stand ganz im Zeichen der personalpolitischen Auseinandersetzung zwischen *Traditionisten* und *Neuerern*. Die Zusammensetzung des von 94 auf 98 Mitglieder vergrößerten Parteivorstandes änderte sich jedoch nur unwesentlich. Das Gremium be-

steht weiterhin überwiegend aus ehemaligen Mitgliedern der verbotenen *KPD*; 27 Mitglieder gehören dem Parteivorstand erstmals an. Das Durchschnittsalter liegt nach Angaben der *DKP* bei 47,8 Jahren und der Frauenanteil bei 43,8 %. Der Parteivorsitzende Mies (71,8 % Ja-Stimmen) und seine Stellvertreterin Ellen Weber (67,7 % Ja-Stimmen) wurden in ihren Ämtern bestätigt, mußten jedoch gegenüber früheren Wahlen deutliche Stimmeneinbußen hinnehmen. Erstmals in der Geschichte der *DKP* überstieg die Zahl der Kandidaten (110) die der zu wählenden Vorstandsmitglieder (98). Die *Neuerer* und im Gegenzug auch die *Traditionisten* schlugen zusätzliche Kandidaten vor. Opfer wurden vor allem drei Wortführer der *Neuerer*, deren Wahl bei unveränderter Kandidatenliste gesichert gewesen wäre. Die stellvertretende *DKP*-Vorsitzende Weber erklärte hierzu: «Bei diesen Wahlen wurde sichtbar, daß eine große Mehrheit die Haltung zurückwies, die Partei in «*Neuerer*» und «*Beharrer*» aufzuteilen. Wer diese Meinung kraß formulierte, fand keine Mehrheit» (UZ vom 13. Januar 1989).

Erneut wies die *DKP* auf ihre politisch-ideologische und personelle Kontinuität mit der verbotenen *KPD* hin. So forderte sie anläßlich des 32. Jahrestages des *KPD*-Verbotes (17. August) wieder die Aufhebung des Urteils mit der Begründung, das Urteil transportiere mit «Anspruch auf Gesetzesrang und authentische Auslegung der Verfassung» Grundpositionen der damaligen Politik in die heutige Zeit, obwohl «das Organisationsverbot durch die Gründung der *DKP* teilweise außer Kraft gesetzt» sei (UZ vom 17. August). Im Rahmen einer Kampagne unter dem Motto «Die verdrängte Schuld» veröffentlichte die UZ Kurzporträts überwiegend hochrangiger *DKP*-Funktionäre, die wegen ihrer Tätigkeit für die verbotene *KPD* verurteilt worden waren, und forderte für diese eine Wiedergutmachung. In der

Berichterstattung über ihren 9. Parteitag stellte die *DKP* besonders heraus, daß 56 der 98 Mitglieder ihres neuen Parteivorstandes bereits der *KPD* angehörten. So sei Parteivorsitzender Mies Kandidat des *Politbüros* und des *Sekretariats* des *Zentralkomitees* und seine Stellvertreterin Weber Mitglied des *Zentralkomitees* der illegalen *KPD* gewesen. Zum 70. Jahrestag der Gründung der *KPD* übermittelte das *Zentralkomitee* der *KPD* der *DKP* im Dezember Glückwünsche. Die *DKP* habe «die ruhmvollen revolutionären und internationalistischen Traditionen der *KPD*» aufgenommen und setze sie «unter neuen Bedingungen» fort (*UZ* vom 29. Dezember).

Die *DKP* bekräftigte weiterhin ihre brüderliche Verbundenheit mit der *KPD* und der *SED*. *DKP*-Funktionäre hielten sich wiederholt zu Delegationsreisen in der Sowjetunion und in der DDR auf. Für die ideologische Arbeit Zuständige weilten vom 17. bis 24. Juli in der Sowjetunion und führten dort Gespräche in der Propagandaabteilung, der Abteilung für organisatorische Parteiarbeit und in der internationalen Abteilung des *Zentralkomitees* der *KPD* sowie mit Mitarbeitern des *Instituts für Marxismus-Leninismus*. Der Parteivorsitzende wurde im Oktober von *SED*-Generalsekretär Honecker und im Dezember von *KPD*-Generalsekretär Gorbatschow empfangen. Auch durch die Entsendung hochrangiger Funktionäre zum *DKP*-Parteitag unterstrichen *KPD* und *SED*, welche Bedeutung sie der *DKP* trotz ihrer inneren Zerstrittenheit zu messen.

Mit Hilfe von ihr beeinflusster Organisationen konnte die *DKP* trotz der innerparteilichen Krise und eingeschränkten Aktionsfähigkeit ihre *Bündnispolitik* fortsetzen. Wichtigstes Aktionsfeld blieb der an der sowjetischen Außenpolitik orientierte *Friedenskampf* und das Bemühen der *DKP* um größtmögliche Verbreiterung der *Frie-*

denzbewegung. Für die *DKP* ist *Friedenskampf* eine Form des *Klassenkampfes*. Sie behauptet, der Imperialismus habe sich als lebensfähiger erwiesen als ursprünglich angenommen. Deshalb hänge das Überleben der Menschheit davon ab, ob es gelinge, bei Weiterbestehen des imperialistischen Systems den Frieden zu erhalten. Infolge der systemimmanenten Gewalt kapitalistischer Gesellschaftsmodelle seien diese jedoch für einen dauerhaften Frieden ungeeignet. Die *DKP* kämpfe deshalb für eine Reformalternative, die «die Bundesrepublik friedensfähig» mache, die «Macht des Großkapitals» zurückdränge und zugleich «bessere Voraussetzungen für den Kampf um den Sozialismus» schaffe. Hierfür seien «der *Klassenkampf* von unten» und «die breite Entwicklung von Gegenmacht der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften, der *Friedensbewegung*, der demokratischen und sozialen Bewegung» erforderlich (*DKP-Entwurf Bundesrepublik Deutschland 2000*, Seite 13/14).

Im Rahmen dieser Bestrebungen beteiligten sich die Mitglieder der *DKP* und der von ihr beeinflussten Organisationen maßgeblich an der Vorbereitung und Durchführung der zentralen *Ostermärsche*. In Hessen folgten etwa 12.000 Personen, die zum überwiegenden Teil nicht den verfassungsfeindlichen Zielen der *DKP* nahestehen, dem *Ostermarschauftritt* unter der Losung «Atomraketen verschrotten — Abrüstung fortsetzen — Europa atomwaffenfrei — Frieden und Gerechtigkeit in der Dritten Welt!». Schwerpunkte waren Frankfurt am Main (5.000 Teilnehmer) und Kassel (4.000 Teilnehmer). Insgesamt war die Teilnahme in Hessen wesentlich geringer als im Vorjahr (etwa 20.000 Personen). Das hessische *Ostermarschbüro* und die bundesweite *Informationsstelle Ostermarsch '88* waren in der Landesgeschäftsstelle Hessen der *DKP*-beeinflussten *Deutschen Friedens-Union (DFU)* in Frankfurt am Main untergebracht. Spre-

cher des *Ostermarschbüros* war der Landesgeschäftsführer der *DFU-Hessen*.

Die stellvertretende *DKP*-Vorsitzende sowie weitere Mitarbeiter des *DKP*-Partei Vorstandes nahmen an der *Aktionskonferenz der Friedensbewegung* am 7./8. Mai in Tübingen teil. Für die *DKP* ist die »größtmögliche Verbreiterung der *Friedensbewegung*« und ihre Orientierung auf Aktionen nach wie vor der Schwerpunkt ihrer *bündnispolitischen* Bemühungen. Sie erklärte: »Die Bewahrung des *Friedens* ist eine Aufgabe von höchster Priorität, und dies auch mit Blick auf die Frage revolutionärer Veränderungen.« Zu den »prägenden Zügen der Oktoberrevolution« 1917 habe schon das dialektische »Wechselverhältnis von *Friedenskampf* und revolutionärem Kampf« gehört. Bei allem Interesse an einer breiten Koalition des *Friedens* und der Vernunft dürfe nicht »auf den Kampf um revolutionäre Umgestaltungen« verzichtet werden. Allerdings sei »dieser Kampf im Nuklearzeitalter« so zu führen, »daß die Gefahr eines bewaffneten Zusammenstoßes von Staaten« vermieden werde.

Mitglieder der *DKP* beteiligten sich u. a. an den Protestaktionen gegen die Aufstellung der deutsch-französischen Brigade in Böblingen am 1. Oktober, an der überregionalen Demonstration gegen den Bau der NATO-Befehlszentrale in Linnich am 15. Oktober und an den Demonstrationen gegen Rüstungsexport und Asylpolitik am 12. November vor dem Bundesamt für Wirtschaft in Eschborn sowie vor der hessischen Gemeinschaftsunterkunft für ausländische Flüchtlinge in Schwalbach. Mit großem personellen und materiellen Aufwand ist inzwischen eine von der *DKP* initiierte Kampagne gegen den »Jäger 90« angelaufen. In der *UZ* vom 22. Oktober erklärte die stellvertretende *DKP*-Vorsitzende, die *Friedensbewegung* habe zwar ihre Wachsamkeit und Aktionsbereitschaft erneut bewiesen, aber eine Massenmobi-

lisierung wie in den frühen 80er Jahren sei noch nicht wieder erreicht.

Unvermindert setzte die *DKP* ihre Unterwanderungs Bemühungen gegen den DGB und seine Einzelgewerkschaften fort. Sie hielt ihre Mitglieder an, in den Gewerkschaften und Betrieben aktiv zu werden, Funktionen anzustreben und diese im Sinne der *DKP*-Gewerkschaftsarbeit zu nutzen. Gemäß den Lehren Lenins vertreten Kommunisten die Auffassung, daß die Masse der *Arbeiterklasse* nicht politisch denkt, sondern dies der Partei überlassen bleiben muß. Deshalb müßte die *Arbeiterklasse* über das Eintreten für ihre persönlichen Interessen im Rahmen der Gewerkschaften an den weiterführenden Kampf um gesellschaftliche Veränderungen herangeführt werden. Darum sei das Ringen der Gewerkschaften für eine finanzielle und berufliche Besserstellung ihrer Mitglieder der beste Einstieg für die Revolutionierung der *Arbeiterklasse*. In der *UZ* vom 7. Juli behauptete die *DKP*, ihre »Verankerung im betrieblichen und gewerkschaftlichen Bereich« sei kontinuierlich und zum Teil beachtlich gewachsen. Fast 70 % aller Mitglieder seien gewerkschaftlich organisiert, nahezu ein Fünftel davon würden gewerkschaftliche Funktionen bekleiden. Der *DKP*-Vorsitzende erklärte auf dem 9. Parteitag, die *DKP* habe entgegen dem allgemein rückläufigen Trend ihren Einfluß in bestimmten Bereichen ausbauen können. So sei die Zahl der zu Betriebsrats- und Personalratsvorsitzenden gewählten *DKP*-Mitglieder um 27 % gestiegen und die der *DKP*-Mitglieder in Betriebs- und Personalräten um 22 %. Anlaßlich der *Aktionswoche des DGB* vom 15. bis 22. Oktober mobilisierte die *DKP* ihre Mitglieder und Anhänger. Als Arbeiterpartei sei es selbstverständliche Pflicht der *DKP*, diese Aktivitäten sowohl in den Gewerkschaften als auch durch Aktivitäten der Parteigruppen zu unterstützen.

Die Anleitungsgremien der Partei für die

Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit werden derzeit umorganisiert. So soll entsprechend einem Beschluß des 9. Parteitages beim *DKP*-Parteivorstand eine Projektgruppe gebildet werden, in der die Funktionäre für Betriebs-, Gewerkschafts- und Öffentlichkeitsarbeit mit Wissenschaftlern, Gewerkschaftsfunktionären und Vertretern von *DKP*-Betriebsgruppen zusammenarbeiten. Außerdem ist die Einrichtung einer zentralen *Informations- und Beratungsstelle für Betriebs-, Wirtschafts- und Technologiepolitik* vorgesehen, die vor allem die politische Arbeit der *DKP*-Betriebsgruppen fördern soll. Zur Unterstützung der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit gibt die *Nachrichtenverlags GmbH* in Frankfurt am Main die Monatschrift *Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik* in einer Auflage von mehr als 7.000 Exemplaren heraus. Die Zeitschrift wendet sich insbesondere an Gewerkschaftsfunktionäre. Das Redaktionskollegium und der Herausgeberkreis bestehen überwiegend aus *DKP*-Funktionären. Am 19./20. März veranstalteten Herausgeberkreis und Redaktion in Frankfurt am Main ein Seminar zum Thema «Mensch und Technik 2000», an dem 100 Personen teilnahmen.

In Hessen bestehen etwa 55 Betriebsgruppen. Ihre Arbeit litt unter den innerparteilichen Richtungsdiskussionen und hatte kaum Außenwirkung. Besondere Aufmerksamkeit widmete die *DKP* weiterhin ihren Betriebszeitungen, in denen sie eine wirksame Waffe ihrer politisch-ideologischen und ökonomischen Agitationen sieht. In Hessen verfügt die *DKP* über 60 Betriebszeitungen; diese erschienen jedoch nur zum Teil und meist in unregelmäßiger Folge. Sie wurden überwiegend von übergeordneten Parteigremien und nicht von den Betriebsgruppen selbst herausgegeben. Die parteiinterne Schulungsarbeit der *DKP* wurde mit einem umfangreichen Programm fortgesetzt. An der *Betriebsarbeiterschule* der *DKP*-Bezirksor-

ganisation Hessen wurden erneut *DKP*-Mitglieder in einjährigem Lehrgang für ihren Einsatz in Betrieben und Gewerkschaften ausgebildet. Das Fernstudium der *DKP* Hessen für Frauen über weltanschauliche und politische Grundfragen des Marxismus wurde fortgesetzt. Zahlreiche hessische *DKP*-Mitglieder nahmen an Grund- und Speziallehrgängen an der parteieigenen *Karl-Liebknecht-Schule* in Leverkusen teil. In Moskau und Ost-Berlin wurden weiterhin Funktionäre der Partei auf längeren Lehrgängen für Führungsaufgaben ausgebildet. Die Schulung der Parteimitglieder in den Grundorganisationen durch regelmäßige Bildungsabende stand im Zeichen des innerparteilichen Richtungstreites. Themenschwerpunkte bildeten der «Kampf der Arbeiterklasse» und die von Lenin entwickelten Organisationsprinzipien einer kommunistischen Partei «neuen Typs». Wegen der politisch-ideologischen Vorbereitung des 9. Parteitages und der damit verbundenen eingehenden Diskussionen über die künftige Entwicklung der *DKP* wurde der Beginn des neuen Parteibildungsjahres von September auf Februar 1989 verschoben.

Bedingt durch den innerparteilichen Richtungstreit liefen die konkreten Vorbereitungen für den Kommunalwahlkampf erst spät und oft lustlos an. Trotzdem erhielt die *DKP* in den 19 (von 26) Kreisen und kreisfreien Städten, in denen sie an der Wahl teilgenommen hat, durchschnittlich 1,0%. Dies bedeutet eine Verdoppelung ihres Stimmenanteils gegenüber der Kommunalwahl 1985.

Zur Finanzierung ihres kostspieligen Parteiapparates war die *DKP* auch 1988 wieder auf hohe Zuschüsse aus der DDR angewiesen.

Nebenorganisationen der DKP

Marxistischer Studentinnen- und Studentenbund Spartakus (MSB)

Der 1971 in Bonn gegründete *MSB Spartakus* hat 1987 seinen Namen in *Marxistischer Studentinnen- und Studentenbund Spartakus* geändert. Trotz erheblicher Mitgliederverluste, die sowohl auf Organisationsmängel als auch auf die innerparteiliche Diskussion in der *DKP* zurückzuführen sein dürften, ist er mit etwa 3.500 Mitgliedern (1987: 6.000 Mitglieder) weiterhin die größte und einflussreichste linksextreme Studentenorganisation. Der Bundesvorsitzende Thomas Riecke, Mitglied des *DKP*-Parteivorstandes, gehört zu den *Neuerern*. Seine beiden Vertreter sowie der Chefredakteur des monatlich erscheinenden Organs *rote blätter* (Auflage rund 9.000 Exemplare) sind ebenfalls Mitglieder der *DKP*. In Hessen bestehen Gruppen des *MSB* in Darmstadt, Frankfurt am Main, Gießen, Kassel, Marburg und Wiesbaden mit etwa 800 Mitgliedern (1987 etwa 1.300 Mitglieder).

Als «revolutionärer» Studentenverband kämpft der *MSB* an den Hochschulen in enger Verbundenheit mit der *DKP* für eine grundlegend andere Gesellschaftsordnung. Hierfür möchte er in Aktionseinheit mit dem *Sozialistischen Hochschulbund (SHB)* das *Bündnis von Arbeiterklasse und Intelligenz* herbeiführen. Derzeit prägen jedoch Mitgliederschwund, Nachwuchsprobleme und mangelnde Aktionsfähigkeit das Bild des *MSB*. Die Unzufriedenheit vieler Studenten konnte der *MSB* bisher für sich nicht nutzen.

Der *MSB Spartakus* und das *Institut für Marxistische Studien und Forschungen e. V. (IMSF)* veranstalteten am 7. und 8. Mai in Marburg eine gemeinsame Konferenz zum Thema «Hochschule/Wissen-

schaft/Gesellschaft im Jahre 2000», bei der 400 Personen über Alternativen der «demokratischen Bewegung» an den Hochschulen diskutierten. Der stellvertretende Bundesvorsitzende forderte, daß die Tradition gewerkschaftlich orientierter Politik des *MSB* an den Hochschulen auf neuer Grundlage fortgesetzt werden müsse, bei der Wissenschafts-, Bildungs- und Beschäftigungspolitik eine Einheit darstellten.

Unter dem Motto «Aufbruch und Erneuerung» führte der *MSB* vom 7. bis 9. Oktober in Hamburg seinen Programmkongreß durch, der vom 10. Bundeskongreß (3./4. Oktober 1987) beschlossen worden war. An der Veranstaltung nahmen etwa 200 Delegierte und 50 Gäste teil, darunter Abordnungen des *Leninschen Komsomol* der UdSSR sowie der *Freien Deutschen Jugend (FDJ)* der DDR. Der *MSB*-Bundesvorsitzende forderte, mit der bisherigen Strategie des *MSB* zu brechen. Es gehe nicht darum, das sozialistische Ziel aufzugeben, sondern für den *Klassenkampf* neue Prioritäten zu setzen. Nur durch das «Zusammenwirken unterschiedlicher, ja antagonistischer *Klassenkräfte* können die globalen Probleme einer Lösung näher gebracht werden». Riecke beklagte einen Rückgang des Einflusses der Kommunisten. Dieser sei auf Versäumnisse, Schematisierung und bürokratische Tendenzen in marxistischen Organisationen zurückzuführen. Dem *MSB* sei es nicht gelungen, seine rückläufige Entwicklung zu stoppen; der Verband habe heute rund 40 % weniger Mitglieder als zu seiner Blütezeit in den 70er Jahren (6.000 Mitglieder). Die Kongreßteilnehmer verabschiedeten einen überarbeiteten «Leitantrag» des Bundesvorstandes, mit dem Politik, Arbeitsweise und Organisationsformen des *MSB* neu bestimmt werden. Darin betont der *MSB*, Voraussetzung revolutionären Handelns sei eine Analyse der an marxistische Organisationen gestellten Anforderungen. An der bis-

herigen Theorie und Praxis dürfe nicht unverändert festgehalten werden.

Die *MSB*-Gruppen in Hessen unterstützten die kommunistische *Friedens-* und *Bündnispolitik*.

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (*SDAJ*)

Die *SDAJ* wurde am 5. Mai 1968, dem 150. Geburtstag von Karl Marx, in Essen gegründet. Sie hat etwa 6.500 Mitglieder (1987 etwa 15.000 Mitglieder), die in rund 650 Gruppen (1987 etwa 1.000 Gruppen) organisiert sind. Der Rückgang dürfte auf ähnlichen Gründen wie beim *MSB Spartakus* beruhen. Die Bundesvorsitzende Birgit Radow ist Mitglied des *DKP*-Parteivorstandes. Publikationen der *SDAJ* sind die Monatszeitschrift *elan* — *Das Jugendmagazin* (Auflage rund 14.000 Exemplare) und *Jugendpolitische Blätter* (Auflage rund 2.000 Exemplare). Die drei Herausgeber des Magazins *elan* sind hohe *DKP*-Funktionäre.

Der *SDAJ*-Landesverband Hessen besteht aus etwa 1.200 Mitgliedern (1987: 1.600 Mitglieder), organisiert in Kreisverbänden, Orts-, Stadtteil-, Betriebs-, Schüler-, Frauen-, Ausländer-, Sport- und Kulturgruppen. Die Gruppen geben zahlreiche Kleinzeitungen in meist unregelmäßiger Folge heraus. Landesvorsitzender ist seit 1987 Ravi Ahuja, Mitglied des Sekretariats des *DKP*-Bezirksvorstandes Hessen.

Der «revolutionäre Arbeiterjugendverband» *SDAJ* will mit der *DKP* «eine sozialistische Bundesrepublik» erkämpfen. Vorbild seines *Sozialismusmodells* ist die DDR. Derzeit hat die *SDAJ* Probleme bei der Mitgliedergewinnung sowie bei der Erziehung neuer Mitglieder zu jungen Kommunisten.

Anlässlich ihres 20. Gründungstages veranstaltete die *SDAJ* am 8. Mai in Dortmund ein Treffen mit Gründungsmitgliedern und Altfunktionären, an dem etwa 700 Personen teilnahmen, darunter Delegationen der *Freien Deutschen Jugend (FDJ)* der DDR und des *Leninschen Komsomol* aus der Sowjetunion. Die Bundesvorsitzende betonte, Mitglied der *SDAJ* zu sein heiße, gegen das kapitalistische System zu rebellieren und auf der wissenschaftlichen Grundlage der Ideen von Marx, Engels und Lenin zu arbeiten. Die enge Freundschaft der *SDAJ* mit dem *Leninschen Komsomol* und der *FDJ* sei unzerstörbar.

Die *SDAJ* Hessen beging ihr Jubiläum am 31. März in Frankfurt am Main mit einer Feier «20 Jahre *SDAJ*», an der 150 Personen teilnahmen. Anziehungspunkt der Jubiläumsfeier war der Auftritt der Songgruppe *Oktoberclub* aus der DDR, die schon beim Gründungskongreß der *SDAJ* in Essen mitgewirkt hatte.

Am 4./5. Juni veranstalteten der *MSB Spartakus* und die *SDAJ* in Herne ihr 6. *Festival der Jugend* mit etwa 80.000 Besuchern, zu dem Abordnungen von mehr als 40 befreundeten Jugendverbänden erschienen waren. An zahlreichen Informationsständen diskutierten die Teilnehmer über Fragen des *Friedens*, des Umweltschutzes und der Jugendarbeitslosigkeit. *DKP*-Präsidiumsmitglieder informierten über die Veränderungen in der Sowjetunion und deren Bedeutung für «verbesserte Kampfbedingungen der Kommunisten in der Bundesrepublik». Höhepunkt der Veranstaltung war ein großes «Anti-Apartheid-Konzert».

Bei einem bundesweiten Treffen am 10./11. Dezember in Dortmund berieten etwa 300 Mitglieder über die künftige Entwicklung und Konzeption der *SDAJ*. Ein Teil der Teilnehmer plädierte für einen «revolutionären Jugendverband, der über den

Kampf um Reformen hinaus die grundsätzliche Kritik am Kapitalismus nicht vergißt». Eine diesem Konzept widersprechende kämpferische Gruppierung forderte die Umwandlung der *SDAJ* in einen «radikal-demokratischen Jugendverband». Als Gäste nahm eine Delegation des *DKP*-Parteivorstandes unter Führung des Vorsitzenden teil.

Im Rahmen einer von der *SDAJ* im Februar bundesweit gestarteten Kampagne «Solidaritätstage für Rheinhausen» organisierten hessische *SDAJ*-Gruppen unter dem Motto «Heute Rheinhausen, Morgen wir» in mehreren Kreisen Solidaritätsdemonstrationen.

Junge Pioniere — Sozialistische Kinderorganisation (*JP*)

Die Kinderorganisation der *DKP*, die *JP*, wurde 1974 in Bottrop nach dem Vorbild der kommunistischen Staaten für Kinder zwischen sechs und 14 Jahren gegründet. Sie hat zwölf Landesverbände mit etwa 3.000 Mitgliedern (1987 etwa 4.000 Mitglieder). Der Bundesvorsitzende ist Mitglied der *DKP* und gehört dem *SDAJ*-Bundesvorstand an. Die Bundesleitung gibt monatlich die zentrale Kinderzeitung *pionier* und ein *Pionierleiter-Info* heraus.

Der 1976 gegründete Landesverband Hessen gliedert sich in 15 Kreisverbände mit rund 50 aktiven Gruppen, denen etwa 400 Mitglieder angehören. Landesvorsitzende ist Doris Schmidt-Hollstein, Mitglied des *DKP*-Bezirksvorstandes und des *SDAJ*-Landesvorstandes.

Die stellvertretende Bundesvorsitzende der *JP* forderte die direkte Einbeziehung von Kindern in den politischen Kampf. Sie erklärte, Kinder und Kinderorganisationen würden immer mehr zum «Bestandteil der demokratischen Bewegung, vor allem der *Friedensbewegung*». Sie würden ihre

Forderungen zur Abrüstung «direkt, einfach, logisch und überzeugend» vertreten. Viele Eltern seien durch Aktivitäten ihrer Kinder zu *Friedensdemonstrationen* gekommen; viele Menschen würden sich zu den Losungen der *Friedensbewegung* hingezogen fühlen, weil Kinder und ihre Eltern dabei seien (*Marxistische Blätter* Nr. 1/88).

Unterstützt durch *DKP*- und *SDAJ*-Mitglieder veranstalteten die Landesverbände der *JP* rund 50 *Pfingstcamps* (in Hessen sieben) mit bundesweit mehreren tausend Kindern.

JP und *DKP* organisierten von Anfang Juli bis Ende August erneut preisgünstige *Kinderferienfahrten* in die DDR. Durch Besichtigungen *Volkseigener Betriebe* und Besuche bei ausgesuchten kommunistischen Gastfamilien wurde den zehn- bis 14jährigen Teilnehmern der *Sozialismus* von seiner Sonnenseite vorgeführt und die DDR als ein kinderfreundliches Land dargestellt. Aus Hessen nahmen an der *Kinderferienaktion* vom 10. bis 25. August etwa 200 Kinder teil. Den Organisatoren gelang es nicht, das von der DDR zur Verfügung gestellte Kontingent auszuschöpfen.

Institut für Marxistische Studien und Forschungen e. V. (*IMSF*)

Das *IMSF* mit Sitz in Frankfurt am Main wurde 1968 von *DKP*-Funktionären gegründet. Als wissenschaftliches Institut der *DKP* hat es die Aufgabe, die gesellschafts-, wirtschafts- und sozialpolitischen Erscheinungen in der Bundesrepublik Deutschland zu untersuchen und der *Arbeiterklasse* das theoretische Rüstzeug für den praktischen *Klassenkampf* zu vermitteln. Es arbeitet eng mit den *Instituten für Marxismus-Leninismus* und den *Akademien für Gesellschaftswissenschaften* bei den *Zentralkomitees der KPdSU* in

Moskau und der SED in Berlin (Ost) sowie mit zahlreichen weiteren Instituten ähnlicher Aufgabenstellung zusammen. Leiter des IMSF ist Dr. Heinz Jung (Mitglied des DKP-Parteivorstandes). Die Mehrzahl der Mitarbeiter und der Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats gehört ebenfalls der DKP an. 1987 wurde beim Institut ein *Zentrum für Marxistische Friedensforschung (ZMF)* eingerichtet.

Neben der Fertigung von Analysen zu marxistisch-leninistischen Gegenwartsfragen veranstaltete das IMSF erneut zahlreiche Tagungen, Kolloquien und Diskussionen. Im September und Oktober führte es in Frankfurt am Main eine Veranstaltungsreihe über «Grundfragen einer friedensorientierten und demokratischen Reformalternative» durch, bei der über Probleme der kommunistischen Kapitalismus-Theorie gesprochen wurde. Mitte September diskutierten rund 300 Teilnehmer bei einer zweitägigen Frauenkonferenz des IMSF in acht Arbeitskreisen über Frauenunterdrückung und *Klassenkampf* sowie über die Rolle der Frau im Sozialismus. An einem Kolloquium am 8. Oktober mit dem Leiter des *Instituts für Vergleichende Revolutionsforschung* der Karl-Marx-Universität Leipzig beteiligten sich etwa 200 Personen. Gemeinsam mit dem *Verlag Marxistische Blätter* führte das IMSF am 22. Oktober eine Diskussionsveranstaltung (rund 200 Teilnehmer) über die Entwicklung in der Sowjetunion durch, bei der eine Delegation der KPdSU unter Leitung des Rektors des *Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU* mitwirkte. An den Veranstaltungen beteiligen sich zunehmend auch Funktionäre demokratischer Organisationen.

Marxistische Arbeiterbildung (MAB)

Die *Marxistische Arbeiterbildung — Vereinigung zur Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus (MAB)* ist seit

1969 Dachorganisation der orthodox-kommunistischen *Bildungsgemeinschaften*. Die lokalen Gruppen der MAB sollen vor allem politisch Interessierten, die nicht der DKP angehören, marxistisches Grundwissen vermitteln, Antikommunismus abbauen und dadurch Wege zur marxistischen Bewegung öffnen. Als Teil der *Arbeiterbewegung* und Instrument der Sozialismuspropaganda will die MAB «sowohl Industriearbeiterschaft, Angestellte und Beamte, sowie zusätzlich wissenschaftlich-technische Intelligenz und andere lohnabhängige Schichten für den Kampf der Arbeiterklasse» gewinnen. Erster und zweiter Vorsitzender der MAB sind Funktionäre der DKP. Dem Vorstand gehören Vertreter von DKP, SDAJ, MSB Spartakus und IMSF an. Der zweite MAB-Vorsitzende ist gleichzeitig Geschäftsführer der 1979 von DKP-Funktionären gegründeten *Marx-Engels-Stiftung e. V. (MES)*. Mit der URANIA, Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse in der DDR, schloß die MAB im Oktober eine Zusammenarbeits-Vereinbarung ab.

In Hessen waren die Aktivitäten der örtlichen *Bildungsgemeinschaften* stark rückläufig. Die politisch-ideologischen Probleme der DKP wirkten sich auch lähmend auf die Arbeit der MAB-Gruppen aus.

DKP-beeinflußte Organisationen

Die DKP stützt sich bei ihren Bemühungen, durch *Bündnisse* mit nichtkommunistischen Parteien und Kräften zu einer Massenbasis für ihre Nahziele und zu größerem politischem Einfluß zu gelangen, auf etwa 50 überregional tätige Organisationen und Initiativen. Diese stellen sich nach außen meist unabhängig und demokratisch dar, sind aber tatsächlich erheblich kommunistisch beeinflusst. Oft sind nur wenige Schlüsselfunktionen in den Lei-

tungsgremien — vor allem im organisatorischen Bereich — mit Mitgliedern der *DKP* besetzt, deren Wirken im Sinne der *DKP-Bündnispolitik* von der demokratischen Mehrheit nicht erkannt oder aber toleriert wird. Die *DKP* will weder, daß die von ihr beeinflussten Organisationen offen verfassungsfeindliche Ziele verfolgen, noch daß die in ihnen tätigen Kommunisten als *DKP*-Mitglieder erkannt werden. Absicht der *DKP* ist es, über solche Organisationen Forderungen zu erheben, die isoliert betrachtet nicht gegen die Verfassung verstoßen, aber mit kommunistischen Teilzielen übereinstimmen oder kommunistischen Interessen dienen. Am wirksamsten ist die Arbeit der *DKP*-beeinflussten Organisationen, wenn der kommunistische Einfluß von den Zielgruppen nicht erkannt wird. Wichtigstes Organ der kommunistischen *Bündnispolitik* ist die wöchentlich in einer Auflage von 26.000 Exemplaren erscheinende *Volkszeitung*. Der Chefredakteur und seine Stellvertreterin gehören der *DKP* an; die meisten Redaktionsmitglieder sind Kommunisten.

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes — Bund der Antifaschisten (*VVN-BdA*)

Die *VVN* wurde 1947 gegründet. Sie fügte 1971 ihrem Namen den Zusatz *Bund der Antifaschisten* hinzu, um auch jüngere Mitglieder zu gewinnen. Auf Bundesebene hat die *VVN-BdA* unverändert etwa 18.500 Mitglieder, organisiert in zehn Landesverbänden. Weitere sechs selbständige Verbände sind ihr korporativ angeschlossen. Die *VVN-BdA* steht nach wie vor unter maßgeblichem kommunistischem Einfluß. Etwa zwei Drittel der Mitglieder des Bundesvorstandes sind Kommunisten. Ihr Generalsekretär, der auch für die vom Bundesvorstand herausgegebenen Publikationen *antifaschistische Rundschau* und *antifaschistischer Informations- und presseedienst* verantwortlich

zeichnet, ist Mitglied des *DKP*-Parteivorstandes. Der Landesverband Hessen der *VVN-BdA* hat in 16 Kreisvereinigungen etwa 1.500 Mitglieder.

Agitationsschwerpunkte der *VVN-BdA* blieben der Kampf um *antifaschistische Aktionseinheit*, gegen «Neofaschismus» und «Antikommunismus». Auf einer Bundeskonferenz der *VVN-BdA* am 14. Mai in Frankfurt am Main diskutierten meist jugendliche Teilnehmer Handlungsstrategien gegen Neofaschismus, Revanchismus und Ausländerfeindlichkeit. Der *VVN*-Generalsekretär forderte «neue Impulse im Kampf gegen die Rechtsentwicklung, gegen Neofaschismus und für eine *antifaschistische Bundesrepublik*». Nach Ansicht der *VVN-BdA* kommt es bei der Unterbindung von Aktivitäten der rechtsextremen *NPD* nicht auf «die Weisheit eines Gerichts» an, sondern auf eine Veränderung des politischen Bewußtseins und auf die Stärkung *antifaschistischer* Positionen. Die *VVN-BdA* könne hierbei auf «positive Erfahrungen» zurückblicken. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland sei es gelungen, sehr unterschiedliche politische Kräfte zu bewegen, «*antifaschistische Gemeinsamkeit*» zu wahren.

Die *VVN-BdA* nutzte den 55. Jahrestag der Machtübernahme durch die *Nationalsozialisten* (30. Januar) und den 50. Jahrestag der *Reichspogromnacht* (9. November) zu Aktionen. So führte der Landesverband Hessen der *VVN-BdA* am 30. Januar in Frankfurt am Main mit Unterstützung der *DKP* und von ihr beeinflusster Organisationen eine Demonstration unter dem Motto «Für ein *antifaschistisches* Hessen! Für *Frieden* und *Demokratie*!» durch, an der etwa 850 Personen teilnahmen.

Am 9. November initiierte die *VVN-BdA* zahlreiche kleinere Kundgebungen und Demonstrationen, an denen sich bis zu

450 Personen beteiligten. Eine Demonstration gegen die Auftaktveranstaltung der *NPD* zum Kommunalwahlkampf am 15. Oktober in Frankfurt am Main (rund 2.000 Teilnehmer) stand anfangs unter Leitung von *Autonomen* und wurde von der *VVN-BdA* zu Ende geführt.

Deutsche Friedens-Union (DFU)

Die 1960 in Stuttgart auf kommunistisches Betreiben gegründete *DFU* behielt ihre Schlüsselstellung in der *Volksfrontpolitik* der *DKP*. Der *DFU* gehören weiterhin etwa 1.000 Mitglieder an, die in zehn Landesverbänden organisiert sind. Auf dem Unionstag im April wurde durch Satzungsänderung das *Direktorium* abgeschafft. Neues Leitungsorgan ist der *Bundesvorstand*. Dieser wählte aus seiner Mitte einen *Arbeitsausschuß*, dem zehn Personen angehören. Der Bundesvorstand gibt regelmäßig ein *Abrüstungsinfo* und ein *info demokratie* heraus. In Hessen hat die *DFU* vier aktive Bezirksverbände mit etwa 150 Mitgliedern.

Trotz ihrer geringen Mitgliederzahl wirkte die *DFU* initierend und koordinierend bei Aktionen im Rahmen des kommunistischen *Friedenskampfes* sowie gegen sogenannte «Berufsverbote» im öffentlichen Dienst. Sie warb insbesondere in bürgerlichen Kreisen und bei den Kirchen für kommunistische Nahziele und war bemüht, antikommunistische Vorbehalte abzubauen. Für diese Aufgaben unterhält die *DFU* einen aufwendigen und leistungsfähigen Apparat hauptamtlicher Funktionäre, darunter zahlreiche Kommunisten.

Unter dem Motto «Europa ohne Massenvernichtungswaffen! Für Abrüstung, globale Verantwortung, Demokratisierung» veranstaltete die *DFU* am 23./24. April in Frankfurt am Main ihren 12. Ordentlichen Unionstag. In ihrem Rechenschaftsbericht

betonte die *DFU*, sie habe durch ihre kontinuierliche *Bündnisarbeit* ihr Ansehen und ihren Einfluß innerhalb der «demokratischen Bewegung» vermehrt und viele neue Kontakte knüpfen können. Kehrseite sei allerdings, daß ihre eigenständigen Aktivitäten zurückgegangen seien und die Mitgliederentwicklung stagniere. Durch die 1985 erfolgte Umwandlung der *DFU* von einer Partei in eine politische Vereinigung sei die Voraussetzung geschaffen worden, das Verhältnis zwischen *Bündnisarbeit* und eigenständigen Aktivitäten ins Gleichgewicht zu bringen. Die *DFU* benötige jedoch hierfür neue Mitglieder und vor allem aktive Mitarbeiter.

Zum *Friedensrat* und zur *Nationalen Front* der DDR sowie zum *Komitee zum Schutze des Friedens* in der Sowjetunion unterhält die *DFU* traditionsreiche Beziehungen. Auf Einladung dieser Organisationen führte die *DFU* mehrere Studienreisen durch.

Die Landesgeschäftsstelle der *DFU* in Frankfurt am Main war erneut Sitz der bundesweiten *Informationsstelle Ostermarsch*. Der *DFU*-Landesgeschäftsführer zeichnete verantwortlich für das Spendenkonto. Die vorbereitenden Gespräche zur Durchführung der *Ostermärsche* wurden im wesentlichen über ihn koordiniert.

Der *DFU*-Landesverband Hessen gab im Rahmen der kommunistischen Abrüstungskampagne ein Flugblatt ««Modernisierung» stoppen — Keine neuen Atomraketen — Hessen atomwaffenfrei» heraus und führte eine Unterschriftenaktion gegen den «Jäger 90» durch.

Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (*KFAZ*)

Das *KFAZ* wurde 1974 unter maßgeblicher Beteiligung der *DKP* und ihrer Nebenorganisationen gegründet. Neben der

DFU ist es ein wichtiges *bündnispolitisches* Instrument des kommunistischen *Friedenskampfes*. Das Komitee kennt weder eine Satzung noch eine feste Organisationsstruktur. Zentrales Leitungsgremium ist das *Büro*. Von den 16 *Büro*-Mitgliedern gehören mehr als die Hälfte persönlich oder über ihre Organisation dem sowjetisch gesteuerten *Weltfriedensrat* (WFR) an.

Mit seinem sechsmal im Jahr erscheinenden Rundbrief *Friedens-Journal* und anderen Publikationen sowie durch erheblichen organisatorischen und personellen Einsatz beeinflusste das KFAZ die Aktionsplanung und die Positionsbestimmung der *Friedensbewegung*. Beim bundesweiten *Koordinierungsausschuß* (KA) der *Friedensbewegung* wird das KFAZ durch das *Büro*-Mitglied Achim Maske (Mitglied des WFR) und einen weiteren Mitarbeiter vertreten. Die ständige Präsenz bei den Sitzungen des *Koordinierungsausschusses* sicherte dem KFAZ Einfluß auf Planungen und Aktivitäten der *Friedensbewegung*.

Die Friedensliste

Die *Friedensliste* wurde am 18. März 1984 in Bad Godesberg unter maßgeblicher kommunistischer Beteiligung als *Personenbündnis* zur Europawahl 1984 gegründet. Die 45 Mitglieder des Bundesvorstandes gehören überwiegend der *DKP* oder von ihr beeinflussten Organisationen an. Der *Sprecherkreis* der *Friedensliste* Hessen konstituierte sich am 26. April 1986 in Frankfurt am Main. Ihm gehören ebenfalls überwiegend Mitglieder der *DKP* und von ihr beeinflusster Organisationen an. Er entwickelte im Berichtsjahr keine Aktivitäten mit Öffentlichkeitswirkung.

Die *Bundesversammlung* der *Friedensliste* beschloß im November den Verzicht auf eine Kandidatur zur Europawahl. Begründet wurde der Beschluß mit unklarer

Unterstützung durch die am *Bündnis* beteiligten Organisationen, insbesondere der *DKP*. Vorausgegangen war eine Mitgliederbefragung, bei der sich 47 % gegen eine Kandidatur aussprachen.

An der hessischen Kommunalwahl am 12. März 1989 nahm die *Friedensliste* in Bad Homburg v. d. Höhe und Bad Vilbel teil; Spitzenkandidatin in Bad Homburg v. d. Höhe war ein Mitglied des Bundesvorstandes. Die *Friedensliste* erreichte in Bad Homburg v. d. Höhe 1,6 % und in Bad Vilbel 1,3 % der abgegebenen gültigen Stimmen.

Demokratische Fraueninitiative (DFI)

Die 1975 in Bonn mit Unterstützung der *DKP* als *Initiative Internationales Jahr der Frau '75* gegründete und 1976 in *Demokratische Fraueninitiative* umbenannte Frauenvereinigung verfügt über etwa 100 lokale Gruppen. An der Spitze der Organisation steht ein *Zentraler Arbeitskreis* mit 32 Mitgliedern. Ein Kollektiv aus sechs Frauen erledigt die aktuellen Aufgaben. Alle Mitglieder dieses Gremiums gehören der *DKP* oder von ihr beeinflussten Organisationen an. Die Arbeit in der Bundesgeschäftsstelle der *DFI* in Essen wird von zwei *DKP*-Mitgliedern verrichtet. Die Vereinigung gibt die Zeitschrift *Wir Frauen* in einer Auflage von 4.500 Exemplaren und einen gleichnamigen Jahreskalender heraus. Sie sieht sich als Teil der *Internationalen Demokratischen Frauenbewegung*.

Die *DFI* und ihre französische Schwesterorganisation, die *Union des Femmes Francaises (UFF)*, beschlossen Mitte Januar eine verstärkte Zusammenarbeit und protestierten in einer gemeinsamen Erklärung gegen eine deutsch-französische Kooperation auf militärischem Gebiet. *DFI* und *UFF* initiierten am 19. März in Longwy/Lothringen ein Treffen, an dem rund 200 Frauen teilnahmen.

Extreme Neue Linke

Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)

Die *MLPD* ging 1982 aus dem *Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands* hervor, der zehn Jahre zuvor gegründet worden war. Die Partei bekennt sich zwar zu den Lehren von Marx, Engels und Lenin, orientiert sich aber hauptsächlich an Mao Tsetung und Stalin. Den Reformkurs Gorbatschows verteilt sie daher als «revisionistischen Betrug» und als Weiterentwicklung des nach Stalin in der UdSSR entstandenen «bürokratischen Kapitalismus». Die Partei versteht sich als «sozialistische Alternative» zur «Diktatur der Monopolkapitalisten» und will durch eine Revolution die *Diktatur des Proletariats* erreichen.

Die *MLPD* ist mit über 1.300 Mitgliedern eine der größten Parteien der *extremen Neuen Linken*. Sie ist im Bundesgebiet in 18 Bezirke mit über 100 Ortsgruppen und Stützpunkten gegliedert. Ihre Leitung, das *Zentralkomitee*, hat seinen Sitz in Essen. Dort wird auch das *Zentralorgan*, die Wochenzeitschrift *Rote Fahne*, im parteieigenen *Neuer Weg Verlag und Druck GmbH* in einer Auflage von über 1.000 Exemplaren hergestellt.

Nebenorganisationen der *MLPD* sind der *Arbeiterjugendverband/Marxisten-Leninisten (AJV/ML)* mit dem Organ *Rebell*, die Kinderorganisation *Rotfuchse des AJV/ML*, der *Marxistisch-Leninistische Schüler- und Studentenverband (MLSV)* mit dem Organ *Roter Pfeil* und der *Marxistisch-Leninistische Bund Intellektueller (MLBI)*. Der *MLBI* plant, als sein Organ ein *Wissenschaftsmagazin* herauszugeben. Insgesamt gehören diesen Nebenorganisationen etwa 300 Mitglieder an.

An einer von der *MLPD* organisierten

Konferenz marxistisch-leninistischer Organisationen und Parteien beteiligten sich Anfang April Vertreter kommunistischer Verbände aus Dänemark, Luxemburg, Peru, Schweden und Österreich. Die Zusammenkunft wurde als bedeutsamer Schritt im Kampf um die Einheit der internationalen marxistisch-leninistischen Bewegung gewertet.

Am III. Parteitag der *MLPD* vom 17. bis 19. Juni in Duisburg nahmen neben den ordentlichen Delegierten und Gastdelegierten der Nebenorganisationen auch Vertreter ausländischer kommunistischer Verbände teil. Die Delegierten wählten neue Leitungsgremien, darunter das *Zentralkomitee*, das sich ausschließlich aus im Ruhrgebiet wohnenden Mitgliedern zusammensetzt.

Eine aus Anlaß des Parteitages der *MLPD* am 16. Juli in Köln durchgeführte Großveranstaltung wurde von etwa 1.200 Personen besucht.

Auf einem Außerordentlichen Parteitag am 1. Oktober beschloß die *MLPD*, an der Europawahl 1989 unter dem Motto «Arbeiter und Bauern gemeinsam gegen das Europa der Monopole» teilzunehmen.

Im Rahmen ihrer Jugendarbeit veranstaltete die *MLPD* ein *Pfingstjugendtreffen*, zu dem am 21./22. Mai etwa 3.000 Personen nach Stuttgart kamen. An einem *Internationalen Solidaritätsfest* nahmen etwa 150 Personen teil, neben den Kindern und Jugendlichen auch Gäste aus Chile, Südafrika und der Türkei.

Der *MLPD* und ihren Nebenorganisationen gehören in Hessen etwa 120 Personen an. Die Mitglieder sind in sechs Ortsgruppen/Stützpunkten organisiert, die im *Bezirk Hessen* zusammengefaßt sind. *MLPD*-Stadtzeitungen erschienen in Wetzlar und Frankfurt am Main, bei der

Firma Thyssen-Henschel in Kassel die Betriebszeitung *Das Sprachrohr*.

Vereinigte Sozialistische Partei (VSP)

Die VSP ist 1986 durch den Zusammenschluß der *Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten/Leninisten) (KPD)* und der trotzkistischen Gruppe *Internationale Marxisten (GIM)* entstanden. Sie strebt als Ziel eine schrittweise Vereinigung aller revolutionärsozialistischen Kräfte an, ist aber bisher diesem Ziel nicht näher gekommen.

Die bereits seit zwei Jahren andauernden Vereinigungsverhandlungen mit dem *Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK)*, der 1980 bei einer Spaltung des damaligen *Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)* entstanden ist, führten noch zu keinem greifbaren Ergebnis. Die Zahl der Mitglieder war erneut rückläufig. Bundesweit verfügt die VSP über 450 Mitglieder in etwa 30 Ortsgruppen. Der Landesverband Hessen besteht aus drei Ortsgruppen mit etwa 30 Mitgliedern.

In Hessen trat die VSP nur durch ihre 14tägig erscheinende *SoZ — Sozialistische Zeitung*, dem bisher unregelmäßig erscheinenden *SoZ-Magazin* und lediglich eine öffentliche Veranstaltung in Wiesbaden in Erscheinung.

Marxistische Gruppe (MG)

Die revolutionär-marxistische Vereinigung *Marxistische Gruppe (MG)* ist in den 70er Jahren aus der linksextremen Studentenorganisation *Rote Zellen* hervorgegangen. Sie ist innerhalb der *extremen Neuen Linken* eine der politisch aktivsten Gruppierungen. Ihr erklärtes Ziel ist die Überwindung und Zerschlagung der kapitalistischen Gesellschaft als «Staatsform der

bürgerlichen Ausbeutung» mittels einer «sozialistischen Revolution». Die Organisation ist zentralistisch nach leninistischem Vorbild aufgebaut. Ihre Gliederungen, leitenden Gremien und finanziellen Verhältnisse werden geheimgehalten.

Der organisatorische Schwerpunkt der MG liegt weiterhin in Bayern. Ihre Zentrale ist in München. Sie hat bundesweit etwa 3.000 Mitglieder und mehrere tausend Anhänger, die an von der Öffentlichkeit weitestgehend abgeschirmten internen Schulungen (*Sympathisantenplenien*) teilnehmen. Hierbei handelt es sich meist um Studenten. Diese so mit «der Wahrheit» ausgestattete «Elite» soll dann dem eigentlichen revolutionären Potential, dem Proletariat, das zum *Klassenkampf* notwendige Wissen vermitteln. In ihren zentralen Publikationen (Gesamtauflage etwa 50.000 Exemplare) überwiegt zumeist zynisch formulierte, destruktive Kritik an der bestehenden Gesellschaftsordnung. Präzise Äußerungen eigener Zielvorstellungen werden vermieden. Zu diesen Publikationen zählen die *Marxistische Streit- und Zeitschrift Gegen die Kosten der Freiheit (MSZ)*, die *Marxistische Arbeiterzeitung (MAZ)* mit örtlichen Betriebs- und Branchenausgaben, die *Marxistische Hochschulzeitung* und die *Marxistische Schulzeitung*.

In Hessen führte die MG an den Universitäten, vor allem in Frankfurt am Main und Marburg, etwa 80 öffentliche Veranstaltungen mit zumeist tagespolitischen Themen durch, an denen bis zu 400 Personen teilnahmen. Dabei warb sie in der *Marxistischen Hochschulzeitung* intensiv um Teilnahme an den wöchentlich stattfindenden *Sympathisantenplenien*. Der MG können in Hessen etwa 400 Mitglieder und weitere 600 Anhänger und Sympathisanten zugeordnet werden.

„Sonstige kommunistische Organisationen und trotzkistische Gruppen

Der *Kommunistische Bund (KB)*, 1971 gegründet, ist eine revolutionäre Organisation, die sich zum Marxismus-Leninismus bekennt. Bundesweit hat der KB etwa 400 Mitglieder. Das Zentralorgan *Arbeiterkampf* wird monatlich in einer Auflage von 4.800 Exemplaren am Sitz der Organisation in Hamburg erstellt. Der KB beteiligte sich vor allem an der Gentechnologiediskussion und Aktionen wie «Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz» und «Waffen für El Salvador». In Hessen hat der KB nur wenige Anhänger, von denen keine nennenswerten politischen Aktivitäten ausgingen.

Der *Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK)* ist bestrebt, in Form einer »Volksfront- und Einheitsfrontpolitik« im Bündnis mit anderen «antifaschistischen», «antimilitaristischen» und «antiimperialistischen» Organisationen eine «proletarische Parteibildung» herbeizuführen. Ansätze hierzu sieht er in den seit 1986 andauernden Vereinigungsverhandlungen mit der *Vereinigten Sozialistischen Partei (VSP)* und der *Freien Arbeiter Union/Rätekommunisten (FAU/R)*, welche durch die Bildung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe und einen für den Sommer 1989 geplanten Programmkongreß beschleunigt werden sollen. Bundesweit verfügt der BWK über weniger als 300 Mitglieder. Der Landesverband Hessen dürfte nur noch aus wenigen Mitgliedern bestehen, von denen aber keine nennenswerten Aktivitäten ausgingen.

Die mittlerweile durch den BWK dominierte *Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg (Volksfront)*, eine Gründung der ehemaligen KPD/ML, sieht den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten im Kampf gegen «rechtsextremistische Bestrebungen» in der Bundesrepublik Deutschland. «Antifaschistischer Kampf»

schließt für sie «den Kampf gegen die herrschenden Bedingungen, gegen das kapitalistische System» mit ein. Hierbei lehnt sie jedoch die Aktionsformen der *Autonomen* ab und propagiert den «politischen Kampf». Sie hat etwa 600 Mitglieder in 35 Ortsgruppen. Nennenswerte Aktivitäten der in Hessen existierenden zwei Ortsgruppen mit etwa 50 Mitgliedern konnten nicht festgestellt werden.

Der *Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB)*, marxistisch-leninistisch orientiert, hat seinen Sitz in München. Seine bundesweit etwa 300 Mitglieder sind in *Stützpunkten* organisiert. Er gibt als Zentralorgan die *Kommunistische Arbeiterzeitung* heraus, die in einer Auflagenhöhe von etwa 1.200 Exemplaren unregelmäßig erscheint.

Die trotzkistischen Gruppen wollen die *Diktatur des Proletariats* in Form eines Rátesystems durch eine weltweite permanente Revolution erreichen. Die bundesweit insgesamt etwa 500 Trotzkisten sind in rund fünfzehn Gruppierungen organisiert. Die etwa 50 in Hessen organisierten Anhänger der Lehre Trotzki arbeiten im *Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA)* mit Sitz in Essen, in seiner Jugendorganisation *Sozialistischer Jugendbund (SJB)*, in der *Sozialistischen Arbeitergruppe (SAG)* mit Sitz in Hannover und in der *Gruppe Arbeiterstimme* mit Stützpunkt in Frankfurt am Main. Die *Trotzkistische Liga Deutschlands (TLD)*, die sich im Juni 1987 in Frankfurt am Main auflöste, wurde Anfang des Jahres mit Sitz in Hamburg erneut gegründet.

Autonome und anarchistische Gruppen

Die *Autonomen* sind innerhalb der *extremen Neuen Linken* bestimmend. Ihnen werden Personen und Gruppen zugerechnet, die weder über feste organisatorische

Strukturen noch über eine gemeinsame ideologische Basis verfügen. Sie vertreten teilweise ein marxistisches Weltbild und lehnen die bestehende Gesellschaftsordnung konsequent ab. Militante *Autonome* halten Gesetzesverletzungen für ein geeignetes Mittel im Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland. Ihr erklärtes Ziel ist es, das bestehende «System» zu zerschlagen und die «herrschende Klasse» abzuschaffen. Den losen Zusammenschlüssen militanter und gewaltbereiter *Autonomer* gehören bundesweit schätzungsweise 2.000 Personen an.

Die Tagung des *Internationalen Währungsfonds (IWF)* und der *Weltbank* im September in Berlin (West) wurde von den *autonomen* Gruppierungen in den Mittelpunkt ihres politischen Handelns gestellt. Sie beteiligten sich an mehreren bundesweiten Koordinierungstreffen, an denen zahlreiche Linksextremisten unterschiedlicher Richtungen teilnahmen, von orthodoxen Kommunisten bis zum terroristischen Umfeld. In ihrer Forderung nach Zerschlagen des *IWF* und der *Weltbank* wurden sie jedoch nur von Personen des terroristischen Umfeldes unterstützt. Eine breite Unterstützung dieses Anliegens blieb aus. Der Aufruf zur «Verhinderung» der Tagung mußte deshalb erfolglos bleiben, und es kam im Vorfeld des Wirtschaftsgipfels auch zu keinen bedeutenden gemeinsamen Protestaktionen der *Autonomen*. Im Bundesgebiet wie in Berlin (West) waren lediglich örtliche Veranstaltungen und Aktionen, überwiegend Sachbeschädigungen an Banken, zu beobachten.

Während der *IWF-Tagung* gelang es den *Autonomen* in Berlin, fern vom Veranstaltungsort punktuell nachhaltig und gewaltlos zu stören; die Konferenz selbst blieb jedoch unbehelligt. In Hessen kam es zu Plakatklebe-, Sprüh- und Schmieraktionen in mehreren Städten. Am 27. Septem-

ber versuchten etwa 140 *Autonome* die Abfertigung von Berlinflügen vom Flughafen Rhein-Main zu stören, um Tagungsteilnehmer von der Reise nach Berlin abzuschrecken. In Hanau verklebten unbekannte Täter in der Nacht vom 14. zum 15. September die Schlösser der Eingangstüren von Banken, Sparkassen, Reisebüros, Sexshops sowie einer Daimler-Benz-Niederlassung und zerstörten Fensterscheiben. Im Zusammenhang mit der *Tagung des IWF* und der *Weltbank* wurden am 3. August auf das Anwesen des Vorstandssprechers der Kreditanstalt für Wiederaufbau, am 11. August auf ein Unternehmen in Maintal-Dörnigheim und am 16. Oktober auf ein weiteres in Groß-Gerau Brandanschläge von unbekannten Tätern verübt. Der Sachschaden betrug jeweils mehrere Hunderttausend DM.

Innerhalb der *anarchistischen* Bewegung waren *anarcho-syndikalistische* Zusammenschlüsse sowie die Gruppe der *Graswurzelbewegung* von Bedeutung. Sie streben eine herrschaftsfreie, auf Selbstverwaltung gegründete Gesellschaft an und lehnen daher jegliche Staatsform ab. Zur Verwirklichung ihrer Vorstellungen propagieren die *anarcho-syndikalistischen* Gruppen den revolutionären Widerstand in den Betrieben durch Streiks, Boykottmaßnahmen und Sabotageaktionen. Die Anhänger der *Graswurzelrevolution* dagegen befürworten die gewaltfreie Aktion bis hin zum zivilen Ungehorsam.

Die *Graswurzelbewegung* ist weiterhin die mitgliedsstärkste *anarchistische* Gruppierung. Ihre Sprecherin ist die *Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen (FÖGA)*. Die Bewegung mußte finanzielle und personelle Schwierigkeiten bewältigen sowie einen Rückgang der Zahl der aktiven Mitgliedsgruppen hinnehmen. Die Anzahl ihrer Anhänger verringerte sich von 700 auf etwa 500. Angestiegen ist dagegen die Auflagenhöhe des monatlich erscheinenden

den Organs *Graswurzelrevolution* um 500 auf etwa 3.500 Exemplare.

Die *Freie Arbeiter Union (FAU)* ist die zahlenmäßig größte Vertreterin des *Anarcho-Syndikalismus*. Ihre 200 Mitglieder sind in rund 20 Orts- und Stützpunkten organisiert. International arbeitet die *FAU* in der *Internationalen Arbeiter-Assoziation (IAA)* mit. Als Zentralorgan gibt die *FAU* die *Direkte Aktion* heraus, die zweimonatlich erscheint. Auf ihrem Bundeskongreß am 21./22. Mai in Rüsselsheim wurde der Name der Organisation in *Freie ArbeiterInnen-Union* geändert. Das *Nationalkomitee*, das die Arbeit der Gesamtorganisation koordiniert, wechselte von der Ortsgruppe Dieburg zur Ortsgruppe Hannover.

In Hessen verfügt die *FAU* über etwa 50 Anhänger, die in sechs Ortsgruppen und Stützpunkten zusammengefaßt sind. Das *Libertäre Zentrum* in Frankfurt am Main, das der *FAU* und der *autonomen Bewegung* im Raum Frankfurt am Main als Treffpunkt und Diskussionsforum diente, mußte wegen der Nichtverlängerung des Mietvertrages am 1. Juli geschlossen werden. Von der hessischen *FAU*-Publikation *Aktion* erschienen fünf Ausgaben; außerhessische Regionalredaktionen aus Hamburg, Göttingen und Rhein-Ruhr lieferten Beiträge.

Dem *autonomen* und *anarchistischen* Bereich in Hessen sind unverändert etwa 1.400 Personen zuzurechnen, die je nach Aktionsanlaß in der Lage sind, bis zu 1.500 weitere Personen zu mobilisieren. Das gewaltbereite Potential liegt weiterhin bei 300 bis 500 Personen. Gewalttätig verlaufende Protestaktionen sind nach den Todesschüssen an der *Startbahn 18 West* und der Inhaftierung einiger Personen gegenüber den Vorjahren zurückgegangen. Unbekannte Täter versuchten Anfang Juni in Nordhessen einen Strommast umzusägen, warfen im Juni und Juli in Gießen Scheiben einer Bankfiliale ein

und spannten im November über eine Bundesbahnstrecke bei Darmstadt eine Stahlkette. Ferner nahmen *Autonome* an regionalen und bundesweiten Demonstrationen sowie Treffen der *Anti-AKW-Bewegung* teil und waren an Hausbesetzungen in Rüsselsheim, Frankfurt am Main, Gießen und Bensheim beteiligt. Bei einer Protestaktion vor dem Wiesbadener Polizeipräsidium am 6. Juli, die wegen der Festnahme eines *Autonomen* aus der *Startbahn-Bewegung* durchgeführt wurde, erfolgten 25 vorläufige Festnahmen. In Hessen sind die *Autonomen* nach den Todesschüssen auf zwei Polizeibeamte am 2. November 1987 in eine schwierige Lage geraten, die sie selbst als «desolat» ansehen. Beklagt wird das Fehlen von überörtlichen Organisationszusammenhängen und der Mangel an Strukturen, die den Zugriff der Polizei erheblich erleichtert hätten. Die Aussagebereitschaft einiger *Autonomer* löste eine noch nicht beendete «Verräterdiskussion» aus. In überregionalen *autonomen* Zeitungen wurde der «Aktionismus» angeprangert, der an die Stelle der fehlenden gemeinsamen Zielsetzung trete. Er täusche Kontinuität und Entwicklung vor. Problematisch sei die Vielzahl von lokalen Gruppen, die ungesteuert, instabil und mit unklaren Positionen behaftet wären. Bei Zusammenkünften in Darmstadt und Offenbach am Main versuchten *autonome* Gruppierungen diesen Mangel zu beheben und sich in einer *Rhein-Main-Koordination* zu organisieren. Die Strategiegespräche und Diskussionen befaßten sich mit einem revolutionären Konzept und dem Aufbau militanter Kerne, die mittels Sabotage die «imperialistisch-patriarchalen Gewaltstrukturen» bekämpfen sollten.

Die *Anti-Startbahn-Bewegung* setzte auch nach den tödlichen Schüssen auf Polizeibeamte an der *Startbahn 18 West* des Frankfurter Flughafens vom 2. November 1987 ihre sogenannten *Sonntags-spaziergänge* fort. Die Zahl der Teilneh-

mer war gering; sie lag im Regelfall unter 50. Die *Spaziergänge* verliefen fast ausnahmslos störungsfrei.

Linksextreme Bestrebungen an den Hochschulen

Aufgrund der Novellierung des Hessischen Hochschulgesetzes fanden im Berichtsjahr an den Universitäten Hessens keine Studentenparlamentswahlen statt. Die Amtszeit der Mitglieder der Organe verlängerte sich entsprechend. Die extremen Gruppierungen der orthodoxen Linken, des *MSB-Spartakus (MSB)* und der *Sozialistische Hochschulbund (SHB)*, haben also weiterhin 13 der 157 Studentenparlamentssitze inne. An der Universität Marburg ist der *MSB* mit fünf und der *SHB* mit vier von 40 Sitzen vertreten.

Linksextremer Terrorismus

Rote Armee Fraktion (RAF)

Die terroristische Vereinigung *Rote Armee Fraktion (RAF)* ist 1970 entstanden. Sie will durch Anwendung von Gewalt die gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland zerstören. Darüber hinaus versucht sie, in Zusammenarbeit mit ausländischen Terrororganisationen ihre Ziele auch in anderen Staaten Westeuropas zu verwirklichen. Die *RAF* beging im «bewaffneten Kampf» gegen das «imperialistische Welt-system» seit ihrem Bestehen eine Vielzahl schwerster Verbrechen wie Morde, Geiselnahmen, Sprengstoffanschläge und Raubüberfälle.

Der Kerngruppe der *RAF* gehören mindestens 15 Mitglieder an. Sie nennt sich selbst «*Kommandoebene*» und fühlt sich

für die «militärischen Angriffe» zuständig. Damit sind die bisherigen Attentate auf Personen in herausgehobenen Stellungen und Einrichtungen des «militärisch-industriellen Komplexes» gemeint. Die Angehörigen der Gruppe leben im Untergrund. Sie verübten am 20. September in Bonn-Bad Godesberg einen Anschlag auf den Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Dr. Hans Tietmeyer. Etwa 300 Meter von seinem Haus entfernt feuerten sie aus einem Spezialgewehr mindestens drei Schüsse auf seinen Dienstwagen. Dr. Tietmeyer und sein Fahrer blieben unverletzt. Die Täter flohen. Der Tat bezichtigte sich ein *Kommando Khaled Aker*. Khaled Aker war Mitglied der *Volksfront für die Befreiung Palästinas — Generalkommando (PFLP-GC)*. Er wurde 1987 bei einem Überfall auf ein Militär-Camp in Israel getötet. Der Selbstbezichtigung war eine gemeinsame Erklärung von *RAF* und der italienischen Terrororganisation *Brigate Rosse (BR)* beigefügt. Die *RAF* begründete ihren Mordanschlag auf Dr. Tietmeyer mit dessen angeblich «zentraler funktion in der imperialistischen wirtschaftspolitik». Als Delegierter beim *IWF* und der *Weltbank* sei er «verantwortlich für völkermord und massenelend in der 3. welt».

Zum Scheitern des Anschlags äußerten sich die Täter in einem weiteren Schreiben:

«wir haben das ziel des angriffs, tietmeyer zu erschießen, nicht erreicht, weil die maschinenpistole, mit der zuerst gezielt der fahrer ausgeschaltet werden sollte, um den wagen zum stehen zu bringen, sich verklemmt hat.»

RAF und *BR* riefen in ihrer gemeinsamen Erklärung dazu auf, den bewaffneten Kampf in Westeuropa zu organisieren und «die Einheit der revolutionären Kräfte im Angriff aufzubauen». Es gelte, trotz aller existierenden Unterschiede und Wider-

sprüche den Angriff gegen den «Imperialismus» gemeinsam zu führen. Die Annäherung zwischen den beiden Terrorgruppierungen wurde durch die Festnahme einer größeren Zahl mutmaßlicher Mitglieder der *BR* am 15. Juni in Mailand und am 7. September in Rom erheblich erschwert. Die angekündigte «Offensive» kam zum Stillstand, weitere Anschläge blieben bisher aus.

Die «*Militanten der RAF*», die unterhalb der «*Kommandoebene*» auf einer «zweiten Ebene» zur Begehung schwerer Straftaten bereit sind, traten im Berichtsjahr durch Anschläge nicht in Erscheinung. Zusammen mit dem bundesweit etwa 250 Personen umfassenden engeren *RAF-Umfeld* verbreiteten sie aber weiterhin die *RAF-Untergrundzeitschrift Zusammen Kämpfen*. Eine «gruppe aus dem widerstand» stellte in dieser Zeitschrift ein Diskussionspapier zur Überwindung der eigenen «politischen schwächen und fehler», die zu einer «politischen defensive» führten, vor. Es nannte als Ziel, die «zentrale funktion westeuropas innerhalb des imperialistischen gesamtsystems» stufenweise zu destabilisieren, zu zerrütten und zu zerschlagen. Dies sollte, ohne sich dabei im Kompromiß zu verlieren, durch Kontakte und Zusammenarbeit über die eigenen ideologischen Gruppenzusammenhänge hinaus zu anderen — auch in sozialen Feldern arbeitenden — Widerstandsbereichen erreicht werden.

In Hessen sind mehrere Brandanschläge dem engeren *RAF-Umfeld* zuzurechnen. Am 16. Februar setzten unbekannte Täter das Ausbildungszentrum einer Großbank in Kronberg in Brand. Zwei Personen wurden durch Rauchentwicklung leicht verletzt. Es entstand Sachschaden in Millionenhöhe. Mit diesem Anschlag sollten die Forderungen der zu dieser Zeit in einem Hungerstreik befindlichen inhaftierten Mitglieder der französischen Terrororganisation *Action Directe (AD)* unterstützt und

der Angriff des «reaktionären Macht- und Kapitalblocks (MIK)», für den die Bank stehe, gegen das «internationale Proletariat» abgewehrt werden.

Am 1. März wurde in einer weiteren Solidaritätsaktion für die einsitzenden Mitglieder der *AD* ein Brandanschlag auf ein Gebäude der Firma Renault-Landtechnik in Rosbach verübt. Dabei entstand ein Sachschaden in Höhe von rund 600.000 DM. Drei der mutmaßlichen Täter konnten kurz darauf festgenommen werden. In Selbstbezüglichungsschreiben wurde dem «imperialistischen großkonzern» vorgeworfen, als «soziales labor» Frankreichs Pläne zur Rationalisierung, Flexibilisierung der Arbeitszeit und Umstrukturierung der Produktion auf ihre Durchsetzbarkeit hin zu testen. Dies sei eine Entwicklung, die «von allen kapitalistischen konzernen und ihren politischen statthaltern und herrschaftssicherungsinstitutionen vorangetrieben werde». Diesem Angriff stelle man sich mit eigenen Aktionen. Die «einheit der revolutionäre in westeuropa» werde fortschreiten, wenn sich der «proletarische internationalismus zum zusammen kämpfen» entwickle. Die von den palästinensischen Revolutionären und ihren Organisationen ausgehende «solidarische, vom proletarischen internationalismus bestimmte unterstützung aller menschen, die um befreiung kämpfen» wird als «beispiel auch für die revolution in westeuropa» hervorgehoben.

Am 17. Juni waren zwei Geschäftsstellen des ADAC in Frankfurt am Main Ziele von Brandanschlägen. Der «Angriff» erfolgte, «um den ADAC wegen aktiver Beteiligung an der Fahndung nach revolutionären Genossen» anzugreifen. Ein Artikel aus der *ADAC-Motorwelt* Nr. 3/88, der sich mit der Fahndung nach gesuchten *RAF*-Mitgliedern befaßte, war zum Selbstbezüglichungsschreiben aufkopiert.

Personen aus dem engeren *RAF-Umfeld*

wandten auch auf andere Art und Weise Gewalt an. Am 3. Februar drangen 30 bis 40 verummte Täter in das *Institut Francais* in Frankfurt am Main ein und zerstörten die Inneneinrichtung der Büroräume. Der Institutsleiter wurde in sein Arbeitszimmer eingesperrt. Zum Schutz der Aktion hatten die Täter die Zufahrtsstraßen mit PKWs, Müllcontainern und brennenden Autoreifen blockiert. Dieser Überfall sollte dazu dienen, die eigene «defensive» zu durchbrechen und «die politische und praktische handlungsfähigkeit des widerstandes zu vertiefen».

Im Juni erschien eine Schrift «Zur Aktion gegen das <Institut Francais> am 3. 2. 88 in Frankfurt». Mit ausführlichen Stellungnahmen wollten die Verfasser andere Gruppen ermuntern, ähnliche Vorhaben in eigener Regie durchzuführen, um «initiativ zu werden, sich durchzusetzen, zum Angriff zu kommen». Weitere Themen waren die *Tagung des IWF* und der *Weltbank*, die Forderung nach Zusammenlegung der Gefangenen und die Unterstützung des Kampfes der Palästinenser. Die erhoffte Resonanz in der Öffentlichkeit blieb aus. Dies gilt nach wie vor auch für die Versuche, Militante des *autonomen* Bereichs in größerer Zahl für die eigenen Ziele und Methoden zu gewinnen und zu rekrutieren.

Revolutionäre Zellen (RZ)

Die seit Anfang der 70er Jahre bekannten *Revolutionären Zellen* und die ihnen nahestehende terroristische Frauengruppe *Rote Zora* greifen mit ihren Anschlägen in der Öffentlichkeit kontrovers diskutierte Probleme auf (Asylantenfrage, Gentechnik). Dabei wählen sie die Angriffsziele so aus, daß ihre Aktionen bei dem «revolutionären Potential» Verständnis und Billigung finden. Nach der Festnahme zweier mutmaßlicher Mitglieder der *Roten Zora* am 18. Dezember 1987 in Nordrhein-Westfa-

len und Hamburg wurden kaum noch Anschläge bekannt. Die Gruppierung versuchte nur noch am 27. Februar einen Sprengstoffanschlag auf das Biotechnologische Zentrum der Technischen Universität Braunschweig. Der Sprengsatz explodierte jedoch nicht. Nach einer Selbstbeziehung richtete sich die mißlungene Tat gegen die als «Herrschaftsmittel» angesehene Gentechnologie und die Ausbeutung von Frauen.

Im August wurde die Schrift *Praktische Tips — Rote Zora* bekannt. Es handelt sich dabei um eine überarbeitete und erweiterte Ausgabe der seit 1981 bekannten Broschüre *Feuer und Flamme für diesen Staat — RZ-Handbuch für den Widerstand*. Mit dieser Aktion sollten praktische Erfahrungen im bewaffneten Kampf vor allem für Frauen weitervermittelt werden. Die Schrift enthält insbesondere Anleitungen zur Herstellung von Brand- und Sprengsätzen und erläutert, wie man am besten in verschlossene Gebäude eindringt.

Beurteilung

Trotz erheblicher Mitgliederverluste bilden die *Deutsche Kommunistische Partei (DKP)* und ihre Nebenorganisationen nach wie vor die größte und aktivste links-extreme Gruppierung. Stärker als jemals zuvor prägten jedoch innerparteiliche Richtungskämpfe das Bild der Partei und lähmten vorübergehend ihre Aktionsfähigkeit. Ihre Fähigkeit, *Bündnispolitik* zu betreiben, blieb dagegen erhalten. Sie stützte sich dabei auf etwa 50 unter ihrem Einfluß stehende Organisationen. Wichtigste Betätigungsfelder waren weiterhin der *Friedenskampf* nach den Vorgaben der sowjetischen Außenpolitik und die *Internationale Solidarität*. Die *DKP* gestand ein, daß die Massenmobilisierung vergangener Jahre derzeit nicht erreichbar sei.

Die durch den Meinungsstreit zwischen *Neuerern* und *Bewahrern* gekennzeichnete Krise der Partei hält weiter an. Der 9. Parteitag der *DKP* vom 6. bis 8. Januar 1989 verdeutlichte das Ausmaß der inneren Zerrissenheit der *DKP*, die nur unzulänglich überwunden werden konnte. Die Partei vermochte sich nicht zu regenerieren. Entscheidungen über die programmatischen und organisationspolitischen Grundlagen der *DKP* wurden ausgesetzt. Sie bleiben einem späteren Parteitag vorbehalten.

Die *DKP*-Nebenorganisationen *SDAJ* und *MSB Spartakus* wurden von der Krise ähnlich schwer getroffen. Die Bundesvorsitzenden dieser Organisationen mußten hohe Mitgliederverluste ihrer Verbände einräumen.

In den studentischen Mitbestimmungsgremien an den hessischen Hochschulen sind von den linksextremen Vereinigungen nur noch die der *DKP* nahestehenden Hochschulgruppen *MSB* und *SHB* vertreten.

Die Parteien und Organisationen der *extremen Neuen Linken* blieben weiterhin politisch bedeutungslos. Ihre Aktivitäten fanden bei der Bevölkerung wenig Resonanz, obwohl die *MG* mit zahlreichen aufwendigen Veranstaltungen an die Öffentlichkeit trat.

Die *Autonomen* und *Anarchisten* lehnen auch nach den Todesschüssen am 2. November 1987 an der *Startbahn 18 West* des Frankfurter Flughafens die freiheitliche demokratische Grundordnung ab und zeigten dies durch militante Aktionen und Demonstrationen. Es waren Versuche der *autonomen* Bewegung erkennbar, ver-

bindliche Strukturen untereinander aufzubauen, um das gesetzte Ziel, die geltende Gesellschaftsform zu beseitigen, wirkungsvoller verfolgen zu können.

Die *RAF*, der es gelungen war, den Verlust ihres französischen Terrorpartners *Action Directe* durch Vereinbarungen mit der italienischen Terrororganisation *Brigate Rosse* wettzumachen, wollte mit dem Anschlag auf den Staatssekretär Dr. Tietmeyer und seinen Fahrer eine neue «Offensive» der «antiimperialistischen Front in Westeuropa» beginnen. Nach dem Mißlingen des Attentats und den Festnahmen führender Mitglieder der *Brigate Rosse* durch die italienischen Polizeibehörden blieben weitere Anschläge im Zusammenhang mit dieser Offensive aus. Die *RAF* besitzt jedoch personelle und materielle Möglichkeiten, um weiter schwerste Straftaten gegen Repräsentanten des Staates und der «imperialistischen Wirtschaftspolitik» zu begehen. Deshalb ist nicht auszuschließen, daß sie in Verfolgung ihrer menschenverachtenden Pläne weitere Anschläge begehen wird.

Die weitgehende Inaktivität der *Revolutionären Zellen* deutet darauf hin, daß die Terroristen durch die erfolgreiche Arbeit der Sicherheitsbehörden verunsichert sind. Trotzdem sind künftige Anschläge — auch gegen Personen — nicht auszuschließen.

Terroristische Aktivitäten und militante Angriffe aus dem sonstigen linksextremen Bereich können zwar auch in Zukunft die öffentliche Sicherheit beeinträchtigen. Die freiheitliche demokratische Grundordnung wird dadurch jedoch ebensowenig ernsthaft bedroht wie durch andere linksextreme Bestrebungen.

Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern

Nach dem Ergebnis der Volkszählung im Mai 1987 waren im Bundesgebiet etwa 4,1 Millionen, in Hessen etwa 471.000 Ausländer registriert. Die Mehrheit verhielt sich gegenüber dem Gastland loyal und gesetzestreu.

Die im Verhältnis zur Gesamtzahl der hier lebenden Ausländer geringe Zahl der Mitglieder politisch extremer Gruppierungen ist gegenüber dem Vorjahr von 108.600 auf 101.600 (Hessen 7.300 auf 7.000) zurückgegangen. Sicherheitsgefährdende Bestrebungen waren nur bei wenigen Zusammenschlüssen zu beobachten.

Der Ausländerextremismus wird weitgehend von der politischen Situation in den Heimatländern bestimmt. Die dortigen Verhältnisse wirken sich regelmäßig mit zeitlichen Verzögerungen auf das Verhalten im Gastland aus, das auch von den Reaktionen der deutschen Politik gegenüber dem Herkunftsland und den hier lebenden Ausländern beeinflusst wird.

Araber

Der Nahe Osten erlebte im Jahr 1988 den Aufstand der Palästinenser (*Intifada*) in den von Israel besetzten Gebieten und in seiner Folge die Proklamation des Palästinenserstaates. Auch der Nahost-Konflikt, geprägt von der instabilen Lage des Libanon, wirkte sich auf die Aktivitäten der arabischen Gruppierungen in der Bundesrepublik Deutschland aus.

In Hessen fanden Solidaritätsveranstaltungen mit den Aufständischen in den von Israel besetzten Gebieten im Januar in Darmstadt, Frankfurt am Main und Gießen

statt, an denen sich 20 bis 50 Personen beteiligten. Als Veranstalter traten in allen Fällen die örtlichen *Palästinensischen Studentenvereine (PSV)* auf, deren Mitglieder im Bundesgebiet auf etwa 250 (Hessen 60) geschätzt werden. Begleitet waren diese Aktionen von einem Hungerstreik, der in Gießen von ungefähr 20 palästinensischen Studenten durchgeführt wurde. Themenbezogene Farbschmierereien in verschiedenen Städten Hessens ergänzten dies. Schwerwiegendere Ereignisse waren Sprengstoffanschläge am 18. April in Frankfurt am Main, die an den Gebäuden der jüdischen Gemeinde und der *Saudi Arabian Airlines* Sachschäden in Höhe von ungefähr 500.000 DM anrichteten. Die Ermittlungen nach den Tätern verliefen bisher ergebnislos. Der Zeitpunkt des Anschlags deutet darauf hin, daß er im Zusammenhang mit der Ermordung des ehemaligen *Fatah*-Funktionärs Abu Jihads am 16. April in Tunis steht.

Während die der *Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO)* zuzurechnenden Widerstandsorganisationen sich mit ihren Aktivitäten zurückhielten, trat nach Jahren die *Volksfront für die Befreiung Palästinas — Generalkommando (PFLP-GC)* wieder in Erscheinung. Bei der *PFLP-GC* handelt es sich um eine selbständige arabisch/palästinensische Guerilla-Gruppe, die die *PLO* und die von Yassir Arafat geführte Widerstandsorganisation *Fatah* ablehnt.

Nach umfangreichen Vorarbeiten der Verfassungsschutzbehörden durchsuchte die Polizei am 26./27. Oktober in sechs Bundesländern 16 Objekte nach Waffen und Sprengstoff. In Frankfurt am Main wurden in einer von der *PFLP-GC* angemieteten Wohnung eine Panzerrakete mit Abschußgerät, mehrere Sprengstoffstangen mit Zündschnüren, Sprengzünder, sechs Maschinenpistolen mit 20 gefüllten Magazinen, Karabiner, Faustfeuerwaffen, Schalldämpfer, 30 Handgranaten und gefälschte

Ausweispapiere verschiedener Nationalitäten sichergestellt. In Neuss/Rhein wurde ein Pkw aufgefunden, in dem sich ein als Sprengkörper hergerichtetes Radio befand. 15 Personen wurden festgenommen, davon sechs in Hessen. Zwei Personen befinden sich in Untersuchungshaft. Der Generalbundesanwalt leitete gegen die Beschuldigten ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung gemäß § 129a StGB ein. Es ist auch kriminaltechnisch erwiesen, daß versuchte Sprengstoffanschläge auf Gleisanlagen der Deutschen Bundesbahn und auf US-Militärzüge in den Jahren 1987 und 1988 zwischen den Ortschaften Hedemünden und Witzenhausen von der PFLP-GC ausgeführt worden sind.

Mohamad Ali Hamadei, der sich seit 5. Juli vor dem Landgericht Frankfurt am Main wegen des Verdachts des gemeinschaftlichen Angriffs auf den Luftverkehr, des Mordes und anderer Straftaten verantworten muß, hat gestanden, an der Entführung der TWA-Passagiermaschine am 14. Juni 1985 von Athen nach Rom beteiligt gewesen zu sein. Den Vorwurf, hierbei einen US-Marinesoldaten erschossen zu haben, wies er jedoch zurück. Hamadei erklärte, die Verantwortung für die Gesamtaktion habe «die Person, mit der

ich zusammen war», getragen. Nähere Angaben machte er nicht. Hamadei war Anfang 1987 auf dem Rhein-Main-Flughafen festgenommen worden, als er versuchte, illegal Sprengstoff einzuführen.

Eine arabisch-schiitische Gruppierung entführte am 27. Januar in Beirut den Deutsch-Libanesen Ralph Rudolf Schray. Ein Verwandter äußerte im libanesischen Rundfunk, daß die *Hizb Allah*, eine extrem schiitische Terrororganisation, hinter der Entführung stehe, vermutlich um die in Deutschland inhaftierten Brüder Hamadei freizupressen. Durch Intervention der syrischen Regierung wurde Schray am 3. März von seinen Entführern, die sich in einem Flugblatt als «Kämpfer für die Freiheit» bezeichnet hatten, freigelassen. Der ebenfalls von der *Hizb Allah* in Beirut entführte Hoechst-Mitarbeiter Rudolf Cordes kam am 12. September frei.

Türken

Die Mitgliederzahlen extrem nationalistischer, extrem islamischer und linksextremer türkischer Organisationen gingen in Hessen wie im übrigen Bundesgebiet zurück. Nach Schätzungen ergibt sich folgende Mitgliederentwicklung:

	Bundesgebiet		Hessen			
	1986	1987	1988	1986	1987	1988
orthodox-kommunistische Gruppen	7.200	4.800	3.550	750	550	450
Neue Linke Gruppen	8.000	6.200	4.800	750	550	450
extrem-nationalistische Gruppen	10.000	10.000	7.150	800	800	650
extrem-islamische Gruppen	19.000	19.000	16.000	1.000	1.000	850
Insgesamt	44.200	40.000	31.500	3.300	2.900	2.400

Die Gründe für die Mitgliederverluste dürften vor allem in der Zerschlagung extremer Vereinigungen in der Türkei und im Rivalitätsdenken der unterschiedlichen Gruppierungen zu sehen sein.

Die orthodox-kommunistisch beeinflusste *Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland e. V. (FIDEF)* und die *Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa — Einigkeit für Demokratie (DIBAF)* lösten sich im Mai auf und gründeten als Dachverband die *Föderation der Immigrantenvereine aus der Türkei (GDF)*. Nach einer Veröffentlichung strebt die *GDF* vor allem gemeinsames Handeln gegen die Entwürfe eines neuen Ausländergesetzes an.

Mit der Gründung der orthodox-kommunistischen *Vereinigten kommunistischen Partei der Türkei (TBKP)* am 8. Oktober in Oberhausen ist der Einigungsprozeß zwischen der *Kommunistischen Partei der Türkei (TKP)* und der *Arbeiterpartei der Türkei (TIP)* abgeschlossen. An dem Gründungskongreß nahmen ungefähr 700 Personen teil. In einem Glückwunschschreiben der *Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)* wurde der Vereinigungsparteitag als historischer Schritt von großer politischer Bedeutung für die internationale kommunistische Bewegung gewertet. Die *DKP* engagierte sich auch durch eine breit angelegte Presseberichterstattung über den in Ankara seit März stattfindenden Prozeß gegen den Generalsekretär der *TKP*, Haydar Kutlu, und den *TIP*-Vorsitzenden Nihat Sargin, die im November 1987 freiwillig in die Türkei gereist waren, um dort die Gründung der *TBKP* vorzubereiten und sofort festgenommen worden waren.

Schwerpunkte der Tätigkeit türkischer Gruppen der *Neuen Linken* waren die gleichen wie im Vorjahr. Sie setzten sich für die Veränderung der politischen, gesell-

schaftlichen und sozialen Verhältnisse im Heimatland ein und riefen zum bewaffneten Kampf auf. Weitere Themen waren u. a. die «Zerschlagung der imperialistischen Weltordnung», Solidaritätsaktionen zugunsten der politischen Gefangenen in der Türkei und der Besuch des türkischen Staatspräsidenten Evren in der Bundesrepublik Deutschland.

Die gewaltorientierte *Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/M-L)* forderte in ihrem Organ *Isci Köylü Kurtulusu (Arbeiter-Bauern-Befreiung)* die im Ausland lebenden Anhänger auf, in die Türkei zurückzukehren, um dort nach den Beschlüssen des 3. Parteikongresses vom Oktober 1987 den bewaffneten Kampf auszuweiten. Für den Fall der Weigerung wurden Sanktionen angedroht. Die Anhänger der *TKP/M-L* sind in der Bundesrepublik Deutschland im wesentlichen in der *Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V. (ATIF)* mit bundesweit etwa 1.700 Mitgliedern (in Hessen 250) und der Gruppe *TKP/M-L B*, auch *Bolsevik Partizan* genannt, mit bundesweit etwa 300 Mitgliedern (in Hessen 20) organisiert.

Nachdem bereits am 8. September die Außenverglasung des Büros der *Iraqi-Airways* in Frankfurt am Main mit dem Schriftzug «Schluß mit den Massakern gegen Kurden, *TKP/M-L*, *TIKKO*» beschmiert worden war, versuchten am 16. September etwa 20 türkische Staatsangehörige in das Stadtbüro einzudringen. Unter Rufen «Mörder» brachten die Demonstranten an der Glasfront des Büros ein Transparent mit der Aufschrift «Schluß mit dem Völkermord im irakischen Kurdistan» an und verteilten themenbezogene Flugschriften, die auch von den linksextremen Gruppierungen *Avrupa'da Dev Genc (Revolutionäre Jugend in Europa)*, *Devrimci Isci (Revolutionärer Arbeiter)* und *Avantgardistische Arbeiterpartei Kurdistans (PPKK)* unterzeichnet

waren. 17 Demonstranten wurden vorübergehend festgenommen.

Aus Solidarität mit den hungerstreikenden Häftlingen in türkischen Gefängnissen kam es von Mitte November bis zum Jahresende bundesweit zu vier Brandanschlägen auf türkische Generalkonsulate, sieben Besetzungen öffentlicher Gebäude, 16 Demonstrationen und fünf Hungerstreiks. Bei einer gewalttätigen Aktion am 7. Dezember in Berlin (West) stürmten drei maskierte und bewaffnete Männer ein Büro der konservativen türkischen Tageszeitung *Hürriyet* (*Freiheit*). Hierbei verletzten sie einen türkischen Staatsangehörigen durch Kopfschuß schwer. Die Täter entkamen unerkannt. Sie hinterließen ein Flugblatt der *Türkischen Volksbefreiungspartei-Front* (*THKP-C*), in dem die Haftbedingungen in türkischen Strafanstalten angeprangert wurden. Die Redaktion der Zeitung sei angegriffen worden, weil sie als Instrument der faschistischen Türkei versuche, die Leser «im Sinne der Junta» zu beeinflussen. Der Tatablauf zeigt Parallelen zu zwei Gewalttaten am 30. November gegen den türkischen Honorarkonsul in Bremen und eine türkische Bank in Berlin. Auch hier waren die Täter bewaffnet und maskiert und hinterließen ein Bekenner schreiben der *THKP-C*. Die Organisation verübte Anfang der achtziger Jahre mehrere Schußwaffen- und Sprengstoffanschläge auf türkische Einrichtungen im Bundesgebiet.

In Hessen fanden «Solidaritätsaktionen mit den politischen Gefangenen in der Türkei» in Darmstadt, Frankfurt am Main und Offenbach am Main statt, an denen sich bis zu 250 Personen beteiligten.

Das Informationsbüro Türkei mit Sitz in Hannover veranstaltete am 10./11. Dezember in Köln ein internationales Tribunal gegen die türkische Regierung. Die aus 18 Personen bestehende Jury aus sieben Ländern verurteilte erwartungsge-

mäß die Türkei. Zur Begründung führte sie an, der Militärputsch vom 12. September 1980 habe unermeßliches Leid über weite Teile der Bevölkerung gebracht. Im Rahmen des Tribunals wurde eine «Anklageschrift» zum Thema «Polizei- und Militärhilfe besonders der Bundesrepublik Deutschland und deren Bedeutung für das türkische Folterregime» vorgelegt. Darin wurden zahlreiche deutsche Firmen und die Bundesregierung angeklagt, fortgesetzt aktive Beihilfe zu den Verbrechen des türkischen Regimes geleistet zu haben. Durch die Militärhilfe für das «türkische Folterregime» sei die Bundesregierung direkt an der Unterdrückung des kurdischen Befreiungskampfes beteiligt.

Türkische und kurdische Linksextremisten nahmen wie in der Vergangenheit den Jahrestag der «Machtübernahme durch das Militär in der Türkei» (12. September 1980) zum Anlaß, um gegen die türkische Regierung zu protestieren. Am 10. September beteiligten sich etwa 2.000 Personen an einer zentralen Kundgebung in Frankfurt am Main. Zur Teilnahme hatten auch die Gruppen der *Neuen Linken TKP/M-L* und *TDKP* aufgerufen.

Der Besuch des türkischen Staatspräsidenten Evren in der Bundesrepublik Deutschland vom 16. bis 21. Oktober löste unter extremen türkischen und kurdischen Gruppen zahlreiche Protestaktionen aus. An den dagegen gerichteten Kundgebungen und Demonstrationen beteiligten sich bis zu 1.500 Personen. Darunter waren auch Angehörige linksextremer deutscher Organisationen. Im Universitätsbereich von Frankfurt am Main wurden Plakate aufgefunden, die den türkischen Staatspräsidenten als «blutsaugenden Frankenstein» darstellten, der von einem Amerikaner an einer Eisenkette geführt wird. Neben einem Totenkopf und einem *Hakenkreuz* hieß es in deutscher Sprache: «Am achten Jahrestag protestieren wir gegen die faschistische Junta in der Türkei. Laßt

den Mörder Evren nicht nach Deutschland.» Eine nachhaltige Störung des Staatsbesuches trat nicht ein.

Extrem-islamische türkische Gruppen, deren Sprecher in aggressiver Weise die Errichtung eines theokratischen türkischen Staates fordern, solidarisierten sich zunehmend mit dem palästinensischen Befreiungskampf und riefen in ihren Propagandaschriften die muslimischen Glaubenskämpfer zum «Heiligen Krieg» auf.

Die *Islamische Union Stadtallendorf*, die dem extrem-islamischen Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e. V., Köln, unter seinem Leiter Cemalettin Kaplan zuzurechnen ist, organisierte am 14. Mai in Frankfurt am Main eine Demonstration zu dem Thema «Solidarität mit dem palästinensischen Volk». Die bis zu 5.000 Demonstranten zeigten Transparente mit Parolen wie «Israel-Mörder» und «Stoppt die verdammten Juden, die Islam-Kämpfer kommen». Da ungefähr 100 Khomeini-Feinde gegen die Kundgebung protestierten, kam es vereinzelt zu Handgreiflichkeiten; mehrere Personen wurden festgenommen.

Nachdem durch eine vom nordrhein-westfälischen Innenminister erlassene Verbotsverfügung am 11. Mai das vom Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e. V. in Köln unterhaltene *Islamische Internat für junge Muslimin* aufgelöst worden war, erklärte der Verbandsvorsitzende Kaplan zu den behördlichen Maßnahmen, daß er durch die von Allah erhaltene Kraft stärker als die deutsche Regierung sei und den Islam weiter verkünden werde. Er beabsichtige, sein Zentrum nach Hessen zu verlegen, wo er größere Freizügigkeit erwarte. In dem Verbandsorgan *Ümmet (Gemeinschaft der Gläubigen)* vom 15. August heißt es, die Berichterstattung in den europäischen Medien über die Schließung des *Internats* habe die Bewegung erst richtig bekannt ge-

macht; ein derartiges Echo wäre anderweitig nicht zu erreichen gewesen. Zur Schulung der Anhänger wird ausgeführt, daß es in der *Bewegung* drei Institutionen gebe: die islamische Schule, das Ordens-kloster und die Kaserne. In letzterer lernten die Schüler das Schießen. In weiteren Artikeln werden die muslimischen Glaubenskämpfer zum «Heiligen Krieg» und zur Gründung eines islamischen Staates aufgerufen. Dort heißt es: «Oh Muslim... hast Du Dich auf Kerker und Tod vorbereitet? Bist du bereit, Dein Leben für den Islam zu opfern? Bist Du bereit, ... den Heiligen Krieg zu führen, wenn nötig, Dein ganzes Leben lang?»

Die öffentlichen Aktivitäten extrem nationalistischer Türken waren gering. Die Spaltung ihres Dachverbandes *Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e. V. (ADÜTDF)* im Vorjahr wirkte sich aus.

Die von der ADÜTDF abgespaltene *Union der türkisch-islamischen Kulturvereine (TIKDB)* veranstaltete am 21. Mai in Koblenz ihre Gründungsversammlung mit mehr als 2.000 Personen. Darunter waren auch ehemalige Funktionäre der *Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP)* sowie Vertreter des Verbandes der islamischen Vereine und Gemeinden e. V., Köln. Der kommissarische Leiter der TIKDB, Musa Serdar Celebi aus Kriftel, wurde erwartungsgemäß zum Vorsitzenden gewählt. Die *Union* nimmt sich zunehmend sozialpolitischer Themen an, verstärkt die Rückbesinnung auf islamische Traditionen und weist gemäßigte Tendenzen in ihren politischen Forderungen auf. Im November wurde die Erstausgabe des Verbandsorgans *Yeni Gün (Der Neue Tag)* veröffentlicht. Das Blatt will neutral sein und die Einigkeit der islamischen Länder fördern.

Am 25. Juni fand in Iserlohn der 11. Jahreskongreß der ADÜTDF statt. An ihm be-

teiligten sich 2.200 Personen aus dem In- und Ausland. Der langjährige ehemalige MHP-Vorsitzende Alparslan Türkeş, der als Gast erwartet wurde, kam jedoch nicht. Die Versammlung bestätigte den ersten Vorsitzenden Türkmén Onur aus Ulm in seinem Amt. Unbekannte politische Gegner drohten vor und während des Kongresses Sprengstoffanschläge an. Etwa 50 Demonstranten, Punks und *Autonome* versuchten vergeblich, die polizeiliche Absperrung um den Versammlungsort zu durchbrechen.

Türkische Kurden

Die Giftgasangriffe der irakischen Luftwaffe auf kurdische Städte und Dörfer im Nordostirak lösten unter den extremen kurdischen Gruppierungen im Bundesgebiet vielfältige Aktivitäten aus. Selbst verfeindete Organisationen bemühten sich nunmehr um eine Vereinigung.

Zentrale Veranstaltungen aus Protest gegen die Giftgaseinsätze fanden am 9. April in Bonn mit 700 Teilnehmern und am 24. September in Köln mit 3.000 Teilnehmern statt. Zu ihnen hatten 16 linksextreme Kurdenorganisationen, darunter die orthodox-kommunistisch ausgerichteten Gruppierungen *Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin e. V.* (KOMKAR), *Vereinigung der Studenten Kurdistans im Ausland (AKSA)* und *Vereinigung der kurdischen Studenten in Europa e. V. (KSSE)*, aufgerufen. Sie haben zusammen im Bundesgebiet ungefähr 600 Mitglieder.

In Frankfurt am Main besetzte aus diesem Anlaß am 23. März eine Gruppe von ungefähr 20 Kurden das Stadtbüro der irakischen Luftfahrtgesellschaft. Die Besetzer schlossen sich ein und hinderten die Angestellten am Verlassen des Büros. Zur gleichen Zeit demonstrierten etwa 30 Kur-

den vor dem Gebäude. Am 20. September war das gleiche Büro erneut das Ziel einer Besetzungsaktion. Bei der Räumung durch die Polizei leisteten die etwa 20 Kurden massiven Widerstand. Zwei Polizeibeamte sowie zwei Besetzer wurden verletzt.

Ferner beschuldigten Kurden in Flugblättern bestimmte deutsche Firmen, Anlagen zur Herstellung von Giftgas in den Irak geliefert zu haben und somit für den Tod tausender Zivilisten mitverantwortlich zu sein. Ende Mai gingen bei der Redaktion einer Frankfurter Zeitung drei textgleiche Schreiben einer *Nationalen Front von Kurdistan* ein, in denen die Firmen bedroht wurden. Zu den Unternehmen zählt auch eine hessische Firma, die schon zuvor Ziel eines mißlingenen Brandanschlags war. Der Tat hatte sich die unbekannte Organisation *Kurdisch-islamischer Dschihad* bezichtigt.

Die Vernichtung kurdischer Dörfer im Irak führte unter den Kurden im In- und Ausland zu einer Solidarisierung. Ende Juni gaben in Brüssel acht kurdische Organisationen und Gruppen die Gründung des Aktionsbündnisses *Befreiungsbewegung Kurdistans (TEVGER)* bekannt. Das langfristige Ziel ist die Befreiung der Heimat vom «kolonialistischen Joch». Auch im Bundesgebiet und Westberlin waren Vereinigungsbestrebungen festzustellen.

Die stärkste kurdische Gruppierung ist die orthodox-kommunistische und in Teilen terroristische *Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)*. Ihre Mitgliedervereine in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin haben sich in dem Dachverband *Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der BRD e. V. (FEYKA-Kurdistan)* zusammengeschlossen. Der Sitz befindet sich in Bonn. In der Bundesrepublik gehören ihr etwa 1.900 Mitglieder an; in Hessen sind es etwa 250.

Die *PKK* setzt ihren Führungsanspruch unter den kurdischen Organisationen nachdrücklich und auch gewaltsam durch. Ihr werden seit 1980 in Europa 15 Morde an politischen Gegnern und Abtrünnigen angelastet. Sechs Morde geschahen in der Bundesrepublik Deutschland; dazu kamen etwa 40 andere Gewaltverbrechen, wie Mordversuche, Entführungen, Brandstiftungen, Raub und Erpressung. Die Serie der Gewaltakte hörte trotz anhaltender intensiver Auseinandersetzungen hierüber nicht auf. Sie hielt jedoch die hier lebenden Kurden nicht davon ab, sich in größerer Zahl der *PKK* als offenbar schlagkräftigster Vereinigung anzuschließen.

Zwei im Februar von der *PKK* zu verantwortende Entführungsfälle führten im Laufe des Jahres zu insgesamt 16 Festnahmen. Die *PKK*-Anhänger reagierten hierauf mit zahlreichen Besetzungen im In- und Ausland, die zum Teil gewalttätig verliefen. Betroffen waren besonders deutsche Konsulate und Büros der Deutschen Lufthansa, Gerichte, Rathäuser, kirchliche Einrichtungen, Gewerkschafts- und Parteibüros. Vereinzelt unterstützten die Inhaftierten die Aktionen mit Hungerstreiks.

Die Militanz in der *PKK* zeigte sich auch, als 25 ihrer Anhänger am 12. Juli das Gebäude des deutschen Honorarkonsuls in Basel besetzten. Dabei nahmen sie einen Polizeibeamten und einen Journalisten als Geisel. Bei der Räumung des Konsulates erlitten mehrere Polizeibeamte Verletzungen. In Hessen besetzte die *PKK* das Büro des Gießener Oberbürgermeisters und Geschäftsstellen der CDU und SPD in Frankfurt am Main.

Der Generalbundesanwalt hat am 20. Oktober vor dem Oberlandesgericht in Düsseldorf Anklage gegen 17 Mitglieder und Funktionäre der *PKK* und ihrer Tarn- und Nebenorganisationen erhoben. Den

Angeklagten werden Mitgliedschaft und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung innerhalb der *PKK*, mehrere vollendete und versuchte Morde, Freiheitsberaubungen, gefährliche Körperverletzungen und andere Straftaten vorgeworfen.

Iraner

Nach der Beendigung des Golfkrieges und der Anerkennung der *UN-Resolution 598 des UN-Sicherheitsrates* — sie sah vor allem die sofortige Waffenruhe, den Rückzug auf die international anerkannten Grenzen und den Gefangenenaustausch vor — durch den Iran gingen die Aktivitäten der iranischen Opposition im Ausland zurück. Die maßvollen Reaktionen auf den Abschuß des iranischen Airbusses am 3. Juli durch die USA ließen auch ein verändertes Vorgehen Teherans erkennen. Das Mullah-Regime verzichtete auf eine direkte Antwort mit Terror und Gewalt und versuchte statt dessen, auf diplomatischem Weg die Weltöffentlichkeit für sich zu gewinnen und die USA an den Pranger zu stellen. Die eigene militärische Schwäche ließ diese Reaktion ratsam erscheinen. Der iranischen Regierung gelang es aber auch nicht, die Bevölkerung zu großen Protestkundgebungen gegen die USA zu mobilisieren. Ähnlich wie im Heimatland erreichten die von den Iranern in der Bundesrepublik Deutschland durchgeführten Protestveranstaltungen nur Teilnehmerzahlen von höchstens 300 Personen.

Bis Jahresmitte beschäftigte sich die iranische Opposition im Bundesgebiet hauptsächlich mit dem iranisch-irakischen Krieg und der Unterstützung des Iran durch westliche Industrienationen, insbesondere die Bundesrepublik Deutschland. Demgegenüber richteten sich in den letzten Monaten des Jahres öffentlichkeitswirksame

Demonstrationen, Mahnwachen und Hungerstreiks verschiedener oppositioneller extremistischer iranischer Gruppierungen vor allem gegen die Massenhinrichtungen im Heimatland.

Am 8. und 24. März kam es in der Frankfurter Innenstadt zu Protestkundgebungen gegen das Khomeini-Regime. Auf Transparenten wurde die Beendigung des Golfkrieges und die Einstellung der Waffenlieferungen an den Iran gefordert. An den Demonstrationen beteiligten sich bis zu 50 Personen. Darunter waren Angehörige der orthodox-kommunistischen *Volksfedayin Iran (Mehrheit)*. Diese Gruppierung hat bundesweit etwa 100 Mitglieder (in Hessen 10).

Iranische Linksextremisten besetzten am 28. März den großen Sitzungssaal des DGB-Hauses in Gießen. Die Demonstranten, die sich als «fortschrittliche Iraner Gießen» bezeichneten, forderten auf Spruchbändern: «Schluß mit den Waffenlieferungen an Iran/Irak» und verteilten themenbezogene «Presseerklärungen» im DGB-Haus.

Die Ende des Jahres einsetzende Hinrichtungswelle im Iran war für linkextreme iranische Gruppierungen Anlaß für Protestkundgebungen am 18. November, 8. und 10. Dezember in Frankfurt am Main, am 15., 16., 17. Dezember in Limburg/Lahn und am 16. Dezember in Arolsen. An den einzelnen Veranstaltungen beteiligten sich zwischen 80 und 300 Personen. Nach Angaben eines Sprechers des *iranischen Komitees für die Verteidigung der politischen Gefangenen im Iran* wurden in den letzten Wochen des Jahres im Iran über 1.200 Gefangene exekutiert; besonders betroffen waren Angehörige linker Vereinigungen wie der *Volksfedayin, Volksmodjahedin* und der *Tudeh-Partei*.

Mit der Beendigung des Golf-Krieges ist der iranischen Opposition ihr bis dahin

Beurteilung

wichtigstes Agitationsthema entfallen. Insbesondere unter den Gruppen der *Neuen Linken* sind daher Bestrebungen erkennbar, über ideologische und persönliche Differenzen hinweg eine geeinte starke Opposition im Bundesgebiet aufzubauen. Zu einem Zusammenschluß der verschiedenen linkextremen Vereinigungen kam es jedoch bisher nicht.

Das Auffinden eines Waffenlagers der *Volksfront für die Befreiung Palästinas* — *Generalcommando (PFLP-GC)* in Frankfurt am Main macht deutlich, daß die Bedrohung der inneren Sicherheit durch palästinensische Terroristen anhält. Es ist nicht auszuschließen, daß weitere Waffendepots im Bundesgebiet vorhanden sind. Die politischen Aktivitäten sonstiger palästinensischer Gruppierungen in der Bundesrepublik Deutschland waren gering. Es bleibt abzuwarten, welche Auswirkungen auf die im Bundesgebiet existierenden Gruppen haben wird.

Die *Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)*, von der die innere Sicherheit nach wie vor bedroht wird, wurde zwar durch anhaltende interne Auseinandersetzungen und die gegen einige ihrer Mitglieder geführten Ermittlungen des Generalbundesanwaltes zwischenzeitlich geschwächt. Im Zusammenhang mit dem zu erwartenden Prozeß gegen diese PKK-Angehörigen muß jedoch mit gewalttätigen Aktionen im Bundesgebiet gerechnet werden. Der Einsatz von Giftgas gegen die kurdischen Bevölkerungsteile und die Zerstörung ganzer kurdischer Dörfer im Nordirak führte unter den meist zerstörten Organisationen der in Europa lebenden Kurden zur gegenseitigen Annäherung.

Die Mitgliederzahlen extremer türkischer

Gruppierungen gingen weiter zurück. Gruppen der *Neuen Linken* waren weiterhin bereit, bei der Durchsetzung ihrer Ziele Gewalt anzuwenden.

Durch den Waffenstillstand im iranisch-irakischen Krieg ließen auch die Aktivitäten der extremen iranischen Vereinigungen im Bundesgebiet nach. Die Oppositionellen

unter ihnen sind derzeit bemüht, sich trotz unterschiedlicher ideologischer Auffassung zusammenzuschließen.

Die Tätigkeit der übrigen extremen Ausländergruppen in Hessen beschränkte sich überwiegend auf interne Zusammenkünfte.

Spionageabwehr

Nachrichtendienste und illegaler Technologietransfer

Die Staaten des *Ostblocks* sind nicht in der Lage, den technischen Fortschritt, der zur Verbesserung der Lebensverhältnisse ihrer Bevölkerung notwendig ist, aus eigenen Kräften zu leisten. Dies läßt sich nur mit einer verstärkten Anwendung der Schlüsseltechnologien wie Computerteuerung und Automatisierung der Produktionsverfahren erreichen. Da im *kommunistischen Machtbereich* das hierfür erforderliche «know how» fehlt — der dortige Standard auf diesen Gebieten liegt gegenüber dem Westen um drei bis sieben Jahre zurück —, unternehmen die Regierungen des *Warschauer Paktes* weiterhin alle Anstrengungen, westliche Technologieentwicklungen zu nutzen.

Die offene Beschaffung findet dort ihre Grenzen, wo Sicherheitsinteressen des Westens berührt werden. Die NATO-Mitgliedstaaten und Japan haben sich deshalb im *COCOM (Coordinating Committee for East-West-Trade Policy)* zusammengeschlossen und Vereinbarungen getroffen, die den Export sicherheitsempfindlicher Güter in die Staaten des *Warschauer Paktes* verhindern sollen. In der Bundesrepublik Deutschland wacht insbesondere das Bundesamt für Wirtschaft in Eschborn bei Frankfurt am Main darüber, daß die in der *COCOM*-Liste aufgeführten und ständig dem technisch neuesten Entwicklungsstand angepaßten Ausfuhrbeschränkungen eingehalten werden.

Dem *COCOM* mit seinen wenigen Kontrollorganen steht in den Staaten des *Warschauer Paktes* ein riesiger Beschaffungsapparat gegenüber. Die derzeitige politische Entspannung zwischen den Machtblöcken hat nicht zu dessen Verrin-

gerung geführt. Durch die von ihm mit geheimdienstlichen Methoden illegal beschafften Technologiekenntnisse erspart er den dortigen Volkswirtschaften Milliardenbeträge.

Die Abwehr steht bei der Bekämpfung der Spionage gegen wirtschaftliche Ziele vor besonderen Schwierigkeiten. Internationale Verflechtungen und das verständliche Interesse unserer Wirtschaft auch an Geschäften mit dem *Ostblock* führen häufig zu einem inneren Konflikt bei den nachrichtendienstlich Angesprochenen, der sie nicht selten auf die Offenbarung verzichten läßt. Durch diese Umstände wird die Aufdeckung geheimdienstlicher Operationen erheblich erschwert. Es muß mit einer größeren Dunkelziffer gerechnet werden.

Nach den Erkenntnissen der Spionageabwehr wird die Beschaffung westlicher Hochtechnologie durch die DDR etwa wie folgt eingeleitet und durchgeführt:

Zunächst haben Wissenschaftler und Fachleute der entsprechenden *Volkseigenen Betriebe (VEB)* den eigenen Bedarf festzustellen und im Westen bereits vorhandene produktionsreife Forschungsentwicklungen zu analysieren. Handelt es sich um Technik, die westlichen Ausfuhrbeschränkungen unterliegt, werden Angehörige des *Ministeriums für Staatssicherheit (MfS)* hinzugezogen, die über umfassendes Fachwissen auf dem jeweiligen Wirtschaftssektor verfügen. Das gemeinsame Vorgehen wird zunächst so abgestimmt, daß Mitarbeiter der DDR-Unternehmen gezielt das Wissen westlicher Gesprächspartner im Rahmen normaler Wirtschaftsverhandlungen abschöpfen und während der regelmäßig durchgeführten Messeveranstaltungen in der DDR Gespräche anbahnen. Bereits hierfür werden konspirative Telefonnummern und Wohnungen genutzt. Falls es im Einzelfall notwendig wird, DDR-Außenhandelsbetriebe einzuschalten, nutzen die Geheim-

dienste die offiziellen Kontakte für ihre illegalen Zwecke.

Am Beginn der *MfS*-Beschaffungsoperation können an Stelle der Geschäftsgespräche in der DDR auch Besuche von DDR-Wissenschaftlern im Westen stehen. Die Marktbeobachtung im Rahmen eines durchaus zu begrüßenden Wissenschaftleraustausches gibt dem *MfS* nicht selten die gewünschten Einblicke für die eigene Bedarfsanalyse. Die DDR-Reisekader haben nach der Rückkehr von solchen Missionen, die als offizielle Kontakte getarnt werden, exakte Berichte über ihre Gesprächspartner und den Gesprächsgegenstand zu erstellen. Ist der Produktionsauftrag innerhalb eines *VEB* festgelegt, werden die noch vorhandenen Bedarfs Wünsche umgesetzt. Die illegale Beschaffung leistet dabei das *MfS*. Der entsprechende Auftrag muß von der politischen Ebene bestätigt werden. Das benötigte Material wird auf der Grundlage westlicher Kataloge und Listen beigebracht. Sobald «Technik eingetroffen ist», die überprüft werden muß, informieren die *MfS*-Mitarbeiter den *VEB*.

Der Wille, die selbst gesetzten wirtschaftlichen Ziele wenigstens annähernd zu erreichen, führt dazu, daß die *östlichen* Nachrichtendienste selbst vor aufwendigen Firmengründungen über Strohmänner im Westen nicht zurückschrecken, wenn dadurch die Beschaffung und Verbringung westlicher Technologie erleichtert wird.

Die hier geschilderten Wege der Beschaffung sind nicht nur kennzeichnend für die Geheimdienste der DDR, sondern werden auch von den meisten Diensten der übrigen *Ostblock*staaten beschritten.

Nachrichtendienstliche Stützpunkte

Die Geheimdienste des *kommunistischen Machtbereiches* stützen sich im Bundesgebiet weiterhin zu einem erheblichen Teil auf die *legalen Residenturen*. Das sind amtliche oder halbamtliche Einrichtungen wie Botschaften, Handelsvertretungen, Konsulate, Luftverkehrsgesellschaften, Reisebüros, Staatshandelsunternehmen und gemischte Firmen. Zu den *Legalresidenturen* mit erheblicher Spionageaktivität gehören auch die *sowjetischen Militärmissionen (SMM)*, von denen sich eine in Frankfurt am Main befindet. Verletzungen der militärischen Sperrgebiete sind besonders häufig.

Der diplomatische Status wird von den in den *Legalresidenturen* in gleichbleibend hoher Zahl tätigen Nachrichtendienstoffizieren häufig genutzt, um unter der Tarnung als Diplomat erste Zugänge offizieller oder persönlicher Art zu eröffnen. Dieser Schutz erklärt auch die Dreistigkeit des Auftretens des jeweiligen Personals auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland. Ihr besonderes Augenmerk richten die in den *Legalresidenturen* tätigen Nachrichtendienstoffiziere dabei auf Personen, die nach einer Besuchsreise in die Bundesrepublik Deutschland nicht in ihr Herkunftsland zurückkehrten und somit nach dessen Gesetzen straffällig wurden. Diesem Personenkreis wird die Möglichkeit gegeben, den «Auslandsaufenthalt» zu legalisieren und dadurch künftig das Herkunftsland und die dort verbliebenen Verwandten besuchen zu können. Bedingung ist neben formalen Voraussetzungen meist die Zahlung eines dem sozialen Status angemessenen Betrages in DM. Hier setzt der Nachrichtendienst an, wie der folgende Fall zeigt:

Der 35jährige deutschstämmige Jacob D., Elektrotechniker, seit mehreren Jahren in G. wohnhaft, erfuhr die für ihn gültige Summe bei der Vorsprache

in der Botschaft seines Herkunftslandes. Erschrocken über die Höhe bat er um Bedenkzeit. Zwei «Herren», die über seine Situation informiert waren, suchten ihn wenig später an seinem Wohnort auf. Sie ließen dabei erkennen, daß der geforderte Betrag herabgesetzt werden könne. Er müsse jedoch hierfür Informationen über seinen Arbeitsplatz liefern und die in G. ansässigen Personen des gleichen Herkunftslandes ausforschen. D. wies das Ansinnen zurück. Seine Besucher konnten als Angehörige eines gegnerischen Nachrichtendienstes identifiziert werden.

Der diplomatische Schutz ist auch der Grund für die zunehmende Zahl von nachrichtendienstlichen Ansprachen im Bundesgebiet selbst, also unter Inkaufnahme eines nicht unerheblichen Risikos. Die Beobachtungen zeigen, daß die *Residenturen* wie die jeweiligen Nachrichtendienstzentralen nach Arbeitsschwerpunkten organisiert sind. Neben einem Hauptaufgabengebiet für die Beschaffung wissenschaftlich-technischer Informationen liegt der zweite Schwerpunkt im politisch-militärischen Bereich.

Neben den *legalen Residenturen* existieren sogenannte *illegale Residenturen*. Sie bestehen meist aus Einzelpersonen oder Ehepaaren, die unter falscher Identität in westliche Länder eingeschleust werden, um besonders hochwertige Agenten anzuleiten, deren Informationen an den *östlichen* Geheimdienst weiterzugeben und für die Sicherheit der Spione zu sorgen. Der *illegale Resident* verringert die Notwendigkeit von Reisen der Agenten zur Führungsstelle im *kommunistischen Machtbereich* und damit das Risiko der Entdeckung. Das ist besonders in Krisenzeiten wichtig. Für eine solche Aufgabe kommen nur politisch linientreue Personen in Frage, die eine qualifizierte geheimdienstliche Ausbildung erhalten haben.

Eine Methode der *östlichen* Nachrichtendienste, Agenten in die Bundesrepublik Deutschland einzuschleusen, basiert auf den Folgen des 2. Weltkrieges; sie nutzt Flucht, Vertreibung, Trennung von Familien und Einzelschicksale in menschenverachtender Weise aus. Mehrfach meldeten sich in den Nachkriegswirren im *kommunistischen Machtbereich* verbliebene angebliche Kinder, Enkel und Neffen bei ihren im Bundesgebiet ansässigen Verwandten oder reagierten auf deren Suchmeldungen bei internationalen Hilfsdiensten. Später stellte sich dann heraus, daß es sich bei den aus dem *Ostblock* Gekommenen um Angehörige der *kommunistischen* Nachrichtendienste handelte, die eine Falschidentität benutzten. Der Zeitablauf zwischen Trennung und Wiedersehen oder der entfernte Verwandtschaftsgrad ermöglicht es den *östlichen* Nachrichtendiensten, ihren Kandidaten mit gefälschten Papieren als den lange gesuchten oder totgeglaubten Verwandten zu präsentieren.

Ein Oberleutnant des polnischen Nachrichtendienstes, der 1978 als angeblicher Sohn einer Bundesbürgerin in die Bundesrepublik Deutschland übersiedelte, wurde 1985 enttarnt. Er hatte 1977 Kontakt zu seiner «Mutter» aufgenommen und sich als ihr Sohn ausgewiesen, von dem sie kurz nach seiner Geburt auf der Flucht getrennt wurde und den sie seit 30 Jahren tot wähnte. Am Tage der Ankunft ihres «Sohnes» erlag die Bundesbürgerin einem Herzanfall.

Auch der sowjetische Nachrichtendienst bedient sich seit Jahren dieser oder ähnlicher Methoden. So wurde im Zuge eines im Berichtsjahr durchgeführten Großinsatzes der Sicherheitsbehörden gegen sowjetische Agenten in der Bundesrepublik Deutschland eine Person bekannt, die 1975 im Rahmen der «Familienzusammenführung» nach Hessen eingeschleust

worden war, sich jedoch 1985 mit unbekanntem Ziel abgesetzt hatte.

Die Familie, für deren Sohn sich der 37jährige Maschinenbauingenieur 1975 ausgab, siedelte 1933 in die heutige UdSSR aus. Der Vater ist seit 1938 verschollen, die Mutter verstarb 1965. Die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Verwandten, Onkel und Tante, wußten von der Existenz ihres Neffen, den sie persönlich nicht kannten. 1970 stellten sie über das Deutsche Rote Kreuz einen Suchantrag und erhielten aus der UdSSR Antwort.

1973 besuchte der vermeintliche Neffe seine Verwandten, und es kam zum ersten persönlichen Kontakt. 1975 siedelte er aus der UdSSR in das Rhein-Main-Gebiet über. Dort wohnte der Agent bei «Onkel und Tante». Nach dem Besuch einer Sprachenschule arbeitete er zunächst als Ingenieur bei einer international tätigen Baufirma in Frankfurt am Main. Er besuchte zahlreiche Fortbildungslehrgänge bis hin zur EDV-Organisation für Manager und war schließlich bei einem Ingenieurbüro in Offenbach am Main tätig. Hier dürfte er für seine Auftraggeber von größtem Nutzen gewesen sein, da er im Rahmen eines Werkvertrages bei einem großen deutschen Elektrokonzern tätig werden konnte.

- Von einem Stellenabbau seiner Firma betroffen, wurde er vor Aufnahme einer anderen Tätigkeit offensichtlich überstürzt von seiner Führungsstelle abgezogen. Zeugnisse und Papiere ließ er sich von seiner Verlobten nach Budapest bringen. Die briefliche Verbindung zu ihm brach 1986 ab. Bei der Durchsuchung seines Zimmers wurden neben anderen nachrichtendienstlichen Hilfsmitteln auch Funkunterlagen gefunden. Ein Rundfunkgerät war auf

eine Frequenz des sowjetischen Geheimdienstes eingestellt.

Auch die Praxis des *MfS*, Agenten in das Einsatzgebiet Bundesrepublik Deutschland einzuschleusen, wurde erneut bestätigt.

Anfang des Jahres verschwand aus Süddeutschland der Mitarbeiter eines DDR-Nachrichtendienstes, Michael R. Die Ermittlungen ergaben, daß er bereits 1975 in das Bundesgebiet eingeschleust worden war und sich über zwei Jahre «legalisiert» hatte. In dieser Zeit begründete er mehrere Wohnsitze, um schließlich 1977 den eigentlichen Einsatzort zu erreichen. Die häufige und stets kurzfristige Abwesenheit R.'s von seinem Arbeitsplatz deutet darauf hin, daß er als *illegaler Resident* andere Agenten aus seinem unmittelbarem Umfeld führte. Er unternahm am Wochenende zahlreiche Reisen, die offensichtlich in die DDR führten. Die Hinweise auf den nachrichtendienstlichen Hintergrund beruhen auf Beobachtungen der langjährigen Freundin, die ihn bei diesen als Geschäftsreisen bezeichneten Fahrten nicht begleiten durfte. Nach Angaben des Arbeitgebers waren die Reisen beruflich nicht notwendig.

Die besondere Gefährlichkeit *illegaler Residenten* ergibt sich aus den Erfahrungen seit Anfang der 70er Jahre. Immer wieder waren es Agenten von überragender Bedeutung, die durch Einschleusung in das Bundesgebiet kamen.

Zunehmende Bedeutung erlangen auch die *gemischten Firmen*, die Handelsgesellschaften des deutschen Rechts sind. An ihnen sind neben deutschen Partnern *osteuropäische* Staatshandelsunternehmen beteiligt. Firmen dieser Art beschäftigen zahlreiche Staatsangehörige *kommunistischer* Länder. Sie dienen der Tarnung

illegaler Beschaffung wissenschaftlich-technischer Informationen und Unterlagen, werden aber auch als *Stützpunkte* für Nachrichtendienstoffiziere benutzt, die von hier aus relativ ungehindert ihren geheimdienstlichen Aufgaben nachgehen.

Werbung

Die Zahl der erkannten Anbahnungs- und Werbungsversuche belegt erneut die Gefährlichkeit der geheimdienstlichen Aktivitäten des *Ostblocks*. Die erfaßten nachrichtendienstlichen Kontakte erscheinen zwar im Verhältnis zu der erfreulich hohen Gesamtzahl von Reisen in den *kommunistischen Machtbereich* gering. Insoweit muß jedoch eine hohe Dunkelziffer unterstellt werden.

In Hessen ging die Zahl der erkannten Werbungsversuche der DDR-Nachrichtendienste zurück. Dagegen haben die Anbahnungen der Geheimdienste der CSSR, Polens und der UdSSR zugenommen. Persönliche Bindungen und verwandtschaftliche Beziehungen bieten den *kommunistischen* Nachrichtendiensten auf dem eigenen Territorium immer wieder Ansatzpunkte für ihre Vorhaben.

Hubert V., 30 Jahre, Servicetechniker, lernte 1984 während eines beruflichen Aufenthaltes in Prag seine spätere Ehefrau kennen. Der Heirat in der CSSR folgte 1986 die Genehmigung zur Ausreise der Frau V. in die Bundesrepublik Deutschland. Seitdem besuchte sie regelmäßig ihre Eltern in der CSSR. Im Mai 1987 wurde sie erstmals in der Wohnung ihrer Eltern von einem Mitarbeiter des Innenministeriums um ein Gespräch gebeten, bei dem es um die Eingewöhnung im Bundesgebiet und ihre berufliche Situation ging. Im Sommer 1988 wurde von ihr Loyalität zu ihrem Heimatland gefordert und der

Auftrag erteilt, über Militärbewegungen und Emigrantenkreise an ihrem Wohnort sowie über die berufliche Tätigkeit ihres Ehemanns zu berichten. Frau V. offenbarte sich nach der Rückkehr hiesigen Sicherheitsbehörden.

Auch der 20jährige Christian B., Student der Elektrotechnik an einer hessischen Fachhochschule, konnte sich noch rechtzeitig nachrichtendienstlichem Druck entziehen. Er wandte sich im April an das *Landesamt für Verfassungsschutz Hessen* und teilte folgenden Sachverhalt mit:

Anläßlich eines Tagesaufenthalts in Ost-Berlin habe er die 27jährige Karin Z. aus Magdeburg kennengelernt, die dort in einem Betrieb für Elektrotechnik beschäftigt gewesen sei. Nach eigenen Angaben habe sie sich in Ost-Berlin aufgehalten und ihn durch ihre Natürlichkeit und Offenheit fasziniert. Ein Wiedersehen in Magdeburg sei vereinbart worden. Dort habe er Karin Z. dreimal besucht. Die Reisen seien über einen ihrer Bekannten, dessen Telefonnummer sie ihm gegeben habe, verabredet worden. Da Karin in einem Wohnheim ihres Betriebes am Stadtrand lebte, habe man sich in einem Hotel getroffen.

Während seines letzten Aufenthaltes habe ihm Karin erklärt, am Arbeitsplatz von der «*Staatssicherheit*» aufgesucht worden zu sein. Sie sei unter Androhung von Schwierigkeiten wegen ihres Westkontaktes aufgefordert worden, ihn zu veranlassen, Informationen aus seinem Studienbereich zu liefern. Nachdem Karin und er sich versichert hätten, gemeinsam einen Ausweg suchen zu wollen, sei er zufällig Zeuge eines von ihr geführten Telefongesprächs geworden. Diesem konnte er entnehmen, daß Karin offensichtlich selbst dem *MfS* angehörte und auftragsgemäß Kontakt zu ihm aufgenommen

men hatte. Die ihm von ihr überlassene Telefonnummer konnte als Telefonanschluß des MfS identifiziert werden.

Im *kommunistischen Machtbereich* lebende Menschen geraten nicht selten infolge nachrichtendienstlicher Ansprachen in kaum lösbare Konflikte zwischen dem Wunsch nach Wiedersehen mit ihren Verwandten aus dem Westen und der Sorge um die eigene Familie.

Hermann F., leitender Mitarbeiter einer für die Bundeswehr tätigen Firma, besuchte seit Jahren seinen in der CSSR wohnenden Bruder. Im Laufe der Zeit erschien ihm dieser zunehmend niedergeschlagen und depressiv. Auf Fragen nach den Ursachen wich er jedoch stets aus. Schließlich klärte ihn die Schwägerin auf, daß der tschechoslowakische Nachrichtendienst *StB* seinen Bruder seit längerer Zeit bedrängt, Informationen über den Arbeitsbereich des Westbesuchers zu liefern. Dessen Weigerung habe zu Nachteilen am Arbeitsplatz geführt. Es sei gedroht worden, ihn auf eine schlechter bezahlte Stelle zu versetzen. Zuletzt habe man ihn aufgefordert, ein Gespräch zwischen Angehörigen des *StB* und Hermann F. zu vermitteln. Es gelang dennoch mit Hilfestellung Dritter, die hartnäckigen Anbahnungsversuche abzuwehren.

Die verbesserten Reisemöglichkeiten für DDR-Bewohner werden von den *östlichen* Nachrichtendiensten intensiv genutzt. Im Berichtszeitraum wurden zahlreiche Fälle bekannt, in denen die DDR-Verwandten den im Bundesgebiet wohnhaften Familienangehörigen berichteten, daß das MfS sie vor Antritt der Reise angesprochen habe.

Z., der erstmals seine Verwandten in der Bundesrepublik Deutschland besuchte, erklärte ihnen, nicht mehr in die

DDR zurückkehren zu wollen. Er arbeite seit rund 25 Jahren mit dem MfS zusammen. Dieses habe ein von ihm in der *Nationalen Volksarmee* begangenes geringfügiges Dienstvergehen genutzt, um ihn anzusprechen. Der Kontakt sei später im Betrieb fortgesetzt worden. Er habe über Arbeitskollegen und die Stimmung im Betrieb berichten müssen. Der berufliche Aufstieg in eine Position, in der eine Zusammenarbeit mit dem MfS geradezu erwartet worden sei, habe es ihm zunächst unmöglich gemacht, sich aus der nachrichtendienstlichen Verstrickung zu lösen. Die Gelegenheit hierzu sei erst mit dem Auftrag seines Führungsoffiziers gekommen, eine Westreise für eine Familienfeier zu beantragen, bei der er die anwesenden Familienangehörigen habe ausforschen sollen. Die Westreise mit der anschließenden Offenbarung befreite Z. von dem seit Jahren auf ihm lastenden Druck der Zusammenarbeit mit dem MfS, die seine Ehe zerstört und zu krankhaften Beschwerden geführt hatte.

Im Zuge der verstärkten Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West wächst auch die Zahl der DDR-Bewohner, die sich aus beruflichen Gründen vorübergehend in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten. Kolonnen von DDR-Bauarbeitern auf bundesdeutschen Großbaustellen sind keine Seltenheit und veranlassen das MfS, diese Personen besonders zu überwachen und sie gleichzeitig zur Aufklärung einzusetzen. Trotz eingehender Überprüfung durch das MfS verbleiben nicht wenige von ihnen im Bundesgebiet und offenbaren ihre MfS-Verpflichtung. So wandte sich beispielsweise ein Vorarbeiter an die Sicherheitsbehörden und erklärte, ein DDR-Nachrichtendienst habe ihn aufgefordert, seine Arbeitskollegen zu überwachen, Bauzeichnungen mitzunehmen und eine in der Nähe der Baustelle gelegene Militäreinrichtung zu fotografieren.

Führungsmethodik

Die Nachrichtenübermittlungswege zu den *östlichen* Auftraggebern blieben nahezu unverändert. Eine «erfolgreiche operative Tätigkeit» gegenüber dem Westen gründet sich mehr denn je auf eine totale Überwachung innerhalb des eigenen Machtbereiches. Ein weitverzweigtes, engmaschiges Spitzelsystem, in jahrelanger Kleinarbeit aufgebaut, bietet die ideale Grundlage, auch von interessanten Beziehungen in das «kapitalistische Ausland» rechtzeitig zu erfahren. Der Apparat hauptamtlicher Kräfte des MfS wird heute auf nahezu 23.000 Personen geschätzt. Dieser hohe personelle Aufwand ersetzt jedoch nicht die erprobten nachrichtendienstlichen Verbindungswege in den Westen. *Trefforte* im eigenen Machtbereich bleiben wegen des geringen Risikos für den gegnerischen Führungsoffizier sowie des mittlerweile sehr freizügig gestalteten Reiseverkehrs in den *Osten* die ideale Umgebung für erste Kontakte. Für die Verbindungsaufnahme zwischen den jeweiligen *Treffs* werden zwar weiterhin konspirative Telefonnummern, die in den amtlichen Fernsprechtüchern nicht enthalten sind, und postalische Deckadressen, welche bei unverfänglichem Text es nicht zulassen, einen Bezug zum östlichen Geheimdienst herzustellen, sowie die Funkübermittlung eingesetzt. Nachrichtendienstliche Erkenntnisse und Offenbarungen weisen jedoch auch auf den verstärkten Einsatz der Elektronik hin. Codierte Übertragungen von Tonbändern mit ca. 3.000 Zeichen und mehr in der Minute sind keine Seltenheit. Seit einiger Zeit erfolgt die Übermittlung auch durch verschlüsselte Telefongespräche im normalen Direkt-Wahl-Verkehr mit der DDR.

In der Ausbildung der offensiv tätigen Führungsoffiziere, insbesondere der DDR, ist ein qualitativer Wandel zu erkennen. Das Schlagwort heißt hier «Akademisierung der Kader». Wirtschaftswissenschaftler,

Chemiker und Elektroniker kommen zum Einsatz. Sie machen es möglich, unverfängliche Fachgespräche zu führen und diese nachrichtendienstlich zu nutzen.

Verurteilungen in Hessen

Das Oberlandesgericht Frankfurt am Main verurteilte am 12. Februar den 58jährigen Diplom-Ingenieur Hans-Georg Sch. aus Hanau zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren wegen geheimdienstlicher Tätigkeit für eine fremde Macht. Die Strafe wurde zur Bewährung ausgesetzt. Er hatte seit Jahren in Amerika erscheinende militärische Fachpublikationen an den DDR-Geheimdienst geliefert und war 1986 festgenommen worden.

Das gleiche Gericht verurteilte am 2. November den 53jährigen Rechtsbeistand Sch. aus Leipzig aus demselben Grund zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr. Auch diese Strafe wurde zur Bewährung ausgesetzt. Sch. veranlaßte 1985 einen Bundesbürger, ihm technische Informationen zu liefern und führte ihn in Leipzig dem russischen Geheimdienst zu. Bei einer Besuchsreise zu seinen in Hessen wohnenden Eltern wurde Sch. festgenommen.

Beide Urteile sind rechtskräftig.

Beurteilung

Die Nachrichtendienste des *Warschauer Paktes* sind unverändert bemüht, politische, wirtschaftliche und militärische Ziele in der Bundesrepublik Deutschland auszuforschen. Sie setzen hierzu hochqualifizierte Geheimdienstoffiziere ein. Um diesen Angriffen entgegenzuwirken, ist es erforderlich, die Arbeitsweisen *östlicher* Nachrichtendienste frühzeitig zu erkennen. Die Spionageabwehr ist daher an der

Erfassung möglichst vieler Werbungsversuche interessiert, um diese auswerten zu können.

Die Beschaffung westlicher Hochtechnologie, vor allem der Mikroelektronik, war weiterhin ein Hauptziel der *östlichen* Geheimdienste. Daran wird sich in den kommenden Jahren angesichts des Rückstandes des *Ostblocks* auf diesen Gebieten kaum etwas ändern. Die Aufdeckung *illegaler Residenturen* zeigt, daß der Gegner im Bundesgebiet nicht nur in den *Legalresidenturen* über *Stützpunkte* verfügt. Da verstärkt die Elektronik bei der Nachrichtenübermittlung eingesetzt wird, kommt es für den Erfolg der Abwehrarbeit nicht zuletzt darauf an, in welchem Ausmaß es gelingt, die neuen Kommunikationstechniken zu analysieren und ihnen durch geeignete technische Entwicklungen entgegenzuwirken.

Wirkungsvolle Spionageabwehr ist nur mit Hilfe der Bevölkerung möglich. Das *Landesamt für Verfassungsschutz Hes-*

sen bittet daher jede Bürgerin und jeden Bürger, die von der Tätigkeit ausländischer Geheimdienste gegen die Bundesrepublik Deutschland und ihre Verbündeten Kenntnis haben oder von solchen Nachrichtendiensten angesprochen oder zur Mitarbeit aufgefordert worden sind, ihr Wissen im Interesse unseres freiheitlichen Staatswesens, aber auch der eigenen Sicherheit, zu offenbaren. Das gilt selbst für denjenigen, der schon im fremden Interesse nachrichtendienstlich tätig geworden ist. Auch ihm können die Verfassungsschutzbehörden helfen, sich aus einer ausweglosen Lage zu befreien. Voraussetzung hierfür ist die freiwillige Aufgabe der nachrichtendienstlichen Tätigkeit und eine umfassende Offenbarung.

Das *Landesamt für Verfassungsschutz Hessen* bietet jederzeit seine Hilfe an. Vertraulichkeit wird zugesichert. Die Dienststelle ist unter dem *Postfach 3905, Wiesbaden* oder der *Rufnummer (06121) 77821* zu erreichen.